



Keine Liebe, aber 40 Jahre Frieden

Das ägyptisch-israelische Friedensabkommen – Ein Vorzeigemodell im Nahen Osten
SEITE 3

Labours neuer Antisemitismus

Jüdische Sozialdemokraten haben es in England immer schwerer
SEITE 4-5



Erinnerungen des Schreckens

Vor 75 Jahren wurde das Ghetto von Wilna zerstört
SEITE 38



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

das Sukkot-Fest und Simcha Thora liegen hinter uns. Das jüdische Jahr 5779 und der jährliche Thora-Zyklus haben wieder begonnen. Das ganze Jahr hindurch lesen die Juden in aller Welt die Thora von Anfang bis Ende, und beginnen nach Rosch Haschanah immer wieder aufs Neue – Jahr um Jahr, Jahrhundert um Jahrhundert, Jahrtausend um Jahrtausend. Sowohl der eigene Ursprung als auch die sehr oft leidvolle Geschichte des jüdischen Volkes werden von Generation zu Generation weiter getragen. Kein jüdisches Opfer wird jemals vergessen.

Trotz aller jahrtausendealten Anfeindungen verdanken die Christen und – wenn auch in sehr schlecht plagiierter Form – die Muslime ihren religiösen Ursprung und ihre religiöse Identität diesem heiligen Buch der Juden.

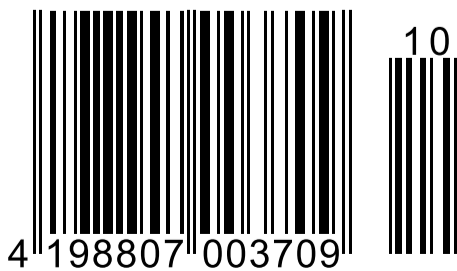
Besonders mit den Zehn Geboten haben die Juden der gesamten Menschheit und der Zivilisation auch im weltlichen Sinne einen ersten frühen, in seinem Grundwesen bis heute gültigen ethischen und moralischen Kodex dargebracht.

Leider lassen der uralte, vielfach noch bis heute in rechter Aggression gegen Juden perpetuierte christliche Antisemitismus und die Jahrhunderte währenden darauf gründenden Pogrome und Verfolgungen, die besonders im letzten Jahrhundert ihren tragischen, entmenschten Höhepunkt in der von deutscher Seite verübten Schoah erfahren haben, dieses Erbe häufig ebenso vergessen wie ganz besonders der heute wieder massiv weltweit aufgeflamte und täglich gelebte gewalttätige, die Vernichtung der Juden und des jüdischen Staates fordernde islamische Judenhass.

Die Schoah, das war nicht etwa ein einziger deutscher Mord an 6 Millionen Juden – das waren Opfer um Opfer sechs Millionen einzelne, bestialische Morde an jüdischen Kindern, Frauen und Männern, deren einzige Schuld darin bestand Juden zu sein.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Ari Fuld: ein wehrhafter Jude



Von Thomas Eppinger

Er starb, wie er gelebt hatte. Furchtlos, kämpferisch und wehrhaft. Trotz der tödlichen Verletzungen im rechten Brustkorb verfolgte er den Mann, der ihn von hinten niedergestochen hatte, schoss ihn an und rettete damit noch im Sterben vermutlich mindestens einer Frau das Leben. Dann brach er zusammen. Wenig später erlag er im Krankenhaus seinen Verletzungen. Ari Fuld wurde 45 Jahre alt. Erstochen wurde der Vater von vier Kindern auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums an der Gush-Etzion-Kreuzung im Westjordanland. Sein Mörder war ein 17-jähriger „Palästinenser“ aus Yatta.

Fuld, ein amerikanisch-israelischer Doppelstaatsbürger, lebte in Efrat, einer Siedlung im Bezirk Judäa und Samaria im Westjordanland. Der frühere Kampfsportlehrer und IDF-Fallschirmspringer unterstützte die israelischen Verteidigungskräfte, hielt immer wieder Vorträge und war nicht zuletzt durch seine Social-Media-Aktivitäten landesweit bekannt.

In den Rücken gestochen

Richard Kemp ehrte ihn mit den Worten: „Ein Soldat bis zuletzt“. Yoni Friedman schrieb auf Facebook: „Als ich hörte, dass Ari Fuld Opfer eines Terroranschlags wurde, wusste ich sofort, dass er in den Rücken gestochen wurde. Es hätte keinen anderen Weg geben können; ich habe gesehen, wie Ari hunderten von Schülern beigebracht hat, wie man einen Terroristen mit einem Messer entwapnet und auseinandernimmt. Der Mann war unantastbar.“ Der jüdische Staat betrauerte Fuld als einen „herausragenden Helden“ und einen „Streiter für Israel“.

Khalil Jabarin, der Mörder von Ari Fuld, kommt aus Yatta, einer kleinen Stadt in der Nähe von Hebron mit 64.000 Einwohnern. Ob der Mörder sein Opfer absichtlich ausgesucht hatte, ist nicht bekannt, aber die Tat war jedenfalls geplant. Wenige Minuten vor dem Anschlag in-

formierte Jabarins Mutter IDF-Soldaten, dass ihr Sohn einen Anschlag in Israel plane. Zu spät, um die Tat noch zu verhindern.

Yatta brachte schon in der Vergangenheit immer wieder Terroristen hervor, die Israelis ermordeten. Eine der Schulen der Stadt ist nach Abu Ali Iyad benannt, einem führenden Befehlshaber der Fatah und engen Vertrauten Jassir Arafats, der viele Angriffe auf Israel geplant und ausgeführt hatte und 1971 im Kampf gegen jordanische Truppen starb.

Dass Schulen nach „palästinensischen“ Terroristen benannt werden, ist keine Ausnahme. 2013 wurde eine in Hebron mit belgischem Geld erbaute Mädchenschule nach Dalal Mughrabi umbenannt, einer Terroristin, die 1978 zusammen mit ihren Komplizen im Zuge des „Coastal Road massacre“ 38 Israelis ermordet hatte, darunter 13 Kinder. Bis heute weigert sich die „Palästinensische Autonomiebehörde“, die Schule wieder umzubenennen. Der belgische Unterrichtsminister gab vorige Woche deshalb bekannt, die Zusammenarbeit mit der PA einzustellen und keine weiteren Schulprojekte mehr zu finanzieren, nachdem Belgien bereits im Vorjahr Mittel in Höhe von 3,8 Millionen US-Dollar eingefroren hatte. Belgien ist das einzige Land der Europäischen Union, das so konsequent vorgeht.

Wie man einen Mord relativiert

Auch die deutschsprachigen Medien berichteten von der Ermordung Ari Fuld. Es lohnt sich, auf den auf einer APA-Meldung beruhenden Bericht in der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ einzugehen, weil er geradezu prototypisch für der Großteil der hiesigen Israel-Berichterstattung ist. Auf die korrekte Überschrift folgt die Einleitung:

„Siedleraktivist ermordet – Palästinensischer Jugendlicher starb nach Ausschreitungen an der Gazagrenze“.

Hm. Was haben der „palästinensische“ Jugendliche und Ausschreitungen an der Gazagrenze mit dem Mord an Ari Fuld zu-

tun?

„Ein palästinensischer Teenager hat im Westjordanland einen bekannten israelischen Siedler-Aktivisten erstochen.“

Teenager gegen Siedler-Aktivist. Da weiß man, wo das Herz schlägt.

„Der getötete Aktivist Ari Fuld (45) äußerte sich regelmäßig im Fernsehen. Der vierfache Vater lebte in der jüdischen Siedlung Efrat. Fuld betrieb eine Seite beim Onlinenetzwerk Facebook mit Namen ‚Israel Defense Page‘. Im Fernsehen vertrat er Hardliner-Positionen. So sagte er etwa jüngst während eines Marsches rechtsgerichteter Israelis durch die von Israel annektierte Ostteil Jerusalems anlässlich des 50. Jahrestages der Kontrollübernahme im Sechs-Tage-Krieg (1967): ‚Heute feiern wir die Vereinigung Jerusalems.‘“

Was muss er auch solch Hardliner-Positionen vertreten, noch dazu im Fernsehen. Und so folgt im übernächsten Absatz prompt die Lösung des Rätsels, was der gestorbene „palästinensische“ Jugendliche mit dem ermordeten Israeli zu tun hat: Nichts.

„Im Gazastreifen starb unterdessen ein palästinensischer Jugendlicher, der Anfang August bei Protesten an der Grenze zu Israel von israelischen Soldaten angeschossen worden war. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums war der 16-Jährige am 3. August nahe Khan Yunis verletzt worden. Damit stieg die Zahl der seit Ende März an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel getöteten Palästinenser auf 180.“

Nichts an diesem Text ist komplett falsch. Aber in jedem anderen Zusammenhang würde die Gegenüberstellung dieser beiden Ereignisse in ein und demselben Beitrag – zurecht – als Whataboutism oder Relativierung angeprangert.

Der Wahnsinn hat Methode

Es scheint, als hätte der Wahnsinn Methode. Denn offenbar gehört es zum Geschäftsmodell des „Standard“, der „Zeitung für Leser“, dass ebendiese ihren antisemitischen Müll im Standard-Forum absondern dürfen.

„Mein Mitleid [hält sich] in äußerst engen Grenzen. Wer Terror sät, bekommt manchmal wenn es gut läuft manchmal etwas zurück“, freut sich ein Nutzer über den Mord an Fuld. „Palästinenser“ werden mit den Bewohnern des Warschauer Ghettos verglichen, Israel wird als „Terrorstaat“ diffamiert, einer schiebt „Ein Siedler ist ein Verbrecher“, und ein anderer breitet die Mutter aller Verschwörungstheorien aus: „Insbesondere die USA befinden sich im Einflussbereich der ‚jüdischen Lobby‘ an der kein US-Präsident vorbeikommt ... Und der Zentralrat ist in Deutschland so einflussreich wie der Wächterrat in Iran.“

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Im Online-Forum dieser angeblich „linksliberalen“ Zeitung wird kein antisemitisches Klischee ausgelassen. Dabei zählte der Ticker zum Zeitpunkt, an dem ich diese Zeilen schreibe, fünf Tage nach Erscheinen des Artikels, gerade einmal überschaubare 101 Kommentare. Wie war das doch gleich mit dem Kampf gegen Hate-Speech im Internet? Egal, die Klicks heiligen die Mittel.

Ich wäre auf die Reaktionen in diesem Forum gespannt, wenn ein 17-jähriges

Ari Fuld: ein wehrhafter Jude

AfD-Mitglied einen islamischen Prediger ermorden würde und im „Standard“ diese Sätze zu lesen wären:

„Ein deutscher Teenager hat in Berlin einen bekannten türkischen Prediger erstickt. Der getötete Aktivist Mohammed Günür (45) äußerte sich regelmäßig im Fernsehen. Der vierfache Vater lebte in Neukölln. Günür betrieb eine Seite beim

Onlinenetzwerk Facebook mit Namen ‚Die Wahre Religion‘. Im Fernsehen vertrat er Hardliner-Positionen. So sprach er etwa jüngst bei einer Demonstration: ‚Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.‘

In Hamburg starb unterdessen eine deutsche Jugendliche, die bei einer islamistischen Messerattacke verletzt worden war. Nach Angaben des deutschen Gesundheitsministeriums war die 16-Jährige am 28. Juli im Stadtteil Barmbek-Nord mit Messerstichen verletzt worden. Damit stieg die Zahl der seit Anfang des Jahres von Islamisten getöteten Europäer auf 62.“

Sie halten das für undenkbar? Mit Recht.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Propagiert und initiiert wurden die unsäglichen Gräueltaten von einer gewählten deutschen, nationalen und sozialistischen Regierung. Begangen wurden die entmenschten Morde an unschuldigen Juden nicht etwa gegen den Willen, sondern mit lange anhaltender begeisterter Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes von zahllosen deutschen, zumeist auch christlichen Tätern und ihren willigen Helfershelfern und Kollaborateuren aus vielen Teilen Europas. Weitgehend mitgetragen und gerechtfertigt wurden sie von großen Teilen der beiden christlichen Kirchen, die in der bestialischen Ermordung von Juden keinesfalls einen Widerspruch zu ihrer christlichen Lehre mit ihren jüdischen Ursprüngen und ihrem jüdischen G'tt sahen.

Die Erinnerung und Nennung dieser simplen historischen Wahrheiten mögen schmerzen und vielen alles andere als willkommen sein, sind aber gerade angesichts der heutigen Erschütterungen und Verwerfungen unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft unverzichtbar.

Ist es doch vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der christlichen und deutschen Täterschaft ungeheuerlich, wie gleichgültig, schmerzempfindlich, indifferent und sogar wohlwollend der gegenwärtig größten Bedrohung jüdischen Lebens in Westeuropa und besonders in diesem Lande entgegengesehen wird. Darüber vermögen die durch Terroristen-Freunde und Terrorgegnen-Israel-Versteher vom Schlage Steinmeiers, Gabriels, Nahles' und weiteren enteelt und inhaltsleer ritualisierten und stets pünktlichst abgespulten Heuchel-Gedenkfeiern für beliebte, weil tote Juden ebenso wenig hinwegzutäuschen wie die durch staatliche Unterstützung gewonnene Vereinnahmung der längst nicht mehr den Willen der hiesigen Juden repräsentierenden, gut domestizierten offiziellen jüdischen Vertreter.

16 Millionen Juden stehen 1,6 Milliarden Moslems gegenüber

Neben dem allgemeinen gesellschaftsimmanenten antijüdischen Vorbehalt, dem christlich-tradierten rechten Antisemitismus und den Gewalt-Aggressionen einer politikbedingt wachsenden Zahl durch das sinnentleerte Leben am Rande der Debität taumelnder Neo-Nazi-Glatzen haben sich der Islam, sein demokratie-verachtender hegemonialer Superioritätsanspruch und sein faschistoider Rassismus zu einer echten Bedrohung unserer gesamten westlichen Zivilisationen und vor allem des dort beheimateten jüdischen Bevölkerungsteils – auch in unserem Lande – ausgewachsen.

Den weltweit nur etwa 16 Millionen Juden steht in heutiger Zeit ein offen und unumwunden bekundeter gewalttätiger Vernichtungshass des Islam und der überwiegenden Vielzahl seiner ca. 1,6 Milliarden Anhänger entgegen.

Es ist schlichtweg nicht hinnehmbar, dass nur etwas über 70 Jahre nach dem Ende der hier verschuldeten schlimmsten Tragödie des jüdischen Volkes in unserem von einem linken Regierungsbündnis und seinen noch linken Verbündeten fehlgeleiteten Lande gewalttätiger, rassistischer islamischer Judenhass eingelassen und die damit verbundene steigende Gefahr für Leib und Leben vor al-

lem der der jüdischen Minderheit kleingedredet, geduldet und durch den Mangel an entschlossener rechtlicher Sanktion faktisch unterstützt wird.

Der fahrlässige, verantwortungslose und geschichts-negierende „Der Islam gehört zu Deutschland“-Koexistenzunfug unserer etablierten links-doktrinären Parteien und der fast uniform gesinnungsgleichen Medien ist verantwortlich für die auch weiterhin einzelfallbagatellisierten, beinahe täglichen und nahezu ausschließlich von Muslimen auf unseren Straßen begangenen Messerangriffe gegen alle und jeden. Unsere Politik und ihre linken, längst am Wählerwillen vorbei regierenden Akteure tragen die Verantwortung für die unser aller Verhalten und Leben verändernde, sich geradezu täglich verschlechternde Sicherheitslage aller Bürger und ganz besonders auch für die hierzulande zunehmende Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens, in dem Juden frei und ohne demütigendes Identitäts-Mimikry und ohne offiziöse von jüdischer Vertreterseite geäußerte und von unserer Exekutive befürwortete Empfehlung auskommen, sich zu verkleiden und ihre jüdische Identität zu verbergen, während die muslimischen Kleidungs-Privilegien auf unseren Straßen täglich neue Urstände feiern und sogar vor der Frauen-entrechtenden Ganzvermummung nicht halt machen müssen.

Anderes ist auch von einer Regierung und einem Parlament, die sich sogar den eigenen Nationalfeiertag, der für die langersehnte und friedlich vollzogene Wiedervereinigung stehen sollte, als Devotion an den das Land so erheblich spaltenden Islam zu einem „Tag der Moschee“ zweckentfremden lassen, wohl auch nicht zu erwarten.

57 Islam-Regime sind genug

Dabei sind 57 weltweit vom Islam dominierte Unrechtssysteme und die Islam-generierte Veränderung unserer Gesellschaft Nachweis genug: Der Islam verfolgt ein mit der Demokratie unseres Stils unvereinbares Anliegen, das dort, wo er die Mehrheit bildet, keinesfalls auf bunte Multi-Kulti-Vielfalt sondern auf uniforme, monolithische Unterwerfung und Unterdrückung aller andersgläubigen Minderheiten gerichtet ist und diese auch rücksichtslos und mit Gewalt durchsetzt.

Die Quittung für diese beklagenswerte Strukturauflösung unserer bislang wunderbaren, noch freiheitlich-demokratischen Republik ist längst in den aus Angst vor Diffamierung noch viel zu hoch für die Regierungs-Parteien und ihre Verbündeten ausfallenden Wahlumfragen.

Die GroKo ist bereits keine GroKo mehr, sondern repräsentiert nur noch eine Minderheit der Wähler.

Die Wählerzustimmung für die neue Opposition steigt trotz der dort unzweifelhaft zunehmenden rechtslastigen Unappetitlichkeiten drastisch. Kurzum, Frau Merkel, Frau Nahles und die Ihren sind mit ihrer enteelten Islam-Einlass-Politik gnadenlos gescheitert. Sie sind verantwortlich für den größten Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der beste und verdienteste Wahlhelfer der neuen Opposition.

Das einzig Überraschende daran ist die hilflos wirkende Überraschung der Verlierer-

Parteien. Dabei war klar, dass die täglich auf unseren Straßen gelebten Beweise islamischer Aggression und Rechtsverachtung sowie die ideologische Nicht-Thematisierung der existierenden Probleme vor allem mit der Rechtsverachtung vieler Muslimen, den Wähler auf Dauer ebenso wenig über das Versagen unserer Politik täuschen können, wie vorsätzliche Themenverfälschungen.

Dazu gehört auch die vorsätzliche Überzeichnung nicht in nennenswertem Umfang existierender Problemstellungen sowie die sehr nach schlechtem Verlierer aussehende Verteufelung der neuen Opposition. Über eine Million bisheriger CDU-Wähler und viele Hunderttausende ehemalige SPD-Wähler sind zur AfD abgewandert. Es spricht kaum für die Lauterkeit, sondern eher für die verzweifelte Hilflosigkeit, der ihrer eigenen ver-



Feierlichkeiten zu Simchat Thora

fehlten Ideologie aufgesessenen etablierten Parteien, zu behaupten dies seien alles Nazis, ohne dies bereits vorher thematisiert zu haben.

Nicht fremdenfeindlich, sondern gegen feindliche Fremde

Nicht der Diesel und nicht die Klimahysterie vermögen das zu ändern. Der aberwitzige Zuwanderungstsunami integrations-unwilliger und rechtsstaats-verachtender Muslime, die die Integrations-Resistenz eines erheblichen Teils der hier bereits lebenden Muslime noch verstärkt, ist das Problem. Und um gleich den wütenden Diffamierungs- und Verleumdungsanwürfen der linken Demagogen zuvorzukommen: Es geht nicht um undifferenzierte Fremdenfeindlichkeit. Fremde sind eine Bereicherung und stets und herzlich willkommen. Es geht ausschließlich um feindliche, rechtsverachtende und antisemitische Fremde und die sind in der weit, weit überwiegenden Zahl unter den Muslimen zu finden.

Ein besonderer Indikator für das Versagen der etablierten Parteien, ist die Abwanderung von Juden zur neuen Opposition. Die überdeutlich antisemitisch motivierte Delegitimierung des jüdischen Staates besonders durch die SPD und ihre einschlägig berüchtigten Israelfeinde sowie die Islam-affine Politik gegenüber Unrechtsregimen wie dem Holocaust-Leugner Iran und die Anbiederung an die hiesigen muslimischen Judenhasser lässt die Opposition, die mit allen ihren rechten Inakzeptabilitäten als das kleinere Übel erscheinen. Diese Bankrotterklärung der etablierten Politik nehmen wir als Chronisten ohne jedes

Präjudiz zur Kenntnis, ebenso wie die zum großen Aufreger ausgewachsene Bildung einer jüdischen Gruppe innerhalb der AfD.

Eine Beschimpfung von Juden, die diesen Entschluss gefasst haben, steht den sich der Verunmöglichungspolitik für jüdisches Leben in diesem Lande seit Jahren fast unwidersprochen andienenden jüdischen Funktionsträgern, die es bis heute nicht fertiggebracht haben ihrer Freude Ausdruck zu verleihen über die einzig geschichtlich richtige Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, Jerusalem als ewige und legitime Hauptstadt des Staates Israel anzuerkennen, nicht zu.

Besonders fragwürdig ist eine Kritik an der jüdischen AfD-Gruppe seitens der für den desaströsen Zustand in unserem Staate, in dem jüdische Schüler vor den Augen der Lehrer, Behörden und Elternvertreter durch Muslime von deutschen Schulen geprügelt werden, verantwortlichen etablierten Parteien.

Ist die SPD wirklich besser?

Besonders bemerkenswert und verheuchelt dürfte ein Antisemitismusvorwurf an die neue Opposition seitens einer Partei wie der SPD sein, deren Kanzler Brandt schon anlässlich des sich in diesem Monat zum 45. Male jährenden Jom-Kippur-Krieges und dem auf der Scheide stehenden Überlebenskampf des jüdischen Volkes, den amerikanischen Verbündeten Hilfstransporte an Israel über deutsche Flughäfen verweigert hat und keine Bedenken hatte einen weiteren Genozid am jüdischen Volk in Kauf zu nehmen.

Dass die SPD sich in ihrer Haltung zu Israel und ihrem nicht wirklich zu verhehlenden Antisemitismus der englischen Labour Party bereits massiv angenähert hat, ist kaum noch zu übersehen. Dass sie diese in ihrer Feindseligkeit gegenüber Israel und dem jüdischen Volk trotz der Terroristen-Devotionen und -Anfreundungen eines Steinmeier, Gabriel und Nahles oder der Wasserlügen eines Martin Schulz noch nicht übertroffen hat, mag wohl doch noch an dem letzten Rest einer durch die jüngste deutsch-jüdischen Geschichte auferlegten Selbstbeschränkung liegen.

Die Beispiele der auch heute israel-aversen und islam-affinen Politik der gegenwärtigen Politik lassen sich von der Unterstützung der antisemitischen UNRWA bis zum Abstimmungsverhalten in der UNO fortsetzen.

Israel und die verbündete USA reüssieren als wirkliche Demokratien und gedeihen erfreulicherweise auch ohne Genehmigung unserer politischen Fehlbesetzungen dank der vernunft-getragenen Politik ihrer sich im Gegensatz zu unseren Politikern hoher Wähler-Akzeptanz erfreuenden politischen Führer Trump und Netanjahu.

Es ist schon bemerkenswert zu wie viel Hass und Ablehnung politisches Versagen gegenüber sichtbarem politischen Erfolg fähig ist.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, allen seinen Freunden, unseren Lesern und uns allen wünschen wir Wohlergehen und alles erdenklich Gute für die Zukunft.

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Keine Liebe, aber 40 Jahre Frieden

Das ägyptisch-israelische Friedensabkommen – Ein Vorzeigemodell im Nahen Osten

Von Amotz Asa-EI
(Redaktion Audiatur)

„Wir hätten nie gedacht, dass die Ägypter Frieden schließen würden“, sagte Außenminister Mosche Dajan auf die Frage, warum Israel mit dem Bau einer 250.000-Einwohner-Stadt in der Sinai-Wüste begonnen hatte.

Diese Aussage fiel im September 1978 während der 13-tägigen Friedensgespräche in Camp David, die zehn Monate nach der historischen Reise des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat nach Jerusalem stattfanden. 40 Jahre später erscheint der ägyptisch-israelische Frieden als Lichtstrahl in einem ansonsten unruhigen Nahen Osten.

Der Mechanismus des Abkommens war simpel, in politischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Hinsicht jedoch war er fragil, kostenintensiv und risikobehaftet.

Die zugrundeliegende Gleichung war, dass Ägypten Israel anerkennen und Israel sich im Gegenzug aus dem Sinai zurückziehen würde, den es 1967 erobert hatte, als sich dort eine riesige ägyptische Armee versammelt hatte, um den jüdischen Staat zu überrennen.

Das Abkommen rief in beiden Ländern Unruhe hervor.

Umstritten in Ägypten und Israel

In Ägypten trat Außenminister Ismail Fahmi von seinem Amt zurück, weil er gegen Sadats Reise nach Israel war, und Verteidigungsminister Mohamed Gama wurde abgesetzt, weil er das Abkommen von Camp David ablehnte. Zusätzlich zu diesem Widerstand aus dem eigenen Lager war da die islamistische Opposition außerhalb der etablierten Elite, die später auch die Ermordung Sadats herbeiführen würde.

Außerhalb von Ägypten wurde Sadat von der gesamten arabischen Welt – an ihrer Spitze die Arabische Liga, die Ägypten ausschloss und ihre Zentrale von Kairo nach Tunis verlegte – als Verräter verurteilt.

Unterdessen wurde in Israel das allererste Friedensabkommen des Landes von wichtigen Mitgliedern aus Premierminister Menachem Begins Likud-Partei abgelehnt, darunter der Knesset-Sprecher und zukünftige Premierminister Jitzhak Schamir, der sich bei der Abstimmung zur Ratifizierung des Abkommens enthalten hatte, und der künftige Verteidigungsminister Mosche Arens, der dagegen gestimmt hatte.

In diplomatischer Hinsicht stellte Sadats Forderung, wonach die ägyptisch-israelische Friedensvereinbarung eine israelische Verpflichtung gegenüber den „Palästinensern“ beinhalten sollte, das Abkommen vor eine Herausforderung.

Der Sinai als entmilitarisierte Zone

Israel seinerseits verlangte, dass der Sinai, auf dem Israel und Ägypten vier Kriege ausgetragen hatten, entmilitarisiert werden sollte, sprich, dass ein dortiger Einsatz der ägyptischen Armee ohne Israels Zustimmung untersagt sein würde.

In logistischer Hinsicht erforderte das Abkommen den Abzug der umfangreichen israelischen Militärkräfte sowie 18 ziviler Städte.



Sadat, Carter und Begin beim Unterzeichnen des Camp-David-Abkommens.

In finanzieller Hinsicht machte sich Israel auf die Suche nach Ersatz für die vier Militärflughäfen, die es auf der Sinai-Halbinsel errichtet hatte und für das dort geförderte Öl.

Das Abkommen ließ keines dieser Themen unberücksichtigt.

Israel erkannte die nationale Einheit der „Palästinenser“ an und zog sein Militär und die zivile Bevölkerung von der Sinai-Halbinsel ab; Ägypten entmilitarisierte den Sinai und sagte zu, das Öl von dort für die Dauer von weiteren 15 Jahren an Israel zu verkaufen. Die USA bauten neue Flughäfen in der israelischen Negev-Wüste und errichteten strategische Frühwarnstationen im Westen der Sinai-Halbinsel und 1980 wurden Botschaften in Kairo und Tel Aviv eröffnet.

Das Abkommen hält bis heute

Kurz gesagt, das Camp-David-Abkommen war ein Meisterstück von diplomatischer Ausgewogenheit, von Weitsicht und Verzicht. Was noch besser war, das Abkommen funktionierte tatsächlich und tut es immer noch – bis zum heutigen Tag.

Die Früchte dieses Abkommens sind unmöglich zu übersehen.

Israelische Schiffe befahren den Suezkanal und Geheimdienstoffiziere beider Seiten betreiben regelmäßigen Informationsaustausch. So traf sich beispielsweise diesen August Abbas Kamel, der Leiter des Allgemeinen Nachrichtendienstes Ägyptens (General Intelligence Service) mit Premierminister Benjamin Netanjah und führenden Beamten der israelischen Geheimdienste, um eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas auszuarbeiten.

Die Beziehungen zwischen Netanjah und Präsident Abdel Fatah al-Sisi werden als herzlich betrachtet.

Der ägyptisch-israelische Frieden

hat großen Herausforderungen standgehalten, darunter der israelische Einmarsch in den Libanon 1982 und die Präsidentschaft des islamistischen Politikers Mohamed Mursi von 2012-2013. Gelegentlich rief Ägypten seinen Botschafter zurück, um damit gegen die israelischen Maßnahmen im Libanon, dem Gazastreifen oder dem Westjordanland zu protestieren. Die Botschafter kehrten jedoch letzten Endes immer wieder zurück und die diplomatischen Beziehungen wurden nie vollständig abgebrochen.

Tatsächlich haben sich die israelisch-ägyptischen Beziehungen in einem ansonsten von zahllosen Konflikten gezeichneten Nahen Osten zu einem wahren Musterbild des Pragmatismus und der Stabilität entwickelt.

Dennoch können diese Beziehungen nicht als pure Idylle bezeichnet werden.

Frieden bedeutet nicht Liebe

Am enttäuschendsten ist, dass sich die ägyptischen Medien und die kulturelle Elite des Landes nach wie vor überwiegend feindlich gegenüber Israel verhalten und oft auch antisemitisch.

Was die Wirtschaft angeht, so hat Ägypten die ursprünglichen Hoffnungen Israels auf intensive Handelsbeziehungen enttäuscht.

Als äußerst denkwürdig wären da die Ausweisung der israelischen Geschäftsfrau Dvora Ganani, die ein Kosmetika-Importgeschäft in Kairo gegründet hatte, im Jahr 1997 zu nennen sowie die Festnahme und 8-jährige Haft des Textilunternehmers Azzam Azzam wegen angeblicher Spionage im Jahr 1996.

Außerdem widersetzte sich Ägypten wirkungsvoll der Vision für einen neuen Nahen Osten, welche die ökonomische Integration der Region befürwortete und die israelische Diplomatie während der Zeit der Premierminister Jitzhak Rabin, Schimon Peres und

Ehud Barak lenkte.

Dennoch entwickelten sich die israelisch-ägyptischen Geschäfte, als sie staatlich gefördert wurden.

2004 unterzeichnete Ägypten eine Vereinbarung mit Israel und den USA, welche ägyptische Exporte von US-Zöllen befreite, wenn das ägyptische Produkt einen festgelegten Anteil von in Israel gefertigten Teilen enthielt.

Im folgenden Jahr wurde ein Abkommen für ägyptische Gaslieferungen an den jüdischen Staat unterzeichnet.

In der Folge wuchs der Handel zwischen den beiden Staaten von weniger als 50 Millionen US-Dollar im Jahr 2003 auf über 500 Millionen US-Dollar in 2011, als die israelischen Gasimporte aus Ägypten die Marke von 355 Millionen US-Dollar erreichten.

Der Sturz von Hosni Mubarak im Jahr 2011 und die folgenden Unruhen beendeten den ägyptischen Gasstrom nicht nur nach Israel, sondern auch nach Jordanien, weil Terroristen wiederholt die über die Sinai-Halbinsel verlaufende ägyptische Pipeline sabotierten.

Jetzt liefert plötzlich Israel Gas an Ägypten

Israel fand jedoch später Gas im Mittelmeer und letzten Winter unterzeichnete das israelische Unternehmen Delek einen 15 Milliarden US-Dollar schweren 10-Jahres-Vertrag mit der ägyptischen Firma Dolphinus über die Lieferung von israelischem Gas an Ägypten.

Ja, ein umfassender Frieden im Stil des „Ewigen Friedens“ zwischen der Schweiz und Frankreich muss sich an der Südgrenze Israels erst noch entwickeln. Dennoch ist der israelisch-ägyptische Frieden auch 40 Jahre nach seiner Geburtsstunde immer noch solide, kampferprobt, wärmend und ganz gewiss unbeschwerter als die blutbefleckten Jahrzehnte, die ihm vorausgingen.

Wie jüdische Labour-Mitglieder unter den eigenen „Parteifreunden“ leiden

Hinter den Kulissen wird bei den britischen Sozialdemokraten gegen jüdische Genossen gehetzt

Von Denis MacEoin
(Redaktion Audiatur)

Großbritanniens Labour-Partei, die weiterhin der wichtigste Rivale der derzeitigen konservativen Regierung im Kampf um die Macht ist, tut sich schwer, das Image abzuschütteln, eine Organisation zu sein, die Antisemitismus billigt und in ihren Reihen eine große Zahl von Antisemiten beherbergt.

Immer neue Enthüllungen über antijüdische, antizionistische und antiisraelische Äußerungen, Resolutionen und interne Ermittlungen darüber haben die Partei ernsthaft in Misskredit gebracht und den Medien und politischen Gegnern endlos Gründe geliefert, der Partei zurecht Rassismus vorzuwerfen. Antirassismus ist ein Wert, der wohl, mit einigem Recht, von den meisten Menschen hochgehalten wird. In einem Artikel in „British Future“, der im April erschien, schrieb Sunder Katwala [ein linker Aktivist und Journalist in Großbritannien; d. Übers.], er habe für seine örtliche Labour-Gruppe auf einer Antirassismus-Demo gesprochen:

„Ich sagte den Zuhörern, dass Labour ein Vorreiter beim Thema Rassismus gewesen sei. Dass, wenn man sich in der Welt umgucke, man kaum eine politische Partei finde, die so stolz darauf ist, ein Pionier im Kampf gegen Rassismus gewesen zu sein.“

So weit, so gut. Katwala fuhr jedoch sogleich fort:

„Doch ich sprach auch darüber, wie traurig ich bin, dass eine Partei mit dieser Tradition und Geschichte heutzutage immer noch so viel Arbeit vor sich hat, wenn es darum geht, den Antisemitismus in der Labour-Partei selbst anzugehen.“

Nun, das ist wirklich merkwürdig: die am stärksten antirassistische Partei wird von ihren eigenen Mitgliedern und Abgeordneten beschuldigt, antisemitisch zu sein. Wie ist es dazu gekommen, und wie wurde es in jüngster Zeit, durch eine Entscheidung des Exekutivkomitees der Partei vom Juli dieses Jahres, verstärkt?

Bevor wir uns diesen Fragen zuwenden, ist es vielleicht nützlich, aus einer Rede zu zitieren, die Ruth Smeeth, eine jüdische Labour-Abgeordnete, am 16. April im Unterhaus gehalten hat. Sie sprach im Rahmen einer langen Parlamentssitzung, die dem Antisemitismus gewidmet war. Viele gute Reden waren gehalten worden, und am Ende erhielt sie stehenden Applaus. Ihre Worte schockierten jeden in der Kammer:

„Im Lauf der letzten beiden Jahre jedoch habe ich etwas zutiefst Schmerzhaftes erlebt: Angriffe auf meine Identität vonseiten meiner eigenen Labour-Familie. Ich war das Ziel einer Kampagne von Beleidigungen, versuchtem Mobbing und Einschüchterungen, von Leuten, die es wagten zu sagen, dass Leute wie ich keinen Platz in der Partei hätten, in der ich seit über 20 Jahren Mitglied bin und die auf diesen Bänken zu vertreten ich stolz bin. Meine Mutter war eine hochrangige Gewerkschaftsfunktionärin; mein Großvater war als Stahlarbeiter auf eine schwarze Liste gesetzt worden und dann Bergarbeiter geworden.“

Ich wurde in unsere Bewegung hineingeboren, ebenso sicher, wie ich in meinen Glauben hineingeboren wurde. Es ist eine Bewegung, für die ich während meines gesamten Erwachsenenlebens gearbeitet, Kampagnen geführt und gekämpft habe, darum brach es mir wahrhaft das Herz, mich vor drei Wochen auf dem Parlaments-



Ruth Smeeth beklagte sich bitterlich über die neue antisemitische Grundstimmung in ihrer Labour Party.

platz wiederzufinden, Schulter an Schulter mit der jüdischen Gemeinde gegen das Gift des Antisemitismus, das Teile meiner eigenen Partei und den größeren politischen Diskurs verschlingt.

Wenn es mir das Haus nachsieht, möchte ich eine kleine Auswahl dessen vorlesen, was ich über die sozialen Medien erhalten habe...

„Häng dich auf, du abscheulicher verräterischer Tory-Dreck. Du bist ein Krebs der Menschheit.“

„Ruth Smeeth ist eine Zionistin – sie hat keine Scham und hausiert mit der Ermordung von Juden durch Hitler –, die von den Zionisten betrogen wurde.“

„Ruth Smeeth reist bestimmt 1. Klasse mit allem Kitsch nach Tel Aviv. Schließlich ist sie Komplizin bei dem Versuch, Corbyn zu stürzen.“

„Was Jeremy Corbyn morgen als erstes zu tun hat – die zionistische BICOM-Verleumdungs-Hexen-Schlampe Ruth Smeeth aus der Partei ausschließen.“

„Diese Schlampe Ruth Smeeth ist brutenfeindlich, wir müssen unsere Nation von diesen Typen säubern.“

„#JC4PM entferne Ruth Smeeth so schnell wie möglich.“

„Weg mit dem Schwein – schafft all den zionistischen Kindermörder-Abscham raus aus Labour.“

„Du bist ein Spion! Du bist böse, satanisch! Hau ab! #Labour #Corbyn.“

„Ruth du bist ein zionistisches Gewächs, ich schäme mich, dass du in der Labour-Partei bist. Besser gemacht für die mörderische Knesset! #I Support Ken.“

„Dein Mitverräter Tony Blair hat das Hängen wegen Hochverrats abgeschafft. Leute wie du sollten abhauen, bevor wir es wiedereinführen #Smeeth Is Filth.“

In nur drei Jahren seit September 2015 ist ein langjähriger, aber früher wenig bekannter Labour-Abgeordneter, Jeremy Corbyn, unerwartet in die Wahl um die Parteiführung eingestiegen und ist daraus zu jedermanns Überraschung als Labourvorsitzender hervorgegangen. In kurzer Zeit ist Labour weit nach links getaumelt. Innerhalb von einem Monat nach Corbyns Wahl wurde „Momentum“, eine weit links stehende Gruppierung gegründet, um den neuen Führer zu unterstützen. Deren Gründer und Vorsitzender, Jon Lansman, ist ein wohlhabender, vom Kommunismus inspirierter Aktivist aus einer jüdisch-orthodoxen Familie, der entschieden pro-„palästinensisch“ ist. Er hat Labour dazu aufgerufen, aufzuhören, die Wörter „Zionist“ oder „Zionismus“ zu benutzen und empfohlen, dass sie stattdessen Begriffe wie „israelische Fundamentalisten“ oder besser noch „Netanjahus Regime“ verwenden.

Lady Valerie Cocks, die viele Jahre lang Vorsitzende von „Labour Friends of Israel“ war, schrieb in einem Brief an „Jewish News“:

„Ich bin immer mit Lansman aneinandergeraten, den ich die ganze Zeit über als den schlimmsten Feind betrachtete. Obwohl wir jetzt andere Feinde wie Jeremy Corbyn und John McDonnell haben, ist Lansman meiner Meinung nach noch schlimmer.“

„Jüdisch“ steht drauf, wo Anri-Israel drin ist

Eine zeitlang stellvertretende Vorsitzende von „Momentum“ war Jackie Walker, eine Frau, deren aus Russland stammender jüdischer Vater Mitglied der Kommunistischen Partei der USA war. Walker wurde als bekannte Antisemitin bezeichnet und musste wegen ihrer wiederholten und extremen antisemitischen Bemerkungen und Aktivitäten ihres Amtes enthoben werden. Nichtsdestoweniger blieb sie im Vorstand und wurde bald darauf ein Gründungsmitglied von „Jewish Voice for Labour“, eine von etlichen pro-„palästinensischen“ und antizionistischen Organisationen, die in jüngster Zeit versuchen, zu anerkannten Vertretern des angeblich jüdischen innerhalb der Partei zu werden.

Einmal sagte Walker: „Ich habe nach Information gesucht und immer noch keine Definition von Antisemitismus gehört, mit der ich arbeiten kann.“ Diese Ablehnung der Definitionen von Antisemitismus war, wie wir sehen werden, höchst relevant für die Krise der Partei im Sommer 2018.

Während Labour, in der Praxis geführt von „Momentum“ und einer Sekte von extremen Corbynissen, immer weiter und weiter nach links schwenkte und dabei die Taktik des Entrismus nutzte, um Ortsgruppen zu übernehmen, wurden immer häufiger Vorwürfe des Antisemitismus erhoben. Diese Anschuldigungen führten zu einer nationalen Debatte und wurden in den Medien weithin diskutiert, auch in der linken Presse. Angesichts von Labours Reputation als eine aktiv antirassistische Partei und ihrer Behauptung, an der Spitze des landesweiten Kampfes zur Abschaffung von Rassismus zu stehen, könnte die wachsende Skandalisierung des Antisemitismus nicht peinlicher sein. Jackie Walker hat immerhin ihre Aktivistin-Karriere zum großen Teil als Antirassistin bestritten.

Als Reaktion auf diese politisch schädliche Entwicklung forderte Corbyn am 29. April 2016 selbst eine Untersuchung darüber, inwiefern Antisemitismus in der Partei vorhanden sei. Shami Chakrabarti, die frühere Vorsitzende von „Liberty“, einer angesehenen Bürger- und Menschenrechtsorganisation, wurde ernannt, um das zu führen, was dann als „Chakrabarti-Ermittlung“ bekannt wurde. Der Bericht wurde von Labour am 30. Juni veröffentlicht, bloße zwei Monate nachdem die Ermittlung begonnen hatte. Er war kurz (41 Seiten), fade und beschäftigte sich an vielen Stellen mit technischen Angelegenheiten des Labour-Regelwerks, darunter ein Zehn-Seiten-Anhang mit Empfehlungen für Regeländerungen. Als Belohnung wurde sie in einem umstrittenen Akt ins Oberhaus des britischen Parlaments befördert.

Der Bericht stieß schnell auf Kritik vonseiten der jüdischen Gemeinde und anderen. Im Juli 2016 hielt ein Parlamentsausschuss eine Untersuchungssitzung über den Anstieg des Antisemitismus in Großbritannien ab; Corbyn und Chakrabarti wurden aufgerufen, daran teilzunehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Keith Vaz, nannte Chakrabartis Bericht ein „Weißwaschen“. Andere Abgeordnete, vor allem Labours gemäßigte Abgeordnete Chuka Umunna, unterzogen Corbyn und Chakrabarti bohrenden Fragen. Es wurde klar, dass die Chakrabarti-Ermittlung eine Menge von Einsendungen ignoriert hatte, vor allem solche von jüdischen Funktionären, Autoren und Aktivistinnen. Viele die-

ser Einsendungen wurden später in einem kleinen Sammelband zusammengestellt und von Judith Ornstein herausgegeben: „Whitewashed: Anti-Semitism in the Labour Party“.

Man hätte meinen sollen, dass die Labour-Partei alles unternehmen würde, um Wähler zurückzugewinnen, indem sie sich von jeglicher Politik lossagt, die die Öffentlichkeit denken lassen könnte, dass Labour zu extrem ist, um Regierungsverantwortung in einem Land zu übernehmen, dem infolge des Austritts aus der Europäischen Union ein Durcheinander droht. Doch in diesem Juli tat sie das genaue Gegenteil; sie kehrte sich von jeglicher Mäßigung ab, wohl in der Hoffnung, dass es dies ist, was die Wähler wollen.

Am 16. Juli 2018 übernahm das 41 Mitglieder starke Nationale Exekutivkomitee der Labour-Partei (NEC) einen Teil der Arbeitsdefinition Antisemitismus des Internationalen Holocaustgedenkkomitees (IHRA), nachdem wenige Tage zuvor ein entsprechender Vorschlag eines Unterkomitees eingegangen war. An der von dem Unterkomitee vorgeschlagenen Neuformulierung der Definition hatte es bereits Kritik von jüdischen Abgeordneten und Parteimitgliedern und der jüdischen Öffentlichkeit insgesamt gegeben, doch das NEC machte unbeirrt weiter und machte so das Problem – oder den Vorteil – von Labour noch größer. Es zeigte sich, dass Labour nur die Einleitungspassage der IHRA-Definition übernommen hatte, nicht den ganzen Text, mit seinen vielen Beispielen von antisemitischen Äußerungen und Handlungen.

„Jewish Voice for Labour“ leugnete vehement, dass das Nationale Exekutivkomitee die Definition in irgendeiner Weise gekürzt hätte und beharrte darauf, dass die gesamte Formulierung lediglich aus 38 Wörtern bestehe:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Diese „Definition“ ist extrem unredlich. In dem vollständigen Dokument der Definition kann man lesen: „Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen“, darauf folgen zwei Seiten mit Beispielen, darunter viele Kommentare, die sich auf Israel beziehen.

Viele der Unterstützer der gekürzten Version haben argumentiert, die vollständige Formulierung hindere sie daran, Israel zu kritisieren. Diese Anschuldigung ist nicht



Jeremy Corbyn reitet auf einer Welle des Hasses gegen Israel.

richtig. Tatsächlich ist die Definition in dieser Angelegenheit völlig klar: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“ In voller Kenntnis dieser Tatsache hat das NEC absichtlich vier Absätze entfernt, die antisemitische Kritik beschreiben:

1. Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.

2. Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.

3. Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.

4. Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.

Die Empörung jüdischer Organisationen, Abgeordneter und anderer war nun sogar noch größer als im März während der Demonstration gegen Antisemitismus auf dem Parlamentsplatz. Labour war immer wieder gewarnt worden, was den massiven Antisemitismus in den Reihen der Partei betrifft; der Bericht der Partei über das Problem war ein Weißwaschen; die Demonstration hatte große Beachtung gefunden; Corbyn hatte sich in den folgenden Monaten mit jüdischen Gemeindeführern getroffen, sie „enttäuscht“ zurückgelassen, und nun hatte die Partei ein beängstigendes Signal ausgesandt, dass sie nicht zugehört hatte.

Die große Wichtigkeit der vollständigen IHRA-Definition war in einer gemeinsamen Erklärung der neuen Präsidenten des Jewish Board of Deputies, Marie van der Zyl, und dem Vorsitzenden des Jewish Leadership Council, Jonathan Goldstein, herausgestellt worden:

„Es ist an den Juden, für sich selbst festzulegen, was Antisemitismus ist. Die jüdische Gemeinde Grossbritanniens hat die vollständige Antisemitismusdefinition des Internationalen Holocaustgedenkkomitees angenommen, ebenso wie die britische Regierung, die Parlamente von Wales und Schottland, 124 Kommunen überall im Land und zahlreiche Regierungen auf der ganzen Welt. Es ist unmöglich zu begreifen, warum sich Labour weigert, sich der universellen Definition anzuschließen. Ihre Taten verwässern nur die Definition und verstärken den Mangel an Vertrauen der britischen Juden in die Aufrichtigkeit, mit der Labour den Antisemitismus in der eigenen Bewegung bekämpft.“

Wir haben es hier mit einer politischen Partei zu tun, die bei allen anderen For-

men von rassistischen Äußerungen und Handlungen an die Wirksamkeit von „Political Correctness“ glaubt und das MacPherson-Prinzip unterschreibt, wonach den Opfern das Recht zusteht, Rassismus selbst zu definieren, die aber nun entgegen der jüdischen Mehrheitsmeinung ihre eigene Definition wählt. An dem Tag, als die Partei die verwässerte Version annahm, veröffentlichte die Jewish Labour Movement ein Rechtsgutachten, wonach Labour „das MacPherson-Prinzip beim Thema Antisemitismus ignoriert“ habe; „Juden werden weniger wohlwollend behandelt als andere Gruppen“.

Im Vereinigten Königreich hat die Konservative Partei nichts mit Faschisten, Neonazis oder weißen Rassistern zu tun. Wäre die Labourpartei gut geführt, dann würde sie jegliche Vermischung mit der extremen Linken, mit Kommunisten, Stalinisten oder Troztkisten meiden. Stattdessen wurde sie in unseren Tagen von diesen Extremisten übernommen, von Leuten, für die Hass auf Israel der Hauptexistenzzweck zu sein scheint.

Dr. Denis MacEoin PhD ist ein nichtjüdischer Unterstützer des jüdischen Volkes und seines Rechtes auf ein Heimatland. Sein Hauptstudiengebiet ist der Nahe Osten. Derzeit schreibt er ein Buch über Antisemitismus und Islamphobie.

Belgien stellt Unterstützung für „palästinensische“ Schulen ein

Die „Palästinenser“ benennen eine mit belgischen Mitteln erbaute Schule nach einer Terroristin

(Israelnetz)

Das westeuropäische Land beendet seine Zusammenarbeit mit dem „palästinensischen“ Bildungsministerium. Das bestätigte Kooperationsminister Alexander De Croo. Damit protestiert die Regierung gegen den Trend, Schulen nach Terroristen zu benennen.

Einem Bericht der Zeitung „Brussels Times“ zufolge war der Anlass für die Maßnahme die Umbenennung einer Schule bei Hebron im vergangenen Jahr. Belgien hatte den Bau der Einrichtung finanziert. Danach wurde sie nach der Terroristin Dalal Mughrabi benannt. Diese war 1978 an einer Geiselnahme in einem Bus beteiligt. Der Anschlag forderte 38 Menschenleben, unter den Toten waren 13 Kinder.

Belgien versuchte vergeblich, die „palästinensischen“ Behörden dazu zu bewegen, die Umbenennung rückgängig zu machen. Doch stattdessen erhielten zwei weitere Schulen den Namen der Terroristin. Sie waren allerdings nicht mit belgischen Mitteln gefördert worden.

Dennoch bleibt Belgien in den „palästinensischen“ Gebieten aktiv. Unter anderem wolle es das UN-Hilfswerk für „Palästina“-Flüchtlinge in Nahost (UNRWA) weiter unterstützen. Eine Zusammenarbeit werde es zudem in Bereichen wie der Verbesserung der Menschenrechte oder der Entwicklung im privaten Sektor geben, hieß es weiter.

Der belgische Minister Alexander De Croo



Antijudaismus, Antisemitismus, Antizionismus: Judenhass hat viele Namen

Rabbiner Lord Jonathan Sacks warnt vor einer Entwicklung, die er in Großbritannien nicht für möglich gehalten hätte

Von Gerd Buurmann

Zunächst tauchte der Judenhass in Europa als Antijudaismus auf und war lange Zeit von Christen geprägt. Sie schimpften Juden Kindermörder, verfolgten sie und griffen ihre Synagogen an. Einer der bekanntesten Einpeitscher des Antijudaismus war Martin Luther. In seiner Abhandlung „Über die Juden und ihre Lügen“ schrieb er, Juden seien ein „verzweifeltes, durchböstes, durchgiftetes Ding“ und daher müssten sie verfolgt, ihre Synagogen niedergerissen und ihre Bücher verbrannt werden.

Mit der Aufklärung nahm der christliche Antijudaismus ab. Seinen Platz nahm jedoch der Antisemitismus ein. Antisemiten erklärten Juden zu einer minderwertigen Rasse, nannten Juden Kindermörder, verfolgten und ermordeten sie und griffen ihre Synagogen an.

Statt der jüdischen Religion wurde nun das jüdische Volk gehasst. Mit pseudowissenschaftlicher Akribie wurde der Hass auf Juden intellektuell verbrämt, zu einer Frage der Volksgesundheit erklärt und dabei brutalisiert. War es zu Zeiten des religiösen Antijudaismus noch möglich, dass ein Jude zum Christentum übertreten konnte, um der Verfolgung zu entgehen, wollten Antisemiten die Juden nicht nur kulturell, sondern auch physisch vernichten.

Als der Antisemitismus aufkam, konnten viele Menschen nur den klassischen Antijudaismus. Sie sahen im Antijudaismus keine große Gefahr mehr. Das Christentum hatte schließlich seine absolute Macht eingebüßt, und in Deutschland konnten Juden Ende des 19. Jahrhunderts vollwertige Bürger des Deutschen Kaiserreichs werden. Der Antisemitismus konnte sich entfalten, weil er unterschätzt wurde.

Unterschätzt wird ebenfalls die neue Form des Juden Hasses, die heute wütet. Es ist der Antizionismus! Antizionisten behaupten, dass Juden nichts aus dem Holocaust gelernt haben. Antizionisten nennen Juden Kindermörder, verfolgen und ermorden sie. Antizionismus ist der Hass auf das Judentum als Nation. Der



Rabbiner Lord Jonathan Sacks warnte im Oberhaus eindringlich vor einem neuen Antisemitismus in Großbritannien.

alte Hass auf Juden hat sich neu kostümiert, besonders in „linken“ Kreisen. Wieder wird dieser Hass maßlos unterschätzt!

Die hysterische Kritik an Israel ist nichts weiter als blanker Juden Hass, Israel wird einer Sonderbehandlung unterzogen, der Judenstaat ist der Jude unter den Völkern.

So wie der Antijudaismus einst von Christen ausging, so hat der Antizionismus heute in der muslimischen Gemeinschaft einen willigen Verbreiter und Vollstrecker. Die Hamas zum Beispiel pflegt nicht nur einen Hass auf Israel, sondern fordert zudem die Vernichtung aller Juden weltweit. Israel wird so extrem ge-

hasst, dass die Nation jeden Krieg gewinnen muss! Nach zehn Kriegen muss es für Israel 10:0 stehen. Ein 9:1 ist nicht möglich, denn schon ein verlorener Krieg bedeutet, dass Israel aufhört zu existieren. Israel lebt seit seiner Gründung in einer permanenten „Sudden Death Situation“. Der Gegner kann ruhig einen Krieg nach dem anderen verlieren, Israel aber muss jeden Krieg gewinnen.

Der Antizionismus wird in Deutschland so hartnäckig unterschätzt wie einst der Antisemitismus. Daher sind die Worte von Rabbiner Lord Jonathan Sacks so wichtig, die er in einer Debatte über Antisemitismus am 13. September 2018 an die Mitglieder des Oberhauses richtete:

„Es ist die größte Gefahr für jede Zivilisation, wenn sie unter kollektiver Amnesie leidet. Wir vergessen, wie kleine Anfänge zu wahrhaft schrecklichen Enden führen. Tausend Jahre jüdische Geschichte in Europa haben dem menschlichen Vokabular bestimmte Worte hinzugefügt: Zwangskonversion, Inquisition, Vertreibung, Ghetto, Pogrom, Holocaust. All das geschah, weil dem Hass kein Einhalt geboten wurde. Niemand sagte: ‚Stopp!‘

Es schmerzt mich, über Antisemitismus, den ältesten Hass der Welt, zu sprechen. Aber ich kann nicht schweigen. Eine der ewigen Tatsachen der Geschichte ist, dass die meisten Antisemiten sich selbst nicht als Antisemiten betrachten. ‚Wir hassen Juden nicht‘, sagten sie im Mittelalter, ‚nur ihre Religion‘. ‚Wir hassen Juden nicht‘, sagten sie im 19. Jahrhundert, ‚nur ihre Rasse‘. ‚Wir hassen Juden nicht‘, sagen sie jetzt, ‚nur ihren Nationalstaat‘.

Der Antisemitismus ist der am schwersten zu besiegende Hass, weil er wie ein Virus mutiert. Eine Sache jedoch bleibt stets gleich: Juden, ob als Religion, Rasse oder als Staat, werden zum Sündenbock für Probleme gemacht, für die andere verantwortlich sind. So beginnt der Weg zur Tragödie.

Antisemitismus, wie jeder Hass, wird gefährlich, wenn drei Dinge passieren: Erstens, wenn es sich von den Randbereichen der Politik zu einer Mehrheitspartei und ihrer Führung bewegt. Zweitens, wenn die Partei sieht, dass ihre Popularität in der Öffentlichkeit dadurch nicht geschädigt wird. Und drittens, wenn diejenigen, die aufstehen und protestieren, verunglimpft und dafür geschmäht werden.

Alle drei Faktoren existieren heute in Großbritannien.

Ich hätte nie gedacht, dass ich das in meinem Leben sehen würde. Deshalb kann ich nicht schweigen. Denn es sind nicht nur Juden gefährdet. So ist auch unsere Menschlichkeit.“

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



OHNE ERINNERUNG VERBLASST DIE VERGANGENHEIT!

**ABER DU KANNST DAFÜR SORGEN,
DASS SIE NICHT VERGESSEN WIRD**

**AM 9.11. UND JEDEN TAG
VEREINT GEGEN ANTISEMITISMUS**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!

**WER, WENN
NICHT WIR
DEMOKRATIE-LEBEN.DE**

Wie die SPD die Grenzen des Sagbaren verschob

Die Genossen von Schulz bis Gabriel bereiten der anti-israelischen Stimmung in Deutschland den Boden

Von Gerd Buurmann

In der ARD-Talkshow „Anne Will“ vom 16. September war auch Martin Schulz (SPD, Mitglied des Bundestages) zu Gast.

Zum Thema Antisemitismus erklärte der ehemalige Bundeskanzlerkandidat Martin Schulz am 16. September 2018 bei „Anne Will“:

„Wir müssen konsequenter werden im Alltag. Ich will Ihnen eine Erfahrung, die ich auf europäischer Ebene gemacht habe, nochmal schildern, weil ich glaube, dass man daraus für Deutschland Konsequenzen ziehen kann. Eine Strategie der extremen Rechten, auch der Antisemiten ist die tägliche Provokation, jeden Tag eine. Und jeden Tag austesten, wie kann ich die rote Linie einen kleinen Schritt weiter nach vorne schieben. Das erleben wir im deutschen Bundestag jeden Tag. Und ein Stück der Strategie besteht darin, einen Verschleissprozess herzustellen. Bei der ersten Provokation reagieren noch alle, bei der zweiten Provokation auch noch, bei der dritten geht schon die Debatte los, wir können nicht jedes Mal reagieren. Bei der vierten Provokation verschleiss es sich. Bei der fünften ist die rote Linie nach vorne geschoben. Deshalb glaube ich, dass man im Bundestag, am Arbeitsplatz, im Bus, auf der Straße, im Fußballstadion, egal wo, viel energischer werden muss, also im Alltag, als wir es sind.“

Mit diesen Worten hat Martin Schulz sich selber überführt, denn wenn es um das Verschieben der roten Linie in Sachen Antisemitismus geht, hat er eifrig auf europäischer Ebene mitgeschoben.

Am 23. Juni 2016 war Mahmud Abbas zu Gast im Parlament der Europäischen Union. Er nutzte seine Rede, um zu schauen, wie sehr er die rote Linie nach vorne verschieben konnte. Er verbreitete offen im Parlament die aus dem Mittelalter bekannte Lüge vom brunnenvergiftenden Juden. Er behauptete, es gäbe gewisse Rabbiner, die beauftragt hätten, Brunnen zu vergiften.

All das war gelogen. Es gab diese Rabbiner nicht. Juden vergiften heute so wenig die Brunnen wie im Mittelalter. Am Ende der Rede gab es dennoch stehenden Applaus vom Parlament. Am 23. Juni 2016 applaudierte sich die Europäische Union zurück ins Mittelalter.

Die Juden als Brunnenvergifter

Der Brunnenvergiftungsvorwurf von Abbas war eine derart offensichtliche Lüge, dass selbst Abbas sie nicht lange aufrecht erhalten konnte. Nur zwei Tage später, am 25. Juni 2016, veröffentlichte die Presse-



Von „Apartheid“ bis zur Wasserlüge: Die gescheiterten sozialdemokratischen Ex-Promis machten sich in Israel unbeliebt.

abteilung von Mahmud Abbas eine Stellungnahme, in der eingeräumt wurde, dass es die Brunnenvergiftung nie gegeben hatte. Martin Schulz hatte die Rede vom brunnenvergiftenden Juden jedoch bereits öffentlich als „inspirierend“ gelobt.

So gelang es Abbas im Jahr 2016, die rote Linie erfolgreich nach vorne zu verschieben. Martin Schulz stellte sich damals nicht gegen diese Provokation, nicht am Arbeitsplatz, nicht im Bus, nicht auf der Straße, nicht im Fußballstadion, im Gegenteil: Er lobte die antisemitische Provokation sogar als inspirierend.

Als im Mittelalter die Pest wütete und viele Christen daran starben, erhoben sie den Vorwurf der Brunnenvergiftung gegen Juden. Der Vorwurf fiel nicht zufällig auf Juden, denn lange zuvor waren in ganz Europa sogenannte Judenbilder verbreitet worden, die den sozial ausgegrenzten Juden Heimtücke, Schandzauber und Verschwörungen gegen die Christenheit zugeschrieben hatten. Außerdem wurden

Juden aufgrund ihrer religiös verankerten Hygienevorschriften oft weniger von Epidemien getroffen als die übrige Stadtbevölkerung. Statt aber die Schuld bei sich selbst zu suchen und dem Versäumnis, sauberes Wasser zu erschließen, verfolgten Christen Juden.

Das war das Mittelalter. Heute ist es nicht viel anders!

Die Juden als Wasserdiebe

In Israel haben Juden ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Vielzahl moderner Wasseranlagen gebaut. Statt das zu bewundern, wird Israel heute dafür kritisiert, weil Araber keine modernen Wasseranlagen gebaut haben, ganz so als sei es die Schuld der Juden, wenn Araber heute kein sauberes Wasser erschließen wie Christen im Mittelalter. Am 12. Februar 2014 sprach der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, vor dem israelischen Parlament diese Worte:

„Wie kann es sein, dass Israelis 70 Liter Wasser am Tag benutzen dürfen und Pa-

lästinenser nur 17?“

Die Zahlen von Martin Schulz waren ein Gerücht, wie er später zugeben musste. Sie entsprangen wie im Mittelalter einer langen Tradition der Verbreitung von Judenbildern, die heute Israelbilder genannt werden müssen. Alex Feuerherdt zeigt in seinem Aufsatz „Israel, die Palästinenser und das Wasser“, dass Martin Schulz' Ausführungen reine Lügen und Gerüchte über Juden und Israel sind und beweist zudem, dass Israel nicht nur kein Wasser gestohlen hat, sondern vielmehr Wasser verschenkt hat und zwar an Feinde, die die Vernichtung aller Juden weltweit fordern, wie die Hamas in ihrer Gründungscharta (Artikel 7).

Wenn es um Antisemitismus geht, hat Martin Schulz die rote Linie bereits selbst mehrmals nach vorne verschoben.

Die rote Linie wird immer dann nach vorne verschoben, wenn Israel für etwas kritisiert wird, dass bei allen anderen Ländern nicht kritisiert wird. Sie wird bei Lügen und Gerüchten über Israel nach vorne verschoben, jedes Mal, wenn Israel ein Apartheidsstaat genannt oder mit dem Nationalsozialismus verglichen wird. Mit jeder Aufforderung, Israel zu boykottieren, wird die Linie so sicher nach vorne verschoben wie mit der Aussage, Israel sei die größte Gefahr für den Weltfrieden.

Für diese Verschiebungen der roten Linie braucht es aber keine Rechtsextremen. Diese Arbeit leisten leider teilweise auch Sozialdemokraten wie Martin Schulz und Sigmar Gabriel. Letzterer warf Israel sogar schon Apartheid vor und nannte einen Judenhasser stolz „meinen Freund“, wie man in dem Artikel „Sigmar Gabriel, die Apartheid und ein Lob von der Hamas“ nachlesen kann. Er war mal Außenminister. Martin Schulz hat somit Recht, wenn er sagt:

„Das erleben wir im deutschen Bundestag jeden Tag.“

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Arafat, Özil und Feine Sahne Fischfilet

Eine unvollständige Liste von Steinmeiers Fehl(auf)treten



Von Rainer Grell

Er hat zwar die weißen Haare eines seiner Amtsvorgänger, reicht aber nicht an dessen Format heran. Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier hat sich seit seinem Amtsantritt am 19. März 2017 folgende Fehlritte geleistet.

Besuch am Grab Arafats

Kurz nach seinem Amtsantritt legte Steinmeier am 9. Mai 2017 am Grab des 2004 verstorbenen „Palästinenser“-Präsidenten Jassir Arafat in Ramallah einen Kranz nieder. Ein Foto zeigt, wie er in leicht gebeugter Haltung vor dem Grabmal steht, während zwei Soldaten den Kranz zurechtrücken. „Nach Angaben der örtlichen deutschen Vertretung ist es das erste Mal, dass ein deutscher Bundespräsident den früheren Präsidenten auf diese Weise ehrt“, so die Münchener „Abendzeitung“. Einen konkreten Anlass für diese deplatzierte Geste habe ich nicht finden können.

„Arafat zählt zu den Gründern der Fatah. Er war an deren erstem Terroranschlag auf ein israelisches Wasserleitungssystem 1964 beteiligt. In der Folge war er für viele weitere Terroranschläge und Flugzeugentführungen verantwortlich. 1994 erhielt er zusammen mit den israelischen Politikern Jitzhak Rabin und Schimon Peres den Friedensnobelpreis für ‚ihre Anstrengungen zur Lösung des Nahostkonflikts‘. Zuvor hatte der Dachverband ‚Palästinensische Befrei-

ungsorganisation‘ (PLO [Palestine Liberation Organisation]), in der die Fatah die stärkste Fraktion bildet, Israel anerkannt“, wie „Israelnetz“ berichtete.

Empfang von Özil und Gündoğan

Jeder erinnert sich noch an die Begegnung der beiden deutschen Fußballnationalspieler Mesut Özil und Ilkay Gündoğan mit dem zwölften Präsidenten der Türkischen Republik, Recep Tayyip Erdoğan, am 13. Mai 2018 im Londoner Four Seasons-Hotel am ersten Tag seines offiziellen Großbritannien-Besuchs. Die beiden Deutschen türkischer Herkunft spielen in der englischen Premier League. Als Dritter war der in Wetzlar geborene Cenk Tosun dabei, der für den FC Everton spielt.

Das Treffen führte zu kritischen Diskussionen, nicht zuletzt auch deshalb, weil Gündoğan dem türkischen Präsidenten sein Trikot nicht nur mit seinem Namenszug überreichte, sondern mit der zusätzlichen Widmung in türkischer Sprache: „Für meinen verehrten Präsidenten – hochachtungsvoll“.

Gündoğan begründete das Treffen laut „Tagesspiegel“ so: „Aber sollten wir uns gegenüber dem Präsidenten des Heimatlandes unserer Familien unhöflich verhalten? Bei aller berechtigten Kritik haben wir uns aus Respekt vor dem Amt des Präsidenten und unseren türkischen Wurzeln – auch als deutsche Staatsbürger – für die Geste der

Höflichkeit entschieden.“ Es sei nicht ihre Absicht gewesen, eine politische Stellungnahme abzugeben, geschweige denn Wahlkampf zu machen.

Was hat das nun mit Steinmeier zu tun? „Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Erdogan-Fotos trafen sich Gündoğan, Özil und Bundespräsident Steinmeier zu einem Gespräch“, meldete die FAZ. Das ist insofern erstaunlich, als es angeblich die „anhaltende Kritik“ an den beiden Nationalspielern war, die den Bundespräsidenten veranlasste, ihnen zu „helfen“. Die Hilfe bestand offenbar in dem Empfang als solchem.

Erstaunlich ist auch, dass es Steinmeier nicht für nötig befand, ein Wort des Respekts gegenüber Emre Can zu äußern, einem weiteren deutschen Nationalspieler türkischer Herkunft, der allerdings im Gegensatz zu seinen drei Kollegen der Einladung des türkischen Präsidenten nicht folgte. Seine bemerkenswerte Begründung: Er wolle sich nicht instrumentalisieren lassen. Chapeau, Herr Can!

Werbung für „Feine Sahne Fischfilet“

Der „Münchener Merkur“ vom 3. September 2018 meldet: „Bundespräsident Steinmeier macht Werbung für ein Konzert in Chemnitz. Mit dabei ist die Band ‚Feine Sahne Fischfilet‘, die als linksextrem gilt.“ „Rechtskonservative Portale wie ‚Tichys Einblick‘ oder die ‚Junge Freiheit‘ kritisieren diese Werbung, aber auch das konservative Portal der Zeitung, Die

Welt‘ zeigt sich irritiert, weil der Band Linksextremismus vorgeworfen wird.“ Doch das ficht einen Mann, der einem Terroristen wie Arafat Referenz erweist, schwerlich an.

Ein Kommentator auf der Facebook-Seite des Bundespräsidenten urteilt wie folgt: „Ein Bundespräsident, der eine linksextremistische Band bewirbt, die in ihren Liedern Gewalt gegen Polizisten glorifiziert (...) hat kein Jota an Loyalität von mir als Staatsbürger mehr zu erwarten. Von der moralischen Integrität ganz zu schweigen, sich je wieder über die Verfassungstreue anderer wertend zu äußern.“

„Gewalt als Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus werde als legitimes Mittel verstanden, lautete der Verdacht gegen die Band“: „Im Lied ‚Staatsgewalt‘ von 2011 geht es auch um Gewalt gegen Polizisten: ‚Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf. Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein und danach schicken wir euch nach Bayern, denn die Ostsee soll frei von Bullen sein.“

Offenbar dachte der Bundespräsident, was viele denken: Im „Kampf gegen rechts“ darf man nicht so zimperlich sein. Steinmeier befindet sich da in guter Gesellschaft mit der Bundeskanzlerin, die in Chemnitz „Hetzjagden“ (des rechten Mobs – von wem sonst?) auf..., ja, auf wen eigentlich? ausgemacht hat.

Neue Vereinigung „Juden in der AfD“

Für große Aufregung besonders unter den offiziellen jüdischen Vertretern hat die Ankündigung einiger jüdischer AfD-Mitglieder gesorgt, eine parteiinterne Gruppe namens „Juden in der AfD“ zu gründen.

Die sogenannte „JafD“, die schon vor ihrer Gründung zu kontroversen Diskussionen in der jüdischen Gemeinde führt, soll am 7. Oktober 2018 im hessischen Offenbach entstehen.

In einer eigenen Verlautbarung begründet die Gruppe ihren Schritt u.a. mit der zunehmenden Gewalt gegen jüdische Menschen durch Zuwanderer aus dem moslemischen Kulturkreis. Des Weiteren kritisiert die „JafD“ deutsche Zahlungen an die UNRWA und bezeichnet die Zuwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Merkel als abträglich für jüdisches Leben in Deutschland.

Vertreter jüdischer Institutionen äußern sich zumeist ablehnend, unter ihnen der staatlich finanzierte Zentralrat. Die Kritiker werfen den jüdischen AfD-Mitgliedern um Wolfgang Fuhl und Artur Abramovych vor die Augen vor antisemitischen Ausfällen innerhalb der Partei zu verschließen und sich als „antirassistische Feigenblätter“ benutzen zu lassen.

Es ist davon auszugehen, dass die Aus-



einandersetzungen um die „JafD“ auch nach deren offizieller Gründung gerade innerhalb der jüdischen Gemeinde andauern werden.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU wird die Auseinandersetzungen beobachten und vom Gründungstreffen berichten.

Die israelische Mauer schützt vor Terror und rettet Menschenleben

Die Medienhetze gegen die israelischen Sicherheitsmaßnahmen geht ins Leere



Von Ulrich W. Sahn

Seit diese Mauer errichtet wurde geht die Zahl der Selbstmordanschläge in Israel zurück.

„Mauern bringen keinen Frieden“. Unter diesem Titel ist im Bremer Weser Kurier ein Leitartikel von Hans-Ulrich Brandt erschienen. Bei der Begriffskombination „Mauern“ und „Frieden“ ist jedem erfahrenen Zeitungsleser sofort klar, dass es hier einmal mehr um Israel geht. Denn bekanntlich schreibt niemand über die geteilte zypriotische Hauptstadt Nikosia oder die Mauern rund um Europa. „Frieden“ ist, wie wir alle aus dem Religionsunterricht wissen, ebenfalls im „Heiligen Land“ zu Hause. Er wird dort von Israel exklusiv verwaltet. Weshalb ja auch nur Israel den „Weltfrieden gefährden“ kann.

„Das Land mauert sich ein, riegelt sich ab.“ Brandt fragt weiter, ob die Mauern entlang der Grenzen zu Libanon, dem Westjordanland und sogar die unterirdischen Mauern gegen Tunnel der Hamas „wirklich der richtige Weg“ seien. Und weiter: „Schürt er (dieser Weg) in diesem nicht enden wollenden Nahostkonflikt nicht nur noch stärker Hass und Gewalt?“

Diese Frage allein ist eine Umkehrung von Ursache und Wirkung. Denn Brandt setzt voraus, dass Israel sich bei Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung gegen Terror fragen sollte, ob die Aktionen „Hass oder Gewalt“ schüren könnten. Brandt erwähnt Terror nirgendwo in seinem kurzen Leitartikel, oder dass die „Palästinenser“ und die Hisbollah im Libanon selber längst „Hass und Gewalt“ verübt haben, wenn Israel reaktiv Abwehrsysteme entwickelt. Er erwähnt auch nicht, dass eben diese Sicherheitsmaßnahmen ein Exportschlager sind.

Das fing schon Anfang der 1970er Jahre an, als unter israelischer Führung immer mehr Sicherheitskontrollen auf internationalen Flugplätzen eingeführt wurden. Man bedenke nur, wieviel „Hass oder Gewalt“ die Warteschlangen und dann erst das erniedrigende Abtasten erzeugt. Nach der Logik, dass erhöhte Sicherheit Gewalt auslöst, gibt es also weder Attentäter mit

politischer Agenda noch Islamisten mit Dschihad-Fantasien, sondern nur unbescholtene Bürger, die sich über Kontrollen ärgern und daraufhin spontan beschließen, ihr Flugzeug auf dem Weg in den Urlaub zu entführen.

Mit einer EL AL-Maschine wäre 9/11 nicht passiert

Hierzu ein wenig bekanntes Detail: Die EL AL durfte als einzige Fluggesellschaft der Welt ihre Pilotenkanzeln mit Panzertüren verriegeln. Alle anderen Fluggesellschaften gingen davon aus, dass auch Flugzeugentführer sicher landen wollen. Dieser Irrglaube wurde erst nach 9/11 korrigiert. Oder mit anderen Worten: mit einer EL AL Maschine wäre dieser schlimmste aller Terroranschläge nicht durchführbar gewesen.

Wer lange genug in Israel lebt, kann auf den Tag genau sagen, wann und wegen welchem Terroranschlag Abwehrmaßnahmen eingeführt worden sind. So wurden Bushaltstellen mit Metallbollern befestigt, Sicherheitsleute vor Restaurants oder Supermärkten aufgestellt und vieles mehr. In den 1980er Jahren gab es im ganzen Land weder Mauern noch Straßensperren. Alles war offen und „Palästinenser“ wie Israelis konnten mit ihren Autos fahren, wohin sie wollten. Wirtschaftlich profitierten davon vor allem die „Palästinenser“, weil sie den Israelis billigeres Obst und Gemüse in Gaza verkauften und die Autos preiswerter reparierten. Terror und Gewalt entstand jedoch genau in dieser friedlichen Zeit.

„Absoluter Hardliner“ „kompromisslose Politik“ – wie sehen die Fakten aus?

Erst nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge, der Rückkehr von Jassir Arafat und der Ankunft der bewaffneten PLO-Kämpfer aus dem Exil in Tunis nach Gaza begann eine bis dahin unbekannt Welle von Terroranschlägen. Das „vergessen“ jene linksgerichteten Israelis und Kommentato-

ren gerne, wenn sie prüfen, warum die Osloer Verträge 1994 „gescheitert“ sind.

Brandt bezeichnet den amtierenden Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als „absoluten Hardliner“ und unterstellt ihm, den Rückgang der Selbstmordanschläge als Erfolg seiner „kompromisslosen Politik“ zu verbuchen.

Die Tatsache, dass ausgerechnet Netanjahu wesentlich kompromissbereiter war als seine linksgerichteten Vorgänger, unterschlägt Brandt. Die Unterzeichner der Osloer Verträge, Jitzhak Rabin und Schimon Peres, weigerten sich strikt, die Gründung eines „palästinensischen“ Staates zuzulassen. Der erste israelische Premierminister, der von einem „palästinensischen“ Staat sprach, war ausgerechnet Netanjahu, 2009 in einer Rede in der Bar Ilan-Universität. Zuvor war er es, der einer Übergabe von Hebron an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ zugestimmt hatte. Ebenso war nur Netanjahu zu einem zehnmönatigen Baustopp in den Siedlungen bereit, um einem Wunsch des Präsidenten Abbas zu entsprechen und eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Kein anderer Premierminister vor ihm, auch nicht die vermeintlich so kompromissbereiten „gemäßigten“ Regierungschefs Israels, haben jemals dem Einfrieren der Siedlungspolitik zugestimmt.

Seit wann ist Sicherheit das Gegenteil von Frieden?

Und nun zu den von Brandt kritisierten Mauern und Sperranlagen, die aus seiner Sicht keinen Frieden bringen würden. Zunächst muss hier festgestellt werden, dass niemand jemals behauptet hat, dass die Schutzmaßnahmen Israels dazu dienen, Frieden zu bringen. Sie hatten immer nur einen einzigen Zweck: das Leben der Einwohner Israels zu schützen. Das gilt für das militärische Aufrüsten mit modernsten Kampfflugzeugen, Panzern und Elektro-

nik genauso wie für den Bau der Mauern. Besonders deutlich wird das bei der sündhaft teuren Entwicklung der sogenannten „Eisenkappe“. Sie ist Israels Antwort auf Beschuss mit Tausenden primitiven Raketen aus dem Gazastreifen oder Libanon.

Heute ist Israel das erste und einzige Land der Welt, das ein Abwehrsystem gegen Kurzstreckenraketen und sogar gegen Mörserbeschuss besitzt. Die sogenannte „Mauer“ wurde 2002 von Premierminister Ariel Scharon in Auftrag gegeben, gegen den ausdrücklichen Willen der israelischen Regierung. Die Kabinettsminister wollten unter keinen Umständen die alte, längst verwischte „Grenze“ wieder auferstehen lassen, die 1949 zwischen Jordanien und Israel als Waffenstillstandslinie auf Landkarten festgelegt worden war. Umgekehrt hatten die Palästinenser schon während der ersten Intifada ab 1984 immer wieder Israel aufgefordert, diese Grenzlinie neu zu markieren, um klarzustellen, wo Israel endet und das Gebiet des künftigen Staates Palästina beginnt.

Doch infolge der mörderischen Selbstmordattentate in Haifa und Tel Aviv in Bussen, Restaurants, Kindergärten und bei Hochzeitsgesellschaften, sah sich Scharon einem erheblichen Druck aus der Bevölkerung ausgesetzt, diesem Spuk ein Ende zu setzen. Es gab keinen politischen Weg, dem blinden Hass der „Palästinenser“ auf alle Juden ein Ende zu setzen und die blutige Gewalt zu beenden. So entstand der Wille, potentielle Attentäter physisch daran zu hindern, unkontrolliert nach Israel einzudringen. Das hatte für die „Palästinenser“ verheerende Folgen, denn Israel stoppte die tägliche Einreise von mehr als 100.000 „palästinensischen“ Bauarbeitern und Tagelöhnern. Den Israelis war das Überleben wichtiger als das wirtschaftliche Wohlergehen der „Palästinenser“ in den besetzten Gebieten.

Pro-„palästinensische“ Menschenrechtsaktivisten sollten an diesem Punkt inne-

halten, wenn sie stets nur Israel schuldig sprechen für das „Leiden“ der „Palästinenser“, während jüdisches Menschenleben ihnen offenbar gleichgültig ist. Selbstverständlich muss man sich für das Wohlergehen der unbeteiligten „Palästinenser“ einsetzen. Aber die „palästinensische“ Führung trägt allein die Verantwortung für ihre eliminatorische Ideologie gegen Israel, für die Entlohnung der überlebenden Terroristen mit üppigen Gehältern und den Missbrauch der eigenen Bevölkerung als menschliche Schutzschilde. Besonders übel und fragwürdig ist das aktuelle Vorschicken von Kindern und Jugendlichen an die Grenze des Gazastreifens, um Israel im Rahmen des „Marsches der Rückkehr“ zu stürmen. Problematisch und im Widerspruch zu allen Menschenrechten ist nicht nur der Einsatz der „palästinensischen“ Jugendlichen als propagandistisch wirksames „Kanonenfutter“, sondern auch die erzieherische Wirkung der Grenz-Attacken auf die arabische Jugend.

Der Mord an Ari Fuld, begangen durch einen 17-jährigen Attentäter, ist dieser Propaganda geschuldet. Der vierfache jüdische Familienvater ist tot. Sein Mörder wird in einem israelischen Krankenhaus behandelt. Doch schon heute ist klar, dass auch das keinen Frieden bringen wird, denn bekanntlich liegen die Terrorrenten der PA an Judenmörder und deren Familien weit über dem, was ein „Palästinenser“ verdient. Anstatt aber sich zusammen mit den USA dafür einzusetzen, dass Hilfgelder nicht mehr ohne strikte Auflagen vergeben werden, will ausgerechnet Deutschland die Zahlungen erhöhen, ohne dass die Bundesregierung von der PA und der Hamas einen sofortigen Stopp des Terrors fordert. Wer hier, wie Brandt, den Begriff des diplomatischen Rohrkrepiers benutzt, sollte wenigstens erwähnen, wer sich in diesem Fall als Friedensbremse betätigt. Israel ist weltweit das Land mit den höchsten Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung. Deutschland liegt beim globalen Militarisierungsindex auf Platz 104, die Schweiz auf Platz 51. Aber Griechenland hat den 9. Rang. Wenn der Wille zum Frieden eine direkte Beziehung zur Verteidigungsbereitschaft hätte, müssten auch die Griechen einen Hang zum Hardliner haben und die Deutschen sehr viel friedlichere Menschen sein, als die Schweizer.

Mauern und Zäune schützen jüdisches Leben in Israel und Deutschland

Die „Mauer“ war zunächst ein Maschendrahtzaun mit Stacheldrahtrollen, Sensoren und Kameraüberwachung. Später kam an bestimmten Stellen eine Betonmauer



Jeder Vergleich mit der Berliner Mauer, die Menschen drinnen statt draußen halten sollte, verbietet sich. Einen Schießbefehl wie den der SED gibt es nicht.

hinzu. Ihr „Architekt“, ein Israeli namens Nezach Maschiach, was ins Deutsche übersetzt „Ewiger Messias“ bedeutet, erklärte in einem Telefoninterview, wie die Höhe dieser Mauer zustande kam. Bei Kalkilja wurde damals die Maut-Autobahn Nr. 6 gebaut. Im Rahmen des „Befreiungskampfes“ schossen PLO-Kämpfer aus den Fenstern ihrer Häuser auf die arabischen Bauarbeiter und töteten mehrere von ihnen. Als die Autobahn eröffnet war, wurden tödliche Schüsse auf die Autofahrer abgegeben. Daraufhin habe man berechnet, wie hoch entlang der Schnellstraße die Mauer sein müsse, damit von den Häusern der „palästinensischen“ Stadt aus nicht das obere Stockwerk eines doppelstöckigen Reisebusses getroffen werden könne. So sei man auf 8 Meter gekommen. Mit diesem Standard wurden die Mauersegmente mit einem breiten Sockel und einem kleinen Loch am oberen Ende für den Transport in Auftrag gegeben. Zu den Kuriosa der Geschichte zählt, dass „palästinensische“ Betonfirmen im Besitz des damaligen Premierministers Ahmed Qureia den Zuschlag erhielten, die Betonsegmente herzustellen. Der verdiente sich mit jener Mauer, mit der die „Palästinenser“ „eingesperrt“ werden sollten, eine

„goldene Nase“, wie man so sagt.

Bei einer Preetour haben israelische Militärs sehr anschaulich das ganze „System“ der Mauer erklärt. Wo es auf der israelischen Seite freies Gelände gibt, reichen Zaun, Stacheldraht und eine Patrouillenstraße. Dank hochauflösender Spezialkameras und elektronischer Sensoren am Zaun sehen die Militärs sofort, wo jemand eindringen will, anstatt über die Kontrollpunkte einzureisen. Da Israel nicht das Personal hat, alle paar Meter einen Wachtposten aufzustellen, kann nun ein Patrouillenfahrzeug losgeschickt werden, um den Eindringling zu verhaften. Nur dort, wo Wohnhäuser beiderseits der Linie stehen, wurde eine Mauer als physisches Hindernis errichtet. Denn wenn ein potentieller Terrorist erstmal in ein israelisches Haus eingedrungen ist, wäre es unmöglich, ihn abzufangen.

Es geht hier ausschließlich darum, Menschenleben zu retten. Genauso, wie die Mauer um die Synagoge in Bremen dem Schutz der Gemeinde dient. Besucher sind immer herzlich willkommen – allerdings erst nach den Sicherheitskontrollen. Jüdische Menschen können sich auch frei in der Stadt bewegen – allerdings nur, wenn sie Kippa und Davidstern verstecken. Das

gilt für alle jüdischen Menschen, bis hin zu der jungen Mutter, die morgens mit ihrem Kleinkind zum Kindergarten fährt. Je verwundbarer ein Mensch ist, desto mehr bedarf er des Schutzes. Deshalb ist der Kindergarten der jüdischen Gemeinde in Bremen nicht nur mit meterhohen Mauern, sondern sogar mit NATO-Draht gesichert. Das hat auch hier nichts mit „absoluten Hardlinern“ zu tun oder gar damit, dass jüdische Menschen in Bremen nicht fähig wären, friedlich mit ihren Nachbarn zu leben, sondern mit vergangenen Anschlägen auf jüdisches Leben in Deutschland.

Offenbar ist auch das friedliche Deutschland, trotz seines Pazifismus und seiner vergleichsweise niedrigen Sicherheitsausgaben, nicht fähig, jüdische Kinder und ihre christlichen und muslimischen Freunde anders zu schützen, als durch hohe Mauern und bewaffnete Polizei.

Alle Versuche, dieses Problem anders als mit scharfen Sicherheitsmaßnahmen zu lösen, haben sich, um Herrn Brandt zu zitieren, „bisher als Rohrkrepiere erwiesen“. Solange es Judenhass gibt, egal in welcher Form, ob als Antijudaismus, Antisemitismus, oder als Antizionismus, wird das auch so bleiben.



Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

- Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
- Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
- Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

- | | |
|--------------------|------------------------|
| ■ Spanien ab 370€ | ■ Griechenland ab 480€ |
| ■ Italien ab 470€ | ■ Türkei ab 385€ |
| ■ Zypern ab 360€ | ■ Kanaren ab 525€ |
| ■ Emirates ab 880€ | ■ Thailand ab 760€ |
| ■ Kuba ab 970€ | ■ Bali ab 990€ |



Aserbaidshans Botschafter Ramin Hasanov im Dialog mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU

Ein Gespräch über jüdisches Leben in Aserbaidshan und seine Beziehungen zu Deutschland und Israel

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Exzellenz, wir freuen uns sehr, dass Sie uns im Rahmen unseres regionalen Südkaukasus-Schwerpunktes mit einem Gespräch beehren. Nicht landläufig bekannt ist vielen die lange Tradition des Judentums in Aserbaidshan. Wie steht es aktuell um die Situation der jüdischen Bevölkerung in der Republik Aserbaidshan?*

S.E. Ramin Hasanov: Aserbaidshan ist als die Heimat verschiedener Religionen, Kulturen und Ethnien bekannt, die seit Jahrhunderten friedlich nebeneinander existieren.

Die ersten Juden ließen sich bereits vor der Entstehung des Christentums in Aserbaidshan nieder. In ihrer neuen Heimat, die von Toleranz und Multikulturalität geprägt ist, wurden die Juden nicht als Fremde wahrgenommen. Gleichzeitig haben sie die Geschichte meines Landes mitgeprägt und im gesellschaftlichen Leben aktiv mitgewirkt. Ein Beispiel: Die Juden waren im Regierungskabinett und im Parlament der Volksrepublik Aserbaidshan (1918-1920) vertreten. Mit Yevsey Gindes hatte die damalige Republik einen jüdischen Gesundheitsminister.

Heute leben in Aserbaidshan ca. 47.000 Juden. Davon entfallen 37.000 auf die Bergjuden, die konzentriert in Baku und Guba leben. Die jüdische Gemeinde ist in das gesellschaftlich-politische und kulturelle Leben Aserbaidshans bestens integriert.

Den Schülern jüdischer Herkunft stehen heute fünf Schulen zur Verfügung. Sie werden von 1.500 Schülern besucht. Dazu kommen noch zwei jüdische Kindergärten.

Derzeit gibt es sieben aktive Synagogen in meinem Land. Zwei davon wurden 2003 und 2012 auf Kosten der aserbaidshanschen Regierung gebaut.

Unsere jüdischen Mitbürger organisieren sich in verschiedenen Vereinen und Gesellschaften und gestalten aktiv Veranstaltungen und Publikationen. Die Gemeinde verfügt außerdem über ihre eigene Presse.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Die gesicherte und anerkannte Lebenslage der Juden in einem mehrheitlich muslimisch geprägten Land ist in der Tat eine außergewöhnliche Leistung. Wirkt sich dies auch positiv auf die bilateralen Beziehungen mit Israel aus? In welchen Bereichen findet hier bereits eine enge Zusammenarbeit statt und wo sehen Sie noch Potential für die Zukunft?*

S.E. Ramin Hasanov: Die aufblühende Gemeinde der Juden in Aserbaidshan sowie der nach Israel abgewanderten Juden (ca. 70.000 Personen) bilden eine besondere Brücke nach Israel und unterstützen die bilateralen Verhältnisse zwischen unseren Ländern tatkräftig. Der Staat Israel ist im Übrigen eines der ersten Länder, die die Unabhängigkeit Aserbaidshans anerkannt (25. Dezember 1991) und mit ihm diplomatische Beziehungen aufgenommen haben (6. April 1992).

Es ist erfreulich zu sehen, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Aserbaidshan und Israel in den letzten Jahren positiv entwickelt haben. Israel bleibt einer der führenden Handels- und Investitionspartner Aserbaidshans. Das bilaterale Handelsvolumen wächst stetig und betrug 2017 ca. 700 Millionen US-Dollar.

Zurzeit sind etwa 40 israelische Unternehmen in Aserbaidshan tätig. Im



S.E. Botschafter Ramin Hasanov mit JÜDISCHE RUNDSCHAU-Reporter Urs Unkauf

Rahmen der Diversifizierung der Wirtschaft Aserbaidshans investieren diese Unternehmen insbesondere in die Landwirtschaft und die Telekommunikation. Aserbaidshan bezieht aus Israel vor allem Industriegüter.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besteht jedenfalls noch ein großes Potential, das auszuschöpfen ist.

Die aus Aserbaidshan stammenden Israelis bilden auch einen nachhaltigen Schwerpunkt unter den Touristen meines Landes. Diese treuen Aserbaidshan-Besucher tragen selbstverständlich auch zur Entwicklung des Tourismusbereichs in meinem Land bei.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu besuchte den Präsidenten der Republik Aserbaidshan, Ilham Aliyev, zuletzt im Jahr 2016. Welche Impulse sind aus diesem Treffen entstanden?*

S.E. Ramin Hasanov: Seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Aserbaidshans kooperieren unsere Länder sehr gut auf bilateraler und multilateraler Ebene.

Der Aserbaidshan-Besuch des israelischen Ministerpräsidenten, Herrn Benjamin Netanjahu, gab unseren bilateralen Beziehungen natürlich einen wichtigen Impuls. Bei diesem Besuch wurden mehrere Abkommen zur Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen abgeschlossen. Es wurde zudem eine gemeinsame Kommission zwischen beiden Regierungen gegründet. Die gemeinsame Kommission wird von aserbaidshanscher Seite durch den Minister für Steuern und von israelischer Seite durch den Minister für Umwelt geleitet.

Es besteht außerdem eine gute Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten unserer Länder. Auch die Parlamentarier haben sich in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. In regelmäßigen Abständen findet zudem

der Austausch von hochrangigen Delegationen zwischen beiden Ländern statt. Es gibt einen intensiven politischen Dialog. Im Januar dieses Jahres trafen sich unser Staatspräsident, Herr Ilham Aliyev, und Premierminister Herr Benjamin Netanjahu im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Nun verfügt Aserbaidshan seit dem 19. Jahrhundert auch über historisch eng gewachsene Beziehungen zu Deutschland. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern fand im vergangenen Jahr ein Symposium statt, bei dem die vielfältigen Aspekte dieser Partnerschaft beleuchtet wurden. Welche Schwerpunkte planen Sie für dieses Jahr zur weiteren Förderung der deutsch-aserbaidshanschen Beziehungen?*

S.E. Ramin Hasanov: Aserbaidshan misst einer Zusammenarbeit mit Deutschland und der Europäischen Union eine große Bedeutung bei. Die aserbaidshansch-deutschen Beziehungen umfassen ein breites Spektrum. Das Deutschlandbild in Aserbaidshan ist weitgehend positiv geprägt. Deutschland war ebenso eines der ersten Länder, die die Unabhängigkeit Aserbaidshans anerkannt und diplomatische Beziehungen mit ihm aufgenommen haben. Durch zahlreiche hochrangige Besuche und Begegnungen pflegen unsere Länder einen intensiven politischen Dialog.

Aserbaidshan ist heute der wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner Deutschlands und der Europäischen Union im Südkaukasus. Der Handel zwischen unseren Ländern umfasste letztes Jahr etwa 70 % des gesamten Handelsumsatzes zwischen Deutschland und den Ländern des südlichen Kaukasus. Aserbaidshan nimmt den 7. Platz unter den Erdöllieferanten Deutschlands ein. Im Herbst 2012 wurde die Deutsch-Aserbaidshansche Außenhandelskammer als

zweite ihrer Art im gesamten GUS-Raum in Baku eröffnet. Etwa 150 Unternehmen aus Deutschland sind derzeit in Aserbaidshan tätig.

Das von den schwäbischen Siedlern hinterlassene historisch-kulturelle Erbe in Aserbaidshan bildet das Fundament der deutsch-aserbaidshanschen Kulturbeziehungen. Dieses Erbe ist natürlich unsere gemeinsame Geschichte. 2017 wurde der 200. Jahrestag der Gründung der ersten deutschen Siedlungen in Aserbaidshan mit diversen Veranstaltungen in Aserbaidshan und in Deutschland feierlich begangen. Auch dieses Jahr werden Veranstaltungen zu den deutsch-aserbaidshanschen Beziehungen durchgeführt und geplant. Anlässlich des 100. Jahrestags der Gründung der aserbaidshanschen Republik füllt dieses Thema überwiegend unseren diesjährigen Veranstaltungskalender.

Eine sehr enge Zusammenarbeit besteht in den Bereichen der Bildung und Wissenschaft. Das halte ich für eine gute Investition in die Zukunft der Beziehungen. Derzeit studieren etwa 1.100 Aserbaidshanner in Deutschland, die sicherlich Brückenbauer für unsere Beziehungen von morgen sein werden. Rund 23 Partnerschaften bestehen zwischen verschiedenen aserbaidshanschen und deutschen akademischen Einrichtungen. Neulich wurde das Goethe-Zentrum in Baku feierlich eröffnet. Diese Vertretung des Goethe-Instituts wird zusammen mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der schon seit vielen Jahren in Aserbaidshan vertreten ist, zu den deutsch-aserbaidshanschen Kulturbeziehungen maßgeblich beitragen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Im Bereich Energie ist Aserbaidshan ein wichtiger Partner Europas für die Versorgung mit den fossilen Rohstoffen Erdöl und Erdgas. Wie steht es aktuell um die Realisierung der Projekte des „Südlichen Gaskorridors“? Und ist eine Konkurrenz*



ANDREJ ISAKOVIC, WIKIPEDIA

Ein Blick über Baku, die Hauptstadt des ölreichen Aserbaidschan.

zur geplanten „East Med“-Pipeline zu erwarten, an der sich auch Israel beteiligt?

S.E. Ramin Hasanov: Wie Sie wissen, hat Aserbaidschan als erstes Land die Erdöl- und Erdgasressourcen im Kaspischen Meer für den internationalen Markt erschlossen. Der Durchbruch in diesem Prozess war selbstverständlich der Abschluss des „Jahrhundertvertrages“ von 1994 zwischen Aserbaidschan und den führenden Energiekonzernen der Welt.

Die darauffolgende erfolgreiche Energiestrategie unserer Republik, deren Gründer unser nationaler Anführer Heydar Aliyev war, hat Aserbaidschan zur führenden Wirtschaftskraft in der Region gemacht und auch zu einer ausgeprägten internationalen Kooperation beigetragen. Diese Strategie wird heute von der Regierung des Staatspräsidenten Ilham Aliyev erfolgreich und würdig fortgesetzt.

Eine wichtige Komponente dieser Strategie ist die Diversifizierung der Lieferwege. Aserbaidschan wirkt maßgeblich am Auf- und Ausbau der Energie- und Transportinfrastruktur in unserer Region mit. Die Erdölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan und die Erdgaspipeline Baku-Tiflis-Erzurum, welche auf Initiative Aserbaidschans hin gebaut wurden, sind die wichtigen bestehenden Leitungen für die kaspischen Energieressourcen gen Westen. Aserbaidschan ist auch Vorreiter im Projekt „Südlicher Gaskorridor“, das aus vier Komponenten besteht: dem Erdgasfeld „Schah Deniz-2“, der Südkaukasus-Pipeline, der Transanatolischen Pipeline (TANAP) und der Trans-Adriatischen Pipeline (TAP). Die ersten drei Komponenten sind inzwischen fertiggestellt worden, die Arbeiten an der TAP werden planungsgemäß weitergeführt.

Die Entdeckung der Erdgasstätten in Israel ermöglicht diesem Land ebenfalls, die Weltmärkte mit seinem Erdgas zu beliefern. Das Land kann dafür natürlich unter den bestehenden bzw. geplanten Transportmöglichkeiten wählen.

Das primäre Ziel des Südlichen Gaskorridors ist, aserbaidtschanisches Erdgas nach Europa zu liefern. Jedoch könnten diese Transportwege auch von anderen zukünftigen Gaslieferanten wie dem Staat Israel benutzt werden. Der „Südliche Gaskorridor“ steht daher nicht in Konkurrenz mit anderen Energielieferprojekten, sondern trägt zur Diversifizierung der Transportmöglichkeiten für die Lieferanten bei.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Abschließend möchte ich noch auf die geopolitische Position Aserbaidschans zu sprechen kommen. Die Liste der Konflikte im Nahen Osten ist bekanntlich lang und beim Syrienkonflikt scheint eine Lösung nach wie vor nicht absehbar. Welche Strategie verfolgt Aserbaidschan bei der Konfliktbewältigung in der Region?

S.E. Ramin Hasanov: Aserbaidschan, von dessen Staatsgebiet 20 % durch unser Nachbarland Armenien militärisch besetzt wurden und das knapp eine Million Flüchtlinge und Binnenvertriebene zu versorgen hat, empfindet großes Mitgefühl für die katastrophale Lage in Syrien.

Aserbaidschan unterstützt die territoriale Integrität Syriens, hofft auf ein baldiges Ende des Syrienkonflikts und tritt für eine friedliche Lösung unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Um einen Friedensprozess in Syrien herbeizuführen, ist die Vereinbarung eines funktionierenden Waffenstillstands von großer Bedeutung.

Es ist außerdem in diesem Kontext zu erwähnen, dass Armenien auch hier die aktuelle Lage missbraucht, um die armenischstämmigen Flüchtlinge aus Syrien in die von ihm besetzten Territorien Aserbaidschans zu übersiedeln. Das widerspricht den existierenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Botschafter Hasanov, danke für dieses interessante Gespräch!

Das Interview führte Urs Unkauf.



Discover the real Japanese
KOBE BEEF



beefbar[®]
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20 67 93 01

Wie Facebook politisch missliebige Autoren mundtot macht

Die Willkür des Facebook-Algorithmus bedroht die Pressefreiheit

Von Carl Jancke

Soziale Medien waren nicht für die politische Diskussion gedacht. Wenn Facebook im Namen impliziert, sein Gesicht zu zeigen, hat Marc Zuckerberg nicht an politischen Anstand gedacht, sondern an eine Art virtuelles Jahrbuch seiner Elite-Universität. Mit den Geistern, die er rief, ist er nun heillos überfordert. Das zeigt auch die Tatsache, dass die JÜDISCHE RUNDSCHAU-Autorin Jaklin Chatschadorian auf Facebook gesperrt wurde, weil sie ihren eigenen Artikel aus dieser Zeitung („Von moslemisch sozialisierten Männern geht überdurchschnittlich viel Gewalt aus“) gepostet hatte.

Ihre Ankündigung war nicht reißerisch, sondern fast bis zur Langeweile neutral: „Diesmal geht es in meinem Artikel darum, dass von muslimischen Männern überdurchschnittlich viel Gewalt ausgeht und es geht um die Gewöhnung an moslemische Gewalt sowie die Verschiebung unseres Wertegerüsts“. Facebook hat diesen Text zweimal geprüft und bestätigt, dass er „unseren Gemeinschaftsstandards nicht entspricht“.

Mit diesem Erlebnis steht Jaklin Chatschadorian nicht allein da. Ein Zitat und eine Verlinkung zu einem Text der Autorin Cora Stephan in der „Neuen Zürcher Zeitung“ wurde im Mai 2018 ebenfalls gesperrt. Die Liste der politisch offenbar nicht genehmten, und daher gesperrten Autoren ist lang. Und diese Löschungen sind kein Zufall, sondern Willkür. Besonders dramatisch ist, dass Facebook die von Callcenter-Betreibern ausgesprochenen standrechtlichen Löschungen und Sperrungen auch dann nicht rückgängig macht, wenn sie wie in diesem Fall offensichtlich unberechtigt sind.

Löschkriterien sind undurchsichtig

Facebook löscht auf der Basis von vier Kriterien Beiträge und führt anschließend Sperrungen durch: Erstens durchforstet ein Löschr-Algorithmus die neuen Einträge nach bestimmten Bildern und Schlüsselbegriffen. Problematische Begriffe werden wohl den Mitarbeitern in den Löschrzentren zugespielt, die dann im Sekundentakt über eine Löschung entscheiden. Daneben werden Posts von anderen Facebook-Mitgliedern gemeldet, mit denen dann in den Löschrzentren ähnlich verfahren wird. Daneben werden dort wohl von diesen Mitarbeitern in geringem Umfang auch noch eigene Recherchen durchgeführt.

Die Mitarbeiter, die über keine juristische oder akademische Ausbildung verfügen müssen und von Call-Center-Betreibern angestellt sind, werden offensichtlich politisch geschult. Dabei wird insbesondere darauf Wert gelegt, dass die Mitarbeiter sogenannte „rechte“ Inhalte erkennen und löschen. Das beschreibt die ehemalige Bürgerrechtlerin, CDU-Bundestagsabgeordnete und Autorin Vera Lengsfeld, die den Bericht einer früheren Mitarbeiterin einer Löschrzentrale aufgezeichnet hat, der nahelegt, dass Institutionen, die der Bundesregierung besonders nahestehen

wie die Bertelsmann-Stiftung oder die Amadeu-Antonio-Stiftung (geleitet von der ehemaligen Mitarbeiterin des SED-Geheimdienstes Stasi, Anetta Kahane) in diese Schulung involviert sind.

Aus der Sicht der Betreiber sozialer Netzwerke ist dieses Verhalten sinnvoll und verständlich. Denn seit Ende 2017 gilt das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“, dass

torin Anabel Schunke für ihre journalistischen Aktivitäten über Facebook Spenden sammelt, für den ist das auch ein materieller Verlust. Für alle anderen Nutzer ist dies mit einem Verlust an Reichweite verbunden, die eigenen Positionen finden nicht mehr so viel Gehör.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Sperrungen und Löschungen

eines privatwirtschaftlichen Unternehmens wirksam“ sein müssen. Andere interpretieren das Urteil so, dass aufgrund der über 2 Milliarden Nutzer Facebook nicht die Privatsphäre des Unternehmens ist, sondern öffentlicher Raum.

Das macht es auch unwahrscheinlich, dass das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ vor dem Bundesverfassungsgericht Be-



Jaklin Chatschadorian, JÜDISCHE RUNDSCHAU-Autorin und ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Armenier, und der renommierte Hamburger Anwalt Joachim Steinhöfel

die Bundesjustizministerin ermächtigt, bei der Veröffentlichung von „Fakenews“ oder „Hatespeech“ Strafen im zweistelligen Millionenbereich zu verhängen. Da kann vorseilender Gehorsam sinnvoll sein. Erschwerend kommt für Facebook und Co. hinzu, dass „Hatespeech“ oder „Fakenews“ keine stehenden Rechtsbegriffe sind, was dem Staat Tür und Tor zur Meinungsmanipulation öffnet. Der Staat hat die Zensur privatisiert und die Netzbetreiber haben sie automatisiert. Das Problem: Der Algorithmus kann nicht zwischen Statistik, Vorurteil und möglichem Rassismus unterscheiden. Die Facebook-Nutzerin Doris Laser wurde im Herbst 2017 für die gleiche Aussage, nämlich dass muslimische junge Männer gewalttätiger sind als andere, für einen Monat gesperrt. Dabei hatte sie lediglich die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes präsentiert. Beide Texte und Facebook-Posts sind vom Grundgesetz gedeckt, ihre Löschung bedeutet einen Verstoß gegen die Meinungs- und Pressefreiheit.

Offensichtlich operiert der Algorithmus aber nicht nur mit Schlüsselbildern und -Begriffen. Wer bereits einmal gesperrt war, oder wessen Beiträge schon einmal gelöscht wurden, der gerät auf so etwas wie eine „schwarze Liste“. Ihr oder sein Profil wird besonders oft und gern durchsucht, eine Löschung schneller getätigt oder und die entsprechende Person immer länger – bis zu 30 Tagen – gesperrt. Wer wie die Au-

seien das gute Recht eines Privatunternehmens, das ja nur freiwillig eine Kommunikationsplattform bereitstellt. Dabei wird übersehen, dass die Facebook-Nutzer für die Bereitstellung der Plattform bezahlen – mit ihren Daten und noch mehr mit dem Netzwerk ihrer Kontakte. Weil der Facebook-Algorithmus natürlich auswerten kann, welche Kontakte man hat und in welchen Gruppen man ist, kann er nicht nur einem selbst zielgerichtet Interessen und Werbung zuordnen, sondern auch den dabei erfassten anderen Facebook-Nutzern. Und dann kann und darf das soziale Netzwerk nicht seine Marktmacht nutzen, um einseitig Konventionalstrafen auszusprechen. Und genau das sind diese Sperren.

Der vorseilende Gehorsam vor der Politik und dem „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ führt dazu, dass immer wieder Beiträge aufgrund nebulöser „Community Standards“ durch soziale Netzwerke gelöscht werden – ein willkürlicher Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und das Vertragsverhältnis.

Kein Privatunternehmen wie alle anderen

Dabei ist selbst die Definition von Facebook als privatem Angebot, das der Anbieter so gestalten kann, wie Zuckerberg es will, richterlich widerlegt. Das Oberlandesgericht München hat geurteilt, dass individuelle Grundrechte auch innerhalb „der Nutzervereinbarungen

stand hat, auch wenn jenes sich in Sachen Medien schon das ein oder andere Fehlurteil geleistet hat. „Fakenews“ und „Hatespeech“ sind wie bereits erwähnt keine bestimmten Rechtsbegriffe. Beleidigung, üble Nachrede oder Volksverhetzung hingegen schon. Doch dafür braucht man kein „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ und keine „Community Standards“. Eine Klage vorm Bundesverfassungsgericht könnte den Irrsinn also stoppen.

Die Löschung des Beitrags und die Sperre von Jaklin Chatschadorian ist übrigens rechtswidrig. Das Landgericht Köln entschied auf dem Wege der einstweiligen Verfügung, dass die AGB von Facebook zugunsten der Meinungsfreiheit auszulegen sind, „die Aussagen der Nutzer hingegen zugunsten der Nutzer“. Es kann nicht festgestellt werden, „dass der gepostete Link und der unter dem Link abrufbare Artikel den Begriff der Hassrede erfüllt oder dieser gegen gesetzliche Gebote verstößt“.

Seit geraumer Zeit kämpft vor allem der in Hamburg ansässige Medienanwalt Joachim Nikolaus Steinhöfel für die Rechte derjenigen Facebook-Nutzer, die aufgrund politisch missliebiger Kommentare durch den Konzern gesperrt wurden.

Wenn Sie Herrn Steinhöfels wertvolle Arbeit unterstützen möchten, können Sie das hier durch eine Spende tun:

<https://meinungsfreiheit.steinhofel.de/spenden>

Holocaust-Verharmlosung: Nein, Muslime sind nicht „die neuen Juden“!

Synagogen müssen von Polizisten geschützt werden – Moscheen nicht

Von Dushan Wegner

Wer Islamkritik mit der industriellen Ermordung von Juden vergleicht, der hat im „besten“ Fall „den Schuss nicht gehört“ – im schlimmsten Fall versucht er hier, mittels „jew-washing“ reale interkulturelle Probleme zu verschleiern.

Haben Sie davon gehört – Vorsicht, bitte, es folgt bitterste, uneigentlich gemeinte und verzweifelte Ironie! – haben Sie also davon gehört, als in Nizza ein Jude mit dem LKW in Menschen hineinfuhr, weil er ein Zeichen gegen die Verderbtheit des Westens setzen wollte? Oder der Jude in Berlin, der in den vollbesuchten Weihnachtsmarkt fuhr? Nervt es Sie auch, dass nun überall Beton-Poller aufgestellt werden, weil man fürchtet, dass immer wieder einzelne Juden ihren Glauben missverstehen und daraufhin mit dem LKW in Menschenmengen fahren? Ist Ihnen auch aufgefallen, wie viele Juden jeden anderen Menschen zum Judentum missionieren wollen, doch in Ländern, wo es ihnen gelingt, es dann regelmäßig zu Armut und Gewalt kommt, so dass Juden in andere Länder migrieren, wo einige von ihnen dann wieder missionieren? Irritiert es Sie auch, wie Frauen, die eine liberale Synagoge aufmachen, unter Polizeischutz arbeiten müssen, zum Schutz vor anderen Juden? Haben Sie auch gemerkt, wie das Glaubensbekenntnis der Juden, „Schma Jisrael“, manchen Nicht-Juden zusammenzucken lässt, weil es leider immer wieder der tödlichen Gewalt gegen „Ungläubige“ vorangeht?

Zur Wiederholung, damit kein Zweifel aufkommt: Diese Fragen waren Ironie. Traurig-bittere Ironie. Selbstverständlich teilen Sie keine einzige dieser „Beobachtungen“! In diesen schrägen Fragen habe ich einige der Probleme, die leider im Kontext des Islam auftauchen, probenhalber auf Juden und das Judentum übertragen. Zu zeigen, dass es nicht passt, dass es falsch ist, das war der Sinn meiner Fragen.

Dasselbe?

Einst galt es als Provokation linker Elfenbeintürmler, Kritik am Islam mit der versuchten Auslöschung der Juden zu vergleichen. Heute, in der Blütezeit des linksgrünen Dummkults, findet so manche Dummheit einen allzeit fruchtbaren Boden samt aller zum Sprießen notwendigen Erdfeuchtigkeit – so auch dieser dumme Vergleich.

2010 schrieb Henryk Broder in seinem Essay „Sind Muslime die Juden von heute?“: „Sehr in Mode sind derzeit Arbeiten über ‚Antisemitismus und Islamophobie‘, deren Verfasser aufrichtig versichern, sie würden das eine mit dem anderen nicht gleichsetzen, sondern nur vergleichen. Und Vergleiche anzustellen sei eine wissenschaftlich bewährte und zulässige Methode. Das stimmt. Grundsätzlich kann man alles mit allem vergleichen. Die Wehrmacht mit der Heilsarmee, einen Bikini mit einer Burka und die GEZ mit der Camorra.“ (Henryk Broder in welt.de, 13.1.2010)

Der Vergleich von Antisemitismus und der Sorge um die praktischen Folgen des Islams ist eine falsche und gefährliche Dummheit, und er verhält sich zur Gleichsetzung wie der heiße Kuss zum Beischlaf: man tut das eine und will doch das andere.

Die Geschichtslosigkeit solcher Vergleiche hinderte Linke und Islam-Apologeten nicht daran, sie zu ziehen.

Als Beispiel: 2016 verglich Aiman Mazyek (Vorsitzender des „Zentralrats der Muslime“) die AfD mit der NSDAP und die Kritik am Islam mit „Hitler-Deutschland“. (Wir wollen an dieser Stelle von der

Frage absehen, wen Herr Mazyek tatsächlich vertritt.) Wir werden immer und immer wieder daran erinnert, dass das griechische Denken in der muslimischen Welt überwinterte, während Europa im dunklen Mittelalter versank, und von daher ist die Leichtigkeit überraschend, aber auch erfrischend, mit welcher Mazyek sich über die starren Vorgaben verknöchelter Kuffar-Logik hinwegsetzt.

Der entsprechende Artikel in der Welt ist mit „Mazyek vergleicht AfD mit Hitlers NSDAP“ betitelt; darin wird Mazyek zitiert:

„Aufklärung bedeutet zum Beispiel, dass es zum ersten Mal seit Hitler-Deutschland eine Partei gibt, die erneut eine ganze Religionsgemeinschaft diskreditiert und sie existenziell bedroht. Das müssen wir feststellen und auch so betonen.“ (Aiman Mazyek, zitiert in welt.de, 18.4.2016)

Man könnte, unter anderem, höflich darauf hinweisen, dass es im Dritten Reich nicht um die Kritik an einer politisch-religiösen Weltanschauung ging, sondern um die industrielle Vernichtung von Millionen Menschen. Deine Religion zu kritisieren, egal wie unangenehm du das findest, ist nicht dasselbe wie Menschen in Waggonen zu verfrachten und in Auschwitz zu vergasen.

Der Vergleich zwischen Hitlers Mordmaschinerie und moderner Kritik am Islam wird auch heute, 2018, wieder „hip“ (verzeihen Sie auch hier bitte die bittere Flapsigkeit).

Aufzeit.de wird gefragt: „Droht Deutschland ein neues 1933?“ (zeit.de, 8.9.2018)

Der „Spiegel“-Korrespondent Hasnain Kazim tritt gelegentlich als eine Art inoffizieller Migranten-Sprecher auf (Kazim: „Wir sind hier, werden immer mehr und beanspruchen Deutschland für uns. Ob du willst oder nicht“, siehe z.B. juedischerundschau.de, 5. Tishri 5777), und manchmal wird es – „spannend“.

Die bayerische AfD hat im aktuellen Landeswahlkampf plakatiert:

„Deutsche Leitkultur! Islamfreie Schulen“ (online verbreitetes Wahlplakat der AfD Bayern, 2018)

Herr Hasnain Kazim tut der AfD Bayern den Gefallen und verbreitet das Wahlplakat über seinen Twitter-Account. Er kopiert das Originalplakat hinein und schreibt dann darüber:

„Ich hielt den Spruch: ‚Früher waren’s die Juden, heute die Muslime‘ für übertrieben. Die @AfD belehrt mich eines Besseren.“ (@HasnainKazim, 6.9.2018 / archive.is)

Ich selbst habe den Luxus, dass meine Kinder eine humanistisch-säkulare Schule besuchen, wo sie Deutsch-, Englisch-, Spanisch- und Chinesisch-Unterricht haben, aber Religion nur in höheren Jahrgängen aus der Entfernung von Soziologie und Geschichte lernen, also als etwas Zu-Besprechendes, nicht als etwas Zu-Glaubendes – das ist ein viele Welten großer Unterschied.

Ich hätte etwas dagegen, dass meine Kinder in der Schule ein Weltbild zu akzeptieren lernen, dass die Menschen in gute Gläubige und böse Ungläubige zu teilen lehrt – und da ist mir ganz egal, auf welches heilige Buch sich das bezieht. Nun ist es so, dass das moderne Christentum ausreichend aufgeweicht ist, die Welt eben nicht mehr in Christen und „Heiden“ zu trennen (egal was Altes und Neues Testament sagen), insofern ist es nicht notwendig, gegen



Schon Fast-Bundespräsidentin Gesine Schwan (SPD) stellte den unsinnigen Vergleich an.

die eigentlich im Christentum angelegte Zweiteilung zu kämpfen.

Müssen Schulkinder beigebracht bekommen, dass sie „Ungläubige“ seien?

In der Logik des Herrn Kazim vom „Spiegel“ ist offensichtlich der Wunsch, dass die eigenen Kinder nicht im Glauben aufwachsen, „Kuffar“ zu sein und deshalb konvertieren zu müssen, vergleichbar mit dem Massenmord am jüdischen Volk.

Exkurs: Ist Ideologiekritik wirklich „Rassismus“?

Wenn ihnen die Argumente ausgehen, wird in aktiver und bewusster Begriffsverwirrung die Kritik am Islam von „Linken“ und Islam-Aktivistinnen immer häufiger als „Rassismus“ gebrandmarkt. Es ist offensichtlich Blödsinn – ein Beispiel: ich schätze den Ex-Muslim Ali Utlu, doch den zum Islam konvertierten Pierre Vogel sehe ich kritisch; wenn das Rassismus ist, wie würde man es nennen, wenn ich Utlu aufgrund seiner Herkunft ablehnte und Vogel aus demselben Grund schätzte? Ein Begriff kann nicht zugleich sein Gegenteil bedeuten. Die Kritik oder sogar Ablehnung einer Religion als „Rassismus“ zu brandmarken ist ein „linker“ Taschenspielertrick, nicht mehr.

Geschichtsgegenteilig

Der Vergleich der Islamkritik (oder auch der kompletten Ablehnung) mit Pogromen und den Morden der Nazis ist bereits aus mehreren geschichtlichen und sachlichen Gründen schräg und falsch. Beginnen wir damit, dass Hitler sich ganz gut mit der islamischen Welt verstand.

Hitler zeigte sich immer wieder, auch privat im Gespräch, dem Islam als „Religion für Männer“ zugetan (siehe u.a. „Hitler & the Muslims“ von Steve Coll, nybooks.com, 2.4.2015, „Islam and Nazi Germany’s War“ von David Motadel). Mit der 13. Waffen-Gebirgs-Division „Handschar“ kämpften Muslime aktiv und als solche in der SS mit; Himmler entwickelte für sie den merkwürdigen Begriff „Muselgermanen“.

Während Hitler den Islam als Denkschule bewunderte, äußerte er sich rassistisch gegenüber Arabern selbst. Damit ist Hitlers Einstellung zum Islam das präzise Gegenteil der meisten heutigen Islamkritiker: In der Islamkritik im heutigen Sinne wird natürlich nicht der Mensch als biolo-

gisches Wesen kritisiert, und es ist völlig egal, was seine Haut- und Augenfarbe oder seine Kopfform ist – es geht um die Ideologie, die er im Kopf mit sich herumträgt, nicht um die Farbe der Haare auf diesem.

Es steht jedem frei, die Kritik am Islam mit diesem oder jenem gleichzusetzen, wie schon Broder feststellte; den Islamkritiker aber mit Hitler zu vergleichen, das ist geschichtsgegenteilig.

Wer ist auf der Flucht?

Von Iran ausgehend finden jedes Jahr weltweit Demonstrationen zum „al-Quds-Tag“ statt, auch in Berlin. Ganz öffentlich wird etwa die Fahne der schiitischen Hisbollah geschwenkt, was eigentlich verboten ist. Es ist eine Veranstaltung von meist muslimischen „Israelkritikern“ und es wurden in der Vergangenheit schon mal Parolen gerufen wie „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ und „Zionisten ins Gas“. Mindestens eine der am antisemitischen Aufmarsch teilnehmenden Gruppen bezog in der Vergangenheit öffentliche Gelder aus Hamburg. Im linksgrünen Deutschland ist das Recht recht relativ.

Seit einigen Jahren schon wandern Juden leise aus Europa aus, nicht auf der Flucht vor „Rechtspopulisten“, sondern auf der Flucht vor eben jenen, die Leute wie Kazim als „die neuen Juden“ bezeichnen.

Im Text „Warum so viele Juden von Israels Stränden nicht nach Europa zurückkehren“, zitiert Julian Reichelt einen nach Israel ausgewanderten Topmanager:

„Ich bin nach Israel zurückgegangen, weil meine vier erwachsenen Kinder mit meinen Enkeln nicht mehr in Frankreich bleiben wollten. Geschichte mag sich nicht wiederholen, aber wir spüren, wie der Antisemitismus sich wieder in Europa ausbreitet. Wir Juden haben gelernt, dass es besser ist, zu früh zu gehen als zu spät.“ (bild.de, 27.7.2018)

Ein Zyniker würde sagen: Die Juden fliehen vor den „Flüchtlingen“. Wer sagt, Muslime seien so etwas wie „die neuen Juden“, der klingt fast, als wären „die alten Juden“ für ihn bereits eine Sache der Vergangenheit.

Das eine, das andere

Das eine ist die Ablehnung einer missionarischen Religion mit politischen Komponenten, das andere der Massenmord an einem Volk. Wer, wie Kazim vom „Spiegel“, beides in vergleichbare Nähe bringt, der kann sich aussuchen, ob er in solchen Aussagen die Opfer des Holocaust verhöhnt oder einfach nur seine geschichtliche Ahnungslosigkeit zur Schau trägt – so oder so ist es eine weitere Drehung abwärts in der öffentlichen politischen Debatte.

Solche Relativierungen und absurden Vergleiche stellen die Verhältnisse auf den Kopf und verhöhnern die Opfer samt ihrer Familien; es ist eine direkte Folge „linker“ Antiintellektualismus. Für radikale Gesinnungsethiker ist „ethisch richtig“, was sich dem Bauchgefühl nach in dem Moment richtig anfühlt – ein Spruch wie „Muslime sind die neuen Juden“ kann sich tatsächlich „gut anfühlen“: Wer Muslime mit Juden gleichsetzt, der versucht, durch „jew-washing“ reale interkulturelle Probleme zu verschleiern.

Gerade heute, in diesen aufgewühlten Zeiten, müssen wir unterscheiden: Menschen sind Menschen und Ideen sind Ideen. Die Würde des Menschen ist unantastbar und muss es bleiben, doch Ideen und Religionen müssen kritisiert, zerrissen und auch rundherum abgelehnt werden dürfen.

Was ich von meiner jüdischen Großmutter aus Chemnitz gelernt habe

Wie die Untersuchungshaft einer jüdischen Frau den Abtransport ins KZ ersparte

Von Chaim Noll

Meine Chemnitzer Großmutter hat gefährlich gelebt. Ihre Mutter starb früh, ihr Vater wanderte 1936 nach Palästina aus, ins spätere Israel. Da war sie bereits verheiratet und blieb. Sie gehörte zum gutbürgerlichen Mittelstand, war gebildet, hatte als eine der ersten Frauen in Sachsen nach dem Ersten Weltkrieg studiert. So wurde sie in der Nazi-Zeit nicht zur Schwerarbeit in einem Rüstungsbetrieb, sondern im Büro einer Spedition „dienstverpflichtet“. Der Inhaber, ein Nazi-Bonze, trieb unter der Hand Schwarzhandel mit Kohle, was sie, als sie in die Unterlagen Einsicht nahm, beanstandete. Sie hat zeitlebens offen ausgesprochen, was sie dachte. Ihr kam nicht in den Sinn, dass sie als Jüdin dazu kein Recht mehr haben sollte.

Meine Großmutter wurde im Frühjahr 1943 verhaftet und mehrere Tage und Nächte von der Gestapo verhört. Auf Anraten eines deutschen Rechtsanwalts, der von ihrem früheren Bekanntenkreis übriggeblieben war, weigerte sie sich auch unter Druck, ein Schuldgeständnis zu unterschreiben über die Unterschlagung von „zwei Waggon Kohle“, deren sie bezichtigt wurde. Daher musste das Verfahren gegen sie 1944 eingestellt werden. Der Umstand, dass sie fast ein Jahr in Untersuchungshaft verbracht hatte, rettete ihr das Leben, da sie als Angeklagte in einem schwebenden Ermittlungsverfahren nach deutschem Rechtsverständnis nicht deportiert werden durfte.

Als sie freikam, waren die anderen Juden der Stadt längst „abgeholt“. Ihre Fünf-Zimmer-Wohnung hatte die Gestapo beschlagnahmt, einige Zeit war sie obdachlos und lebte in Chemnitz und Dresden bei Freunden, die sich ihrer annahmen. Ende 1944

wurde sie wegen einer abfälligen Bemerkung über Hitler denunziert und erneut inhaftiert, diesmal kam sie sofort ins KZ Theresienstadt. Doch zu spät, um noch in eins der Vernichtungslager abtransportiert zu werden. Sie überlebte und kehrte nach Chemnitz zurück. Nach dem Krieg galt sie als „politisch Verfolgte“ und bezog in der DDR eine hohe Rente.

Auf selbstmörderische Weise politisch unkorrekt

Ich habe ich mich immer gefragt, warum sie so an Chemnitz hing. Obwohl diese Stadt für ihre angegriffenen Lungen – sie war in Theresienstadt an Tuberkulose erkrankt – sehr ungünstig liegt – in einem Talkessel. Es half nicht viel, dass sie im besten Viertel lebte, am Kassberg, etwas oberhalb der dicken Luft. Das Rauchen hat sie auch nie aufgegeben, es war ein Symbol ihrer Emanzipation: Damals wurde in gebildeten Kreisen geraucht. Und sie hat niemals – nicht mal 1944, als sie eben aus Gestapo-Haft entlassen war – auf ihr Recht verzichtet, laut und deutlich ihre Meinung zu sagen.

Ich denke oft an meine Chemnitzer Großmutter, die, wenn ich es genau überlege, mit dem Leben davongekommen ist, weil sie, als man sie zum Schweigen verurteilt hatte, trotzdem gesagt hat, was sie dachte. Ihr Verhalten war nach den Maßstäben ihrer Zeit äußerst unklug, man könnte sagen: auf selbstmörderische Weise politisch unkorrekt. Ich denke immer an sie, wenn ich mich wieder einmal durch zu große Offenheit verhasst gemacht habe. Lange hat mich die Frage beschäftigt, warum ich außerstande bin, mich politisch korrekt zu verhalten. Ich denke, es ist ein glückliches Erbteil meiner Großmutter. Sie hat überlebt, weil sie politisch unkorrekt



Die Großmutter des Autors

war. Allerdings: So viel wie bei ihr stand bei mir nie auf dem Spiel.

Sie blieb in Chemnitz bis zu ihrem letzten Tag. Auf die Frage, warum sie, nach all ihren schrecklichen Erlebnissen, immer noch dort leben wollte, gab sie etwas allgemein zur Antwort: In dieser Stadt gäbe es „auch viele anständige Menschen“. Mein Vater versuchte in den 70er Jahren, sie nach Berlin zu holen, doch sie ging nach Chemnitz zurück. Inzwischen wurde ich fünfmal zu Lesungen nach Chemnitz ein-

geladen und habe versucht, dem Rätsel auf den Grund zu gehen. Bei der ersten Veranstaltung vor zehn Jahren traf ich noch den alten Antiquar, der meiner Großmutter über Jahrzehnte französische Romane besorgt hat. Zu meiner bisher letzten Lesung im vergangenen Jahr kamen mehr als 200 Chemnitzer. Inzwischen habe ich Freunde dort. Dass es Nazis in Chemnitz gibt, habe ich als Kind von meiner Großmutter gehört. Auch, dass es nicht die ganze Wahrheit über diese Stadt ist.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie

kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Fami-

lie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Die Tamimi-Inszenierung zeigt Risse

Die Familie Tamimi macht auch vor dem qualvollen Verbrennungsmord eines jüdischen Zivilisten nicht Halt

Von Stefan Frank

Kürzlich berichtete Audiatur-Online über den geplanten Schweiz-Besuch von Manal Tamimi, die bekannt ist für ihren wüsten Judenhass und ihre Aufrufe zur Ermordung israelischer Juden. Manal Tamimi entstammt einem arabisch-„palästinensischen“ Clan, zu dessen bekanntesten Persönlichkeiten die beiden verurteilten (aber freigesprochenen) Terroristen Ahlam Tamimi und Nizan Tamimi gehören.

Am 29. Oktober 1993 – sechs Wochen nachdem der israelische Ministerpräsident Jitzhak Rabin im Weißen Haus das Osloer Friedensabkommen unterzeichnet hatte – ermordete Nizar al-Tamimi zusammen mit seinem Cousin Said Tamimi und einem weiteren Komplizen den 30-jährigen Israeli Haim Mitzrachi. Als dieser, wie seit Jahren, zu einer Hühnerfarm in der Nähe von Ramallah fuhr, um Eier zu kaufen, entführten die Tamimis ihn, sperrten ihn in den Kofferraum seines Autos und zündeten das Auto an. Mitzrachi verbrannte bei lebendigem Leib. Wie die britische Tageszeitung „Independent“ schrieb, sei die Tat darauf gerichtet gewesen, „den Friedensprozess zu zerstören“.

Nachdem Nizar al-Tamimi im Zuge der Entführung des Soldaten Gilad Schalit aus dem Gefängnis freigesprochen worden war, heiratete er in Jordanien seine Cousine, die ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilte und aus dem Gefängnis freigesprochene Mörderin Ahlam Tamimi. Ihr Lebenswerk: der verheerende Anschlag auf die Pizzeria Sbarro in Jerusalem. Damals, im August 2001, war sie 21 Jahre alt und bekannt als Nachrichtensprecherin des Fernsehens der „Palästinensischen Autonomiebehörde“.

Frau Tamimi plante den Kindermord

Am 9. August 2001 verlas sie die Nachricht von einem Bombenanschlag auf eine koschere Pizzeria in Jerusalem, bei dem vor allem Frauen und Kinder getötet worden waren. Sie selbst hatte über neun Tage lang ein passendes Anschlagziel gesucht, sich wegen der orthodoxen Familien, die dorthin kamen, für die Pizzeria Sbarro entschieden und den Selbstmordbomber dorthin geleitet. In einem Interview, das sie in ihrer kurzen Haftzeit gab, zeigte sie sich „glücklich“ darüber, dass sie es war, die die Pizzeria Sbarro in Jerusalem für den Anschlag ausgesucht hatte. Unter den Toten waren acht Kinder, davon ein ungeborenes. Sie hatte gedacht, sie hätte nur drei Kinder getötet. Als sie von dem Reporter die Nachricht erfuhr, dass es acht waren, nahm sie die Botschaft mit einem freudigen Lächeln zur Kenntnis. Laut „Palestinian Media Watch“ erhielt sie für ihre Haftzeit von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ eine Belohnung von mindestens 52.681 US-Dollar.

2013 heirateten Nizan und Ahlam Tamimi in Jordanien. Zu der Hochzeit der beiden Mörder kam auch die Nichte Ahed Tamimi; auf diesem Video ist sie zusammen mit ihrer Tante zu sehen.

Schon in ihrer frühen Kindheit wurde Ahed von ihren Eltern indoktriniert, israelische Soldaten verbal zu provozieren – oft auf Englisch, für das internationale Publikum. Als das nichts fruchtete, weil sich die israelischen Soldaten



2013 heirateten Nizan und Ahlam Tamimi in Jordanien. Zu der Hochzeit der beiden Mörder kam auch die berühmte Nichte Ahed Tamimi; auf diesem Video ist sie zusammen mit ihrer Tante zu sehen.

nicht provozieren ließen, fing sie an zu schlagen, zu beißen oder nach dem Gewehr des von ihr attackierten Soldaten zu greifen. Und trotzdem ließ sich in den sechs Jahren, die Ahed Tamimi – die sich, weil sie immer die Wütende mimt, den Künstlernamen „Shirley Temper“ erworben hat – dieses Theater nun schon spielt, nie auch nur ein einziger israelischer Soldat zu einer Reaktion provozieren, nicht einmal durch Boxschläge und Tritte. Was die Tamimis nicht bedacht zu haben scheinen, ist, dass die stets folgenlos bleibenden Attacken das Gegenteil von dem beweisen, was sie eigentlich der Weltöffentlichkeit zeigen wollen: Sie demonstrieren, wie harmlos die vermeintlichen „Besatzungs“-Soldaten sind, vor denen sich die arabischen „Palästinenser“ angeblich so fürchten müssen. Würden sie sich trauen, ein wildes Kamel, eine Kuh oder einen großen Hund genauso zu traktieren? Sicherlich nicht. Aber

Haus geschossen und unser Fensterscheiben zerbrochen, einer der Metallkanister, der ins Haus flog, hat seinen Arm getroffen und sein Handgelenk gebrochen.“

Dass der internationalen Presse völlig verschiedene Lügengeschichten aufgetischt werden, kennt man vom Fall des beim amputierten ehemaligen Fatah-Kämpfers Ibrahim Abu Thurayeh, der Ende 2017 am Rande von Angriffen auf den Grenzzaun zum Gaza-

streifen unter ungeklärten Umständen ums Leben kam: Darüber, wie er seine Beine verloren hatte, kursierten mindestens fünf verschiedene Versionen. Das zeigt, wie zynisch Geschichten über Verletzungen, die angeblich auf das Konto der israelischen Armee gehen, frei erfunden werden. Mutmaßlich sind nicht nur vier der fünf Fiktion, sondern alle. Denn wäre auch nur eine der Geschichten wahr, gäbe es keinen Grund, die anderen zu erfinden.

Kindesmissbrauch

Mit dem Missbrauch ihrer Tochter, deren Vermarktung und den erzählten Lügen wollen Bassam und Nariman Tamimi zwei Dinge erreichen: international den Hass auf Israel schüren und zu Hause Kinder zu einer Gewaltkarriere ermuntern.

Im Herbst 2017 ließ sich ihre Tochter Ahed am Rande einer gemeinsamen Veranstaltung im EU-Parlament zu-

zahlreiche Flugzeugentführungen und Terroranschläge auf Zivilisten. Die PFLP wird seit 2012 auf der Terrorliste der Europäischen Union geführt (Jahrzehnte nach der Gründung der Organisation). Dessen ungeachtet war Khaled im Herbst 2017 Gastrednerin bei einem Programm des Europäischen Parlaments mit dem Titel „Die Rolle der Frau im palästinensischen Volkswiderstand“. Khaled erhielt zwei Minuten lang stehende Ovationen. Ahed Tamimi sagte bei derselben Veranstaltung: „Die Besatzung ist nicht nur Diebstahl von Land. Wir widersetzen uns Rassismus, Zionismus, dem gesamten System der Besatzung und nicht nur den Siedlungen.“ Das sind Ansichten, denen auch Aheds Vater, Bassem Tamimi, Ausdruck verlieh, als er 2015 zu einer Tournee in den USA war: Israel bezeichnet er da als „eine große Siedlung“; das gesamte „koloniale Projekt des Zionismus“ – also Israels Existenz – müsse bekämpft werden.

Für Aufsehen und Empörung sorgte Bassem Tamimi im Oktober 2015, als er ein Facebook-Posting teilte, in dem das notorische antisemitische Klischee verbreitet wurde, wonach Israel „palästinensische“ Kinder verhafte, um ihre Organe zu stehlen – und dass Zionisten die Medien kontrollierten, um diese Information zu unterdrücken.

Ahed Tamimis Vater feiert einen Kindermörder

Wollte man ein Facebook-Posting wählen, das exemplarisch zeigt, wie Bassam und Nariman Tamimi ticken und zu was sie ihre Tochter Ahed erziehen, dann eignet sich dazu sicherlich der, in dem sie den Mörder Mohammed Tarairah feierten, nachdem dieser sich in das Schlafzimmer der 13-jährigen Hallel Yaffa Ariel geschlichen und sie im Schlaf ermordet hatte. „Wenn es nach den Tamimis geht“, schrieb die Politikwissenschaftlerin Petra Marquardt-Bigman in der israelischen Tageszeitung „Haaretz“, „trägt der Mord an einem jüdischen Teenager durch einen Palästinenser, der nur ein paar Jahre älter ist, dazu bei, die Ehre des Heimatlandes wiederherzustellen“. Ahed Tamimi und ihre Familie, so die Autorin weiter, „sind nicht die palästinensischen Heiligen, für die ihr sie haltet. Die Blutlüge verbreiten? Treffer. Terrorismus verherrlichen? Treffer. Israelische Tote feiern? Treffer. Ahed Tamimi und ihre Familie kämpfen nicht für Frieden, und sie kämpfen nicht bloß gegen die Besatzung: Sie kämpfen, um Israel zu zerstören, und ihr Kampf trieft vor Judenhass.“

„ Als dieser, wie seit Jahren, zu einer Hühnerfarm in der Nähe von Ramallah fuhr, um Eier zu kaufen, entführten die Tamimis ihn, sperrten ihn in den Kofferraum seines Autos und zündeten das Auto an. Mitzrachi verbrannte bei lebendigem Leib.“

sie wissen: Israelische Soldaten dürfen sich nicht wehren, wenn man sie angreift und sind deshalb ein leichtes Ziel.

War der Gipsarm des Tamimi-Jungen echt?

Um die Filme herum stricken die Tamimis ihre Lügen. Als sie ihren Sohn Mohammad im Sommer 2015 geschickt hatten, Steine auf Menschen zu werfen, und ein Soldat ihn dabei festhielt, da machte er international Schlagzeilen als das „Palästinenserkind im Schwitzkasten“. Auf dem von den Tamimis geschossenen Fotos und den von ihnen gedrehten Filmen fiel allen der Gips auf, den der Junge am Arm hatte. Hatte er einen gebrochenen Arm? Sein Vater sagte, Mohammad habe sich das Handgelenk gebrochen, „als er in seinem Dorf vor einem israelischen Panzer floh“. Ein Kind, das vor einem Panzer flieht? Das wäre merkwürdig. Mohammads Mutter erzählte eine ganz andere Version der Geschichte: „Man kann auf den Fotos sehen, dass er einen Gips hat. Die Soldaten haben Tränengas in das

sammen mit Leila Khaled fotografieren, einer Terroristin, die Aheds Mutter als „Rebellin“ bewundert. In einem inzwischen gelöschten Tweet drückte einer von Aheds Sympathisanten die Hoffnung aus, sie werde „die nächste Leila Khaled“. Leila Khaled gilt als „die erste Frau, die ein Flugzeug entführt hat“ und ist ein Mitglied der „Populären Front zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), die berüchtigt ist für

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Israels Aramäer gehen einen eigenen Weg

Im Norden Israels wird eine Stadt für aramäische Christen geplant

Von Ulrich W. Sahn (Israelnetz)

Es gibt Bemühungen, eine christlich-aramäische Stadt im Norden Israels zu gründen. Sie soll nach dem König benannt werden, der Salomon das Zedernholz für den Tempelbau lieferte.

Schadi Challul ist 42 Jahre alt und Vorsitzender der Vereinigung der Israelisch-Christlich-Aramäischen Gemeinde. Er hat Premierminister Benjamin Netanjahu seinen Traum vorgestellt: eine christlich-aramäische Stadt im Norden des Landes. Zum Aramäischen gehört jener galiläische Dialekt, den Jesus gesprochen hatte. Außerdem wurden in der Sprache mehrere Bücher des Alten Testaments sowie fast der ganze Talmud verfasst. Challul hält die Errichtung einer solchen Stadt für notwendig, um die aramäische Sprache und Kultur zu erhalten.

Als Challul in der Universität in Nevada studierte, so berichtet er, wurde ihm dort mitgeteilt, Aramäisch sei eine tote Sprache. Denn in Nordamerika und Europa weiß kaum jemand, dass diese Kultur noch lebendig ist. Doch bis heute hat sich das Aramäische bei maronitischen Christen im Libanon und bei den fast ausgerotteten syrisch-orthodoxen Christen im Bürgerkriegsland Syrien als Umgangssprache erhalten, auch in der Türkei gibt es noch Muttersprachler. Auch Challuls Familie spricht diese Sprache bis heute. Er geht davon aus, dass aktuell rund 15.000 israelische Christen auf Aramäisch beten. Die meisten gehören der Syrisch-Maronitischen Kirche von Antiochien an.

Stadtname nach König, der bei Tempelbau half

Challul möchte die neue Stadt in den kargen Hügeln errichten, wo einst das Dorf Kafr Bir'im lag, vier Kilometer südlich der libanesischen Grenze und 11,5 Kilometer von Safed entfernt. Seine Vorfahren hätten dort etwa 400 Jahre gelebt, bis die Bewohner während des



Ministerpräsident Netanjahu mit zwei prominenten aramäischen Christen: Priester Gabriel Nadaf und Schadi Challul mit

Unabhängigkeitskrieges 1948 evakuiert wurden. Die Stadt solle „Aram Hiram“ heißen: Aram stehe für die aramäischen Königreiche. Hiram beziehe sich auf den König des Libanon, der Salomon mit Zedernholz für den Bau des Tempels belieferte, erläuterte Challul.

Challul hatte verschiedene Treffen mit Regierungsvertretern, darunter Premierminister Netanjahu im Jahr 2013. Vergangene Woche traf er sich mit dem Generaldirektor des Büros des Premierministers, Joav Horovitz. Dort legte er seinen Vorschlag für Aram Hiram vor. Die künftigen Einwohner müssten sich an zwei Regeln halten: „Wir sind alle Israelis und gleichberechtigte Bürger, aber wir werden als Aramäer registriert werden. Ebenso muss jeder eine Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnen, dass alle Kinder beim Militär den Pflichtdienst leisten.“

Hofft auf Hilfe von Christen aus der ganzen Welt

Challul benötige aber umgerechnet 4,3 Millionen Euro für das Entwickeln und die Planung der Stadt. Das werde sieben

Jahre dauern. Er hofft, dass Christen und Juden auf der ganzen Welt zu seiner Sache beitragen und seinen Traum Wirklichkeit werden lassen.

Challul diene selbst in der israelischen Armee als Fallschirmspringer und ist Hauptmann der Reserve. 1993 war er einer von nur fünf Christen, die sich rekrutieren ließen. 2015 hatte er sich bei den Knesset-Wahlen für die Arbeitspartei beworben. Er gründete auch das christlich-jüdische Vorbereitungsprogramm, um Christen und Juden auf das Militär vorzubereiten. Er gab Kurse in Navigation, Menschenführung, Christentum, Judentum, Aramäisch und der Geschichte Israels. Von den christlichen Teilnehmern sagte er: „Ich lehre sie ihre gemeinsamen Wurzeln als Christen, die sich aus dem Judentum entwickelt haben.“

Gesetz unterstützt Aramäer als „Nation“

Im Mai des vergangenen Jahres wurde ein Gesetz verabschiedet, das israelischen Arabern erlaubt, ihre Nationalität im Personalausweis in „Aramäisch“ zu ändern –

ohne Gebühr und komplizierte Bürokratie. Der ehemalige Innenminister Gideon Sa'ar hatte bereits im Jahr 2014 mit einer Verfügung den Weg dafür geebnet. Er stützte seine Entscheidung auf drei politische Berater, die zu dem Schluss kamen, dass die Voraussetzungen für eine offizielle Anerkennung der Aramäer als „Nation“ erfüllt seien: historisches Erbe, Religion, Kultur, Herkunft und gemeinsame Sprache. Etwa 200 christliche Familien, die sich nicht als Araber identifizieren, konnten sich so als Mitglieder eines alten Volkes in das Bevölkerungsregister eintragen lassen.

Während Challul in Israel viel Unterstützung erhalten hat, sind einige Araber und insbesondere islamistische Extremisten nicht glücklich über seine Aktivitäten. Er wird oft angegriffen. Es werden Lügen über ihn verbreitet. Am 17. März 2015 wurde nach der Wahl eine Granate in sein Haus geworfen.

Arabischer Abgeordneter: „Selbstherrlicher Versuch“

Bei der Debatte zum Gesetz kritisierte der arabische Abgeordnete Ahmad Tibi (Vereinigte Liste): „Es ist ein selbstherrlicher Versuch, die arabische Minderheit in Israel zu spalten und zu beherrschen. Die Christen sind ein authentischer Teil der nationalen arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel. Keine rechte politische Entscheidung wird daran etwas ändern.“

Der Abgeordnete Jariv Levin (Likud) argumentierte dagegen, dass es viele Gruppen gebe, die um Anerkennung kämpften. Die muslimische Eroberung vor Hunderten Jahren habe sie nicht zu Arabern gemacht. Levin stellte fest, dass Israel seine nichtjüdischen Bürger zwang, sich entgegen ihren Wünschen als eine einheitliche Gruppe, nämlich als Araber, zu registrieren. „Wenn ich ihnen erlaube, sich separat zu registrieren, zwingt ich sie nicht dazu, etwas zu tun, sondern gebe ihnen die Möglichkeit, zu sein, wer sie sein wollen“, sagte er.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

In 28 Minuten von Tel Aviv nach Jerusalem!

Neue revolutionäre Hochgeschwindigkeitsstrecke in Israel eröffnet

Von „Israelnetz“

„Das ist ein historischer Moment – und ich wähle diesen Ausdruck sorgfältig. Ich habe immer daran geglaubt, dass es möglich ist, Jerusalem an das nationale Schienennetzwerk anzuschließen, ohne die alte türkische Strecke zu verwenden, die ich noch als Junge und Jugendlicher benutzte.“ Das hat der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu am Donnerstag gesagt. Zuerst besichtigte er mit dem Verkehrsminister Israel Katz den Jitzhak-Navon-Bahnhof in Jerusalem und nahm dann an der Jungfernfahrt der neu eingeweihten Strecke zum Ben-Gurion-Flughafen teil.

Netanjahu sprach laut dem Büro des Premierministers von einer „neuen Ära“ für Jerusalem und Israel, die dank der Arbeit der Regierung und des Verkehrsministeriums umgesetzt werden konnte. „Als ich ein Junge war, sangen wir gerne das Lied ‚Der Zug flog durch die Berge‘, und heute habe ich das besondere Vergnügen, in einem Zug zu sitzen, der durch die Berge fliegt und Tel Aviv in einer Rekordzeit von rund 30 Minuten erreichen wird“, sagte Netanjahu.

Erste drei Monate kostenlos

Der reguläre Schienenbetrieb des Schnellzuges beginnt am 25. September. Jede halbe Stunde soll dann in beide Richtungen ein Zug fahren. Da die Fahrt in den ersten drei Monaten kostenlos ist, müssen sich die Passagiere vorab Online-Tickets besorgen. Dafür werden personalisierte Rav-Kav-Karten verwendet, die auch bei Straßenbahn- und Busfahrten in Israel im Einsatz sind. Der Jitzhak-Navon-Bahnhof in Jerusalem befindet sich ganz in der Nähe des zentralen Busbahnhofs.

Die Umsetzung der König-David-Strecke mit dem modernen Elektrozug hat ein Jahrzehnt gedauert. Noch nicht abgeschlossen ist die Elektrisierung des Teilab-



Premierminister Netanjahu und Verkehrsminister Katz bei der Jungfernfahrt der neu eingeweihten Strecke.

schnitts vom Ben-Gurion-Flughafen in die Stadt Tel Aviv. Wenn auch dieser Abschnitt im kommenden Jahr fertig ist, soll eine Fahrt von Jerusalem nach Tel Aviv kürzer als eine halbe Stunde dauern. Zuerst wird der Zug aus Sicherheitsgründen mit reduzierter Geschwindigkeit unterwegs sein. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 160 Kilometer per Stunde.

Konzipiert wurde das Projekt Mitte der 1990er Jahre. Ursprünglich war die Er-

öffnung für das Jahr 2008 geplant. Durch wiederholte Verschiebungen begann die Arbeit aber erst 2009. Im normalen Schienenverkehr soll die Reise vom Jerusalemer Bahnhof, der sich 80 Meter unter der Erde befindet und somit zu den fünf tiefstgelegenen Bahnhöfen der Welt gehört, bis zum Ben-Gurion-Flughafen 21 Minuten dauern. Auf der alten Strecke ohne Elektrozug dauert eine Fahrt von Jerusalem nach Tel Aviv noch anderthalb Stunden.

Arabischer Protest

Deutsche Medien weisen auf einen Protest der Arabischen Studiengesellschaft hin. An zwei Stellen soll die Strecke demnach durch das Westjordanland führen. Der Leiter der Kartenabteilung der Studiengesellschaft, Chalil Tufakdschi, sagte: „Die umstrittenen Abschnitte im Westjordanland verlaufen hinter der von Israel errichteten Sperrmauer auf israelischer Seite.“



Der Jerusalemer Bahnhof befindet sich 80 Meter unter der Erde und gehört zu den tiefstgelegenen der Welt.

Die wütenden Attacken gegen das israelische Nationalstaatsgesetz belegen seine Wichtigkeit

Fakten und Hintergründe: Das neue Nationalstaatsgesetz ist kein populistischer Schnellschuss

Von Miriam Moschytz
(Redaktion Audiatur)

In den Medien und von Politikern weltweit wird das israelische Nationalstaatsgesetz (NG), auch Nationalgesetz genannt, stark kritisiert. Vielfach heißt es, es sei diskriminierend gegenüber nicht-jüdischen Bürgern in Israel. Dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu wird unterstellt, es sei „sein“ Gesetz und Ausdruck eines „Rechtsrutsches“ in Israel. Auch die EU spricht von „Diskriminierung“, eine Schweizer Tageszeitung überschrieb ihren Artikel dazu mit „Per Gesetz diskriminiert“. Und die arabischen Knesset-Abgeordneten sehen gar das Ende der israelischen Demokratie gekommen.

Wer Israel kennt, der weiß auch um die offene und tolerante Demokratie. Gegenüber Minderheiten zum Beispiel: Es gibt Moscheen und Minarette im ganzen Land, Muezzin-Rufe erinnern fünfmal täglich per Lautsprecher Muslime an das Gebet und wecken damit nicht nur muslimische Bürger vor der Morgendämmerung auf. Während des Fastenmonats Ramadan wird im israelischen Staatsradio täglich Fastenbeginn und -ende verkündet und das Tragen der Burka ist erlaubt. Man wird von muslimischen Frauen mit Hidschab in Apotheken und Geschäften bedient. Oder ein arabischer Richter kann einen jüdischen Staatspräsidenten zu einer Gefängnisstrafe verurteilen – um nur einige Beispiele zu nennen. Umso mehr wirft diese Tatsache die Frage nach dem Kontext und dem Grund für das Erlassen des Nationalstaatsgesetzes auf.

Um den Fakten auf den Grund zu gehen, unterhielt sich Audiatur-Online mit Dr. Chagai Vinizky, der an der endgültigen Fassung des Gesetzes maßgeblich beteiligt war. Vinizky leitet das „Begin Institute of Law and Zionism, The Academic Center for Law and Science“.

Audiatur Online: Herr Dr. Vinizky, ist das Nationalstaatsgesetz eine Produktion von Ministerpräsident Netanjahu?

Dr. Chagai Vinizky: Nein. Die Wurzeln dieses Gesetzes gehen bis zur Staatsgründung zurück, als man eine Verfassung niederschreiben wollte, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung gefordert wird. Doch wegen unüberbrückbarer Differenzen zwischen den politischen Parteien war dies damals unmöglich. Man einigte sich deshalb darauf, schrittweise Grundgesetze zu erlassen, die in der Zukunft in einer Verfassung münden würden. Man begann mit jenen Grundgesetzen, die am wenigsten umstritten waren. Es gibt heute 13 Grundgesetze (Basic Laws), von denen sieben unter anderem die demokratischen Elemente des Staates gesetzlich verankern.

Die Bearbeitung des Nationalstaatsgesetzes ist seit 2004 im Gange, 2011 kam es in die Knesset. Premierminister Netanjahu war gemäß Koalitionsvertrag verpflichtet, dieses Gesetz zu behandeln. Im vergangenen Jahr wurde es intensiv bearbeitet – über jeden Artikel und jedes Wort wurde in unzähligen Sitzungen diskutiert, und vor allem Knesset-Mitglieder der Opposition nahmen daran teil, so auch Vertreter von juristischen akademischen Institutionen aller Ausrichtungen. Jeder kam unter der Leitung des Vorstehers der Sonderkommission, Amir Ohana, zu Wort – Gegner wie Befürworter. Alle Sitzungen können auf dem Video-Kanal der Knesset angeschaut werden. Das Gesetz ist somit keine populistische Initiative, die

innerhalb kurzer Zeit aus einer Laune heraus erlassen wurde.

Audiatur Online: Warum wird Israel in diesem Gesetz als jüdischer Nationalstaat definiert?

Dr. Chagai Vinizky: Die Definition Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes ist ein Grundpfeiler, auf dem der Staat Israel steht. Daran ist nichts neu. Theodor Herzl eröffnete den ersten Zionistenkongress 1897 mit den Worten: „Wir wollen den Grundstein legen zu dem Haus, das dereinst die jüdische Nation beherbergen wird.“ Der Zweck Israels wurde 1917 in der Balfour-Deklaration im deutlich definierten Auftrag der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina festgelegt, und dies wurde später vom 1922 entstandenen Völkerbund und von der UNO 1945 übernommen. In der israelischen Unabhängigkeitserklärung steht dies natürlich auch. Ich empfehle Ihrer Leserschaft, diese Dokumente zu lesen.

Aber bisher war diese Selbstverständlichkeit der jüdischen Identität Israels nicht in den Grundgesetzen der zukünftigen Verfassung verankert. Das neue Gesetz bezieht sich jetzt genau darauf – und nur darauf: die jüdischen Aspekte und Symbole des Nationalstaates, die seine Identität klar definieren.

Audiatur Online: Warum braucht es dieses Gesetz überhaupt, wenn der Inhalt doch eine Selbstverständlichkeit ist?

Dr. Chagai Vinizky: Die Aufgabe dieses Gesetzes ist es, das Selbstverständliche – nämlich, dass Israel die Heimstätte des jüdischen Volkes ist – zu schützen und in der Verfassung zu verankern. Damit es erhalten bleibt. Genau die jüdische Identität des Staates, die allen klar ist – oder sein müsste – muss gesetzlich geschützt werden, damit in Zeiten von Unruhen nicht an ihr gerüttelt wird und damit auch in Zukunft nicht vergessen wird, dass Israel ein jüdischer Staat ist. Wer weiß, was uns in den kommenden Jahren noch erwartet? Man kann sogar sagen, dass der aktuelle inländische und ausländische Aufschrei über dieses neue Gesetz exakt ein Ausdruck davon ist, dass diese Tatsache bis jetzt nicht allen klar war und unbedingt in den Grundgesetzen aufgeschrieben werden muss. Schon heute läuten diesbezüglich also die Alarmglocken.

Audiatur Online: Aber Israel ist auch eine Demokratie, wie immer betont wird.

Dr. Chagai Vinizky: In den 1992 erlassenen Gesetzen „Menschenwürde und Freiheit“ und „Freiheit des Berufs/Beschäftigung“ wird Israel einerseits als jüdischer und demokratischer Staat definiert, andererseits werden die universellen Menschenrechte detailliert formuliert. Doch während Israel als „jüdischer und demokratischer Staat“ deklariert wurde, bestand bisher eine Asymmetrie in der Justiz, da nur der demokratische Aspekt in den relevanten Gesetzen juristisch verankert war – aber nicht der jüdische. Dies hatte tiefgreifende Folgen.

Audiatur Online: Welche?

Dr. Chagai Vinizky: Nach der Verabschiedung der erwähnten zwei Gesetze begann der oberste Richter Aron Barak, diese aufgrund seiner persönlichen Sichtweise jeweils so auszulegen, dass die Gewichtung im Urteilspruch auf den demokratisch-liberalen Werten lag, was regelmäßig auf Kosten der jüdischen Werte ging. Diese neue, einseitige Art der Gerichtsentscheidung wurde in Israel als „Revolution der Gesetzgebung“ bekannt und fand vorerst vom Kollektiv fast unbemerkt



Das Wappen des Staates Israel

statt: also die persönliche, eigenständige Bestimmung des Obersten Gerichtshofes, Urteile regelmäßig zum Nachteil jüdischer Werte zu fällen. Konkret heißt das: Die Wichtigkeit der Erhaltung Israels als jüdischen Staat für die jüdische Nation – sowohl demographisch als auch bezüglich ihrer speziellen Symbole und Merkmale – wurde nun regelmäßig in der Rechtsprechung als zweitrangig behandelt und somit unterhöhlt.

Audiatur Online: Was kann an einer demokratisch-liberalen Auslegung falsch sein?

Dr. Chagai Vinizky: Ich gebe Ihnen dazu drei konkrete Beispiele, damit Sie sich davon eine Vorstellung machen können.

Unter dem Aspekt der Familienzusammenführung erhalten Personen, die einen israelischen Bürger oder eine israelische Bürgerin heiraten, automatisch die israelische Staatsbürgerschaft. Dies führte in der Vergangenheit dazu, dass Tausende von „Palästinensern“, die israelische Araber – zum Teil fiktiv – heirateten, automatisch die israelische Staatsbürgerschaft und damit die Aufenthaltserlaubnis in Israel erhielten. Dies war ein Weg, das von Israel nicht anerkannte „Rückkehrrecht“ der „Palästinenser“ trotzdem durchzusetzen. 2003 wurde dagegen das sogenannte Staatsbürgerschaftsgesetz eingeführt, das diesen Automatismus nur für Personen aus dem Westjordanland und Gaza stoppte. 2012 reichten die „Palästinenser“ aus Protest eine Petition ein und verlangten, das Gesetz wegen der Verletzung der Gleichberechtigung aufzuheben. Der Oberste Gerichtshof entschied mit einer knappen Mehrheit von 6:5 gegen die Annahme der Petition. Der Grund, der von den sechs Richtern für die Ablehnung der Petition angegeben wurde, war bezeichnend: Sie begründeten ihre Annahme des Gesetzes mit Sicherheitsbedenken. Sie behaupteten, dass ohne das Staatsbürgerschaftsgesetz Personen aus israelfeindlichen Territorien automatisch eingebürgert und damit die Sicherheit Israels gefährden würden. Doch sicherlich ist nicht jeder „Palästinenser“, der einen arabischen Israeli heiraten wollte, ein potentieller Terrorist.

Das Problem war jedoch, dass das demographische Argument – dass nämlich die Einbürgerung von Hunderttausenden „Palästinensern“ die jüdische Mehrheit Israels gefährden würde – in keinem Gesetz verankert war und deshalb nicht herangezogen werden konnte. So mussten sich die sechs Richter auf die Sicherheitsklausel beziehen. Das Nationalstaatsgesetz stellt hier einen Ausgleich dar, denn es erhebt die demographische Sicherheit Israels als

nationaler Heimstätte für das jüdische Volk in den Rang eines zu verteidigenden Gesetzes.

Wenn die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen in Israel nicht mehr jüdisch ist, wird es den jüdischen Staat nicht mehr geben.

Ein letztes Beispiel ist der Gerichtsentscheid, bekannt unter dem Namen „Kastenbaum“. Die Familie Kastenbaum wollte eine Angehörige auf einem der neun jüdischen Friedhöfe in Jerusalem beerdigen. Das Reglement dieses spezifischen Friedhofs schrieb vor, dass die Inschriften auf den Grabsteinen nur in hebräischer Sprache formuliert und die Daten nur gemäß dem jüdischen Kalender geschrieben werden dürfen. Nicht aus religiösen Gründen, sondern aus kulturellen – es ist einer der ersten Friedhöfe, die im Zuge der Modernisierung der hebräischen Sprache entstanden sind. Ein Vertreter der Familie der Verstorbenen hatte vor der Beerdigung den Vertrag mit den genannten Bedingungen unterzeichnet. Als die Zeit zur Grabsteinsetzung kam, hatte er es sich jedoch anders überlegt und wollte den Grabstein entgegen dem Reglement mit lateinischen Buchstaben und mit den gregorianischen Daten beschriftet haben. Die Friedhofsverwaltung lehnte die Bitte ab.

Der Fall kam vor das oberste Gericht: Zwei Richter – Meir Schamgar und Ahron Barak – behaupteten, das Verbot der gewöhnlichen Beschriftung verletze das Gesetz „Menschenwürde und Freiheit“ aus dem Jahr 1992. Zu diesem Gesetz gehöre auch die Gleichberechtigung, nach der jeder die Inschrift wählen kann, die er will. Ein anderer Richter, Menachem Elon, warf ein, es gelte doch auch den Wert der hebräischen Sprache zu beachten – die auf diesem Friedhof in ihrem kulturhistorischen Kontext präsentiert wird. Doch Richter Barak beschloss, die Menschenwürde höher als die Sprache und Kultur zu bewerten, und damit war der Fall erledigt: Trotz des besonderen Charakters des Friedhofes, trotz der ursprünglichen Unterzeichnung des Vertrags beschloss der Oberste Gerichtshof, im Namen der Menschenwürde und Gleichberechtigung, dass das Reglement hier verletzt werden darf. Dass die hebräische Sprache im Nationalstaatsgesetz nun gesetzlich verankert wird, hat daher nicht nur bezüglich der arabischen Sprache eine Bedeutung, sondern auch im Kontext mit anderen – hier demokratischen – Werten.

Audiatur Online: Kann es zu einem Konflikt zwischen jüdischen und demokratischen Werten kommen?

Dr. Chagai Vinizky: Ja, das ist möglich, aber die Herausforderung eines Gerichts muss die Frage sein, wie man die beiden Werte berücksichtigt und verbindet. Es darf nicht sein, dass eines der zwei regelmäßig dem anderen vorgezogen wird. Beide müssen bei Urteilsprüchen gleichwertig gewichtet sein. Dies war bisher nicht der Fall.

Viele – darunter auch die arabischen Parlamentarier – beanstanden, dass nicht-jüdische Minderheiten ohne eine Gleichstellungsklausel durch das Nationalstaatsgesetz zu „Bürgern zweiter Klasse“ herabgesetzt werden.

Als Tzipi Livni einen Entwurf für das NG präsentierte – mit einer Klausel zur Gleichberechtigung aller Bürger –, waren die arabischen Knesset-Abgeordneten ebenso gegen das Gesetz wie heute. Die arabischen Parlamentarier sind gegen jeden jüdischen Staat. Ihre Vorstellung

einer Zweistaatenlösung sieht einen „palästinensischen“ Staat einerseits und einen „Staat für alle ihre Bürger“ andererseits vor. Hanin Zoabi zum Beispiel sagte das ganz deutlich und öffentlich. Bei der Protestdemonstration arabischer Israelis gegen das Nationalstaatsgesetz am 11. August dieses Jahres wurde mit wehenden „palästinensischen“ Fahnen – nicht israelischen! – skandiert: „Mit unserem Geist und Blut werden wir Palästina befreien“, „Märtyrer, ruhe in Frieden, wir führen deinen Weg fort“ und „Für ein arabisches Palästina vom Meer bis zum Jordan“. Der arabisch-israelische Parlamentarier Jamal Zahlka sagte, dass er lieber sterben würde, als die israelische Nationalhymne zu singen. Er schlug auch vor, die israelische Flagge loszuwerfen, weil sie „wertloser sei als ein Putzlappen“.

Gerade weil viele Mitglieder der arabischen Bevölkerungsgruppe nicht akzeptieren, dass Israel ein jüdischer Nationalstaat ist, in dem sie als Minderheit leben, ist es wichtig klarzustellen: Israel ist kein bi-nationaler Staat. Die Araber sind eine Minderheit in einem jüdischen Nationalstaat. Eine Minderheit in einem Mehrheitsstaat zu sein, bedeutet nicht, Bürger zweiter Klasse zu sein. Dies zu behaupten, zeugt von einer versteckten Aspiration, die Identität des Staates ändern zu wollen. Es ist ein Nicht-Akzeptieren der eigenen Stellung als Minderheit. Wenn jüdische Bürger in arabischen Ländern eine solche Demonstration wie jene im August veranstalten würden – sie würden, wenn es gut geht, nur ins Gefängnis geworfen werden. Oder stellen Sie sich vor, die muslimische Bevölkerung in Deutschland würde verlangen, den Staat in einen deutsch-islamischen Staat zu verwandeln.

Audiat Online: Wie steht es aber mit der Gleichberechtigung von Juden und Nicht-Juden in Israel? Warum steht sie nicht im Nationalstaatsgesetz?

Dr. Chagai Vinizky: Israel ist ein jüdischer Staat – kein muslimischer, kein christlicher und kein drusischer –, hier herrscht diesbezüglich keine Gleichstellung. Dass in einer Schweizer Zeitung ein Artikel über das Nationalstaatsgesetz mit „Diskriminierung per Gesetz“ betitelt wurde, finde ich wahrlich erstaunlich: Was für ein Symbol ist auf der Schweizer Flagge? Wofür steht das Kreuz – für die jüdischen und muslimischen Schweizer Bürger? Welche Feiertage sind in der Schweiz öffentliche Feiertage – etwa jüdische und muslimische? Wo werden Minarette verboten – in Israel oder in der Schweiz? Ist den Juden in der Schweiz das rituelle Schächten nach jüdischem Gesetz nicht verboten? Werden Juden in der Schweiz mit ihrer größeren Gefährdung durch den Terror vom Staat geschützt, wie es in der Bundesverfassung für alle Bürger und Bürgerinnen vorgeschrieben ist? Nein? Ist das alles eine Diskriminierung per Gesetz? Sind die Schweizer Juden und Muslime Bürger zweiter Klasse?

Oder nehmen wir Dänemark: Dort ist die Religionsfreiheit auf privater Ebene gewährleistet, aber es steht in der Verfassung geschrieben, dass die evangelisch-lutherische Kirche die zentrale religiöse Institution des Staates ist und von ihm unterstützt wird. Ebenso in Norwegen und Island. In verschiedenen Staaten wird vorgeschrieben, dass der König oder die Königin eines Staates einer bestimmten religiösen Strömung angehören muss, so z.B. in Dänemark, in Norwegen, Schweden und Großbritannien. Der Einzelne hat in all diesen Staaten auf privater Ebene die gleichen Rechte – z.B. das Recht der Religionsausübung, der Berufswahl, auf soziale Leistungen und vieles mehr. Auf nationaler Ebene gibt es aber Unterschiede. Das NG bezieht sich nicht auf die Rechte des Einzelnen und verletzt die Rechte des ein-



Arabisches Kinder bei moslemischen Feierlichkeiten am 13. September 2016 in Tel Aviv.

zelnen Bürgers in keinem Punkt – nicht die der Muslime, nicht die der Christen, nicht die der Drusen. Die Drusen wurden regelrecht von verschiedenen Gruppen aufgehetzt und es wurde ihnen eingeredet, dass ihnen auf der privaten Ebene etwas genommen wird – eine absolut falsche Behauptung.

Audiat Online: Die Araber und Christen und Drusen sind also keine Bür-

„ **Wenn jüdische Bürger in arabischen Ländern eine solche Demonstration wie jene im August veranstalten würden – sie würden, wenn es gut geht, nur ins Gefängnis geworfen werden.** “

ger zweiter Klasse – sie sind Minderheiten im jüdischen Nationalstaat, mit vollen Bürgerrechten?

Dr. Chagai Vinizky: Genau. Und sie werden in diesem Gesetz nicht erwähnt, weil hier nur vom jüdischen Aspekt gesprochen wird. Es mag zusätzlich verwirrend sein, dass das Judentum sowohl Religion als auch Nation ist. Jüdisch zu sein bezieht sich nicht nur auf eine Religion, sondern auch auf die Zugehörigkeit zu einer Nation. Deswegen ist Israel auch die Heimat für jeden jüdischen Menschen auf der Welt. Der Staat aber verpflichtet sich im Artikel 6a des Nationalstaatsgesetzes, sich für die Sicherheit sowohl der Mitglieder des jüdischen Volkes als auch aller israelischen Bürger, die in Schwierigkeiten oder Gefangenschaft geraten sind, einzusetzen.

Audiat Online: Zur arabischen Sprache: Artikel 4 definiert Hebräisch als Amtssprache Israels. War Arabisch bis jetzt nicht auch Amtssprache?

Dr. Chagai Vinizky: Ja und nein. Der Artikel setzt zum ersten Mal überhaupt nicht die Amtssprache, sondern die Landessprache fest – das gab es vorher noch nie. Hebräisch wurde somit zur Landessprache erhoben, so wie es im Artikel steht: Hebräisch ist die Sprache des Staates.

Die Frage der Sprachen in Israel reicht in die Zeit des Mandatsrechts von 1922 zurück, welches forderte, dass amtliche Dokumente und öffentliche Schilder in

Hebräisch, Arabisch und Englisch beschriftet sein müssen. Nach der Staatsgründung 1948 und dem Abzug der Engländer wurde im Gesetz die englische Sprache entfernt. Das Arabische dagegen wurde belassen – nicht, weil es als offizielle Amtssprache angesehen wurde, sondern ganz einfach, weil es wegen der arabischen Bevölkerung immer noch relevant war. Dadurch entstand der Ein-

und austauschbar. Auch in den Universitäten und Gerichtshöfen. Dies ist und war aber nie der Fall.

Der Artikel 4 im Nationalstaatsgesetz ist das erste Gesetz, das sich mit der Frage der Sprache des Landes beschäftigt. Und obwohl es etwa genauso viele Russisch sprechende Israelis gibt wie Arabisch sprechende und es eine große äthiopische, Amharit sprechende Gemeinde gibt, wurde nur der arabischen Sprache in diesem Gesetz ein Sonderstatus eingeräumt, weil diese Bevölkerung auch in Zukunft ihre Sprache beibehalten wird, während die Nachkommen der Russen und Äthiopier Hebräisch sprechen werden.

Es steht außerdem auch ausdrücklich im Nationalstaatsgesetz, dass in der Praxis die bisherige Anwendung des Arabischen auf keine Weise eingeschränkt oder verletzt werden wird. Während also gesetzlich das Hebräische die Landessprache ist, wird dem Arabischen gesetzlich ein Sonderstatus gegeben.

Audiat Online: Möchten Sie noch ein letztes Wort zu diesem Nationalstaatsgesetz sagen?

Dr. Chagai Vinizky: Wie ich vorher erwähnt habe, ist es vielleicht für viele verwirrend, dass das Judentum sowohl eine Religion als auch ein Volk definiert – dies gibt es in den westlichen Staaten nicht. Israel ist die historische und religiös-biblische Heimat des jüdischen Volkes – so wie es in der Unabhängigkeitserklärung steht –, und Israel wird unzweideutig und unapologetisch dafür sorgen, dass die Sicherheit der Juden in Israel, die auch eine demographische Mehrheit bedingt, garantiert sein wird. Eine besondere Dringlichkeit erhält diese Tatsache ganz besonders angesichts der verheerenden Verfolgungen der Juden unter anderem im vergangenen Jahrhundert, wo sie wegen ihrer Zerstreung in der Welt und dem Fehlen einer Heim- und Fluchtstätte ihren Verfolgern macht- und hilflos ausgeliefert waren. Auch heute gibt es Staaten, die das jüdische Volk vernichten möchten. Wer an der Demokratie Israels zweifelt, sollte unbedingt die Rechte der Minderheiten in Israel mit jenen der Minderheiten im Ausland – sowohl in den westlichen als auch in den arabischen Staaten – vergleichen. Ich bin sicher, dass Israel in einem solchen Vergleich die ersten Ränge der Liste erreichen wird.

Jerusalems militärische Speerspitze

Die Spezialeinheiten der israelischen Armee im Porträt

Von Marcel Serr

Die israelischen Spezialeinheiten sind unter den Feinden Israels gefürchtet und werden von befreundeten Streitkräften hochgeachtet. Sie operieren im gesamten Nahen Osten; ihre aufsehenerregenden Missionen sind – sofern sie überhaupt bekannt werden – unkonventionell, risikobereit und enden in aller Regel erfolgreich.

Sie gilt als die Lebensversicherung des jüdischen Staates: Die israelische Armee. Ihre Schlagkraft übertrifft diejenigen der Region. Für den militärischen Vorsprung Israels einzutreten, ist in den USA sogar ein Gesetz. Doch oftmals ist es nicht „die Armee“, die die Bewohner des Landes schützt, sondern viele kleine, spezialisierte Einheiten, die im Laufe der Jahre gegründet wurden, um sich der jeweiligen Bedrohung entgegenzustellen.

In den Jahrzehnten vor der Gründung Israels im Jahr 1948 kam es bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den zionistischen Siedlern und der arabischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina. In den 1930er Jahren weiteten sich die Spannungen zu einem regelrechten Bürgerkrieg aus. Zu dieser Zeit prägte der britische Offizier Orde Wingate die spätere israelische Kriegsführung nachhaltig mit dem Aufbau der „Special Night Squads“ (SNS) – einer jüdischen Spezialeinheit zur Aufklärung und verdeckten Kriegsführung in arabischen Gebieten.

Getreu der Prämisse „Angriff ist die beste Verteidigung“ wurden nächtliche Überfälle tief in feindlichem Gebiet zum Markenzeichen der SNS. Obgleich die Einheit nur etwa ein Jahr lang operierte, begannen viele Schlüsselfiguren der israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) ihre militärische Karriere in den SNS, unter ihnen der General und Politiker Mosche Dajan. Daher ist Wingates Erbe bis heute wesentlicher Bestandteil israelischer Militärdoktrin, die sich durch einen Hang zum Unkonventionellen und einem ausgeprägten Offensivdrang auszeichnet.

Der Prototyp: Ariel Scharons Einheit 101

Im August 1953 gründete Ariel Scharon in direkter Anlehnung an die „Special Night Squads“ die berühmte Einheit 101. Israels Führung betraute die erste Spezialeinheit der Armee mit riskanten Überfällen in den arabischen Nachbarstaaten, die als Rückzugsraum der arabischen Terror- und Guerillaorganisationen dienten. Scharon und seine Kampfgefährten waren nicht zimperlich, sodass es bei den Operationen teilweise zu erheblichen zivilen Opfern kam. Daher integrierte Israels Militär die Einheit 101 im Januar 1954 in die neugegründete Eliteeinheit der Fallschirmjäger.

Die Einheit 101 ist der Prototyp der israelischen Spezialeinheit. Sie führte innovative Offensiv- und Infiltrations-Taktiken ein und ist bis heute das Vorbild israelischer Kommando-Operationen.

Sajeret Matkal – die Späher des Generalstabs

Sajeret Matkal steht unter der Leitung des Militärgeheimdienstes AMAN. Die Hauptaufgaben liegen in der Aufklärung und Einholung nachrichtendienstlicher Informationen hinter feindlichen Linien. Ab den 1970er Jahren kamen mit der Terrorbekämpfung und Geiselfreiung im



Ariel Scharon redet am 30. August 1955 vor seiner „Einheit 101“.

Ausland neue Aufgabenbereiche hinzu. Die Einheit hat großen Einfluss auf die Entwicklung des israelischen Militärs, weil sie als Experimentierplattform für Infiltrations- und Kommandotaktiken sowie Tarn- und Antiterror-Kampftechniken dient.

Größere Bekanntheit erlangte die Einheit durch die „Operation Thunderbolt“ (1976). Dabei befreiten Sajeret-Einheiten unter dem Kommando von Joni Netanjahu, dem Bruder von Israels aktuellem Premierminister Benjamin Netanjahu, mehr als 100 Geiseln aus dem 4.000 Kilometer entfernten Flughafen von Entebbe in Uganda. Tragischerweise überschattete der Tod Joni Netanjahus den Erfolg der Operation.

Anfangs war die Einheit streng geheim. Bis heute dürfen die Mitglieder sich nicht öffentlich zu erkennen geben und tragen keine Abzeichen. Rekruten durchlaufen eine fast zweijährige Ausbildung mit dem Schwerpunkt auf Nahkampf, Navigation, Tarnung, Aufklärung und Überlebens-Training in feindlichem Gebiet.

Sajeret-Matkal-Veteranen gelangen oftmals in einflussreiche Positionen im Militär und der Politik. Ehud Barak, Israels am höchsten dekoriertes Soldat, ist später zum Generalstabschef und Premierminister (1999-2001) aufgestiegen. Regierungschef Netanjahu ist ebenfalls Sajeret-Veteran.

Schajetet 13: Israels Marineeinheit

Die Marineeinheit Schajetet 13 ist für Infiltration, Terrorbekämpfung, Sabotage, maritime Aufklärung und Geiselfreiung sowie die Übernahme feindlicher Schiffe zuständig. Sie ist in Land-, See- und Luftoperationen geübt und hat an fast allen größeren Militäroperationen Israels teilgenommen. Im Jom-Kippur-Krieg (1973) infiltrierten Kommando-Einheiten ägyptische Häfen und versenkten fünf ägyptische Kriegsschiffe. Anfang der 1980er Jahre wurde die Einheit insbesondere im Libanon und dem Kampf gegen die Hisbollah eingesetzt.

Typische Missionen dieser Zeit sind das Abfangen von Versorgungsschiffen der Terrororganisation, das Sprengen

von feindlichen Einrichtungen sowie das Anbringen von Sprengfallen. Größere Bekanntheit erreichte Schajetet 13 durch das Kapern von Schiffen, die während der sogenannten 2. Intifada (2000-2005) Waffen an die „Palästinenser“ lieferten.

Schalldag

1976 gründete der Sajeret-Matkal-Offizier Muki Betzer Schalldag als direkte operative Lehre aus dem Jom-Kippur-Krieg: Die israelische Luftwaffe (IAF) hatte aufgrund der sowjetischen Boden-Luft-Raketen der Ägypter erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Eine Aufklärung und frühzeitige Neutralisierung der Stellungen hätten Israel erhebliche Vorteile verschafft. Schalldag sollte sich dieser Problematik annehmen.

Die erste Bewährungsprobe war der Erste Libanonkrieg 1982. Dabei gelang es Schalldag, die syrischen Luftabwehrstellungen weitgehend zu neutralisieren. In den folgenden Luftkämpfen gegen die syrische Luftwaffe konnte die IAF einen atemberaubenden Erfolg verbuchen und über 80 syrische Kampfflugzeuge über libanesischem Luftraum abschießen. Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich Schalldag zu einer luftgestützten Allzweck-Spezialeinheit, die zunehmend auch Terrorbekämpfungs- und Geiselfreiungsoperationen übernimmt.

Die „Schein-Araber“ von der Kommando-Brigade Os

Seit Dezember 2015 fasst die Kommando-Brigade Os weitere Spezialeinheiten zusammen. Darunter befindet sich Duvedan, die in den „palästinensischen“ Gebieten operiert. Die Einheit ist insbesondere auf verdeckte Operationen spezialisiert und gehört zu den Mista'aravim-Kräften (wörtlich: arabisieren), deren Charakteristikum die Verkleidung als Araber und verdeckte Operationen in arabischen Gebieten sind. In der Ausbildung wird großer Wert auf das Erlernen der arabischen Sprache, Unterricht in den arabischen und islamischen Traditionen sowie typischen Verhaltensweisen gelegt. Darüber hinaus sind Egos (Anti-Guerilla-Einheit), Rimon (Wüstenkampf) und Maglan (Fernaufklärung und Komman-

dooperationen) in der Os-Brigade organisiert.

Die israelischen Spezialeinheiten genießen ein hohes Prestige innerhalb der Armee und haben Zugriff auf die fähigsten Rekruten. Während die Spezialeinheiten anfangs so geheim waren, dass die Kämpfer lediglich auf persönliche Empfehlungen aufgenommen wurden, stehen sie heute für freiwillige Rekruten offen, die ein mehrtägiges Auswahlverfahren (Gibbusch) durchlaufen müssen. Im Gegensatz zu vielen anderen Spezialeinheiten der Welt rekrutieren sich die Angehörigen der israelischen Spezialeinheiten zum Großteil aus regulären Wehrdienstleistenden.

Schön anzuschauen, aber nicht spielentscheidend

Seit den 1970er Jahren setzt Israel alle seine Spezialeinheiten zunehmend für Operationen in der Terrorbekämpfung ein. Insbesondere gezielte Tötungen von Schlüsselakteuren sind ein Markenzeichen israelischer Terrorbekämpfung. Auch wenn die operativen Anforderungen der Missionen komplexer werden, bleiben Israels Spezialeinheiten den Kernprinzipien von SNS und Einheit 101 treu: offensive, taktisch elegante und wagemutige Überfälle.

Aller taktischen Klasse zum Trotz können die Operationen von Spezialeinheiten aber nur im Rahmen einer durchdachten Strategie ihr volles Potenzial entfalten. „Spezialeinsätze sind wie Dunkings während eines Basketballs: Sie sind schön anzuschauen, aber sie entscheiden nicht das Spiel“, gab der frühere stellvertretende Armeestabschef Generalmajor Usi Dajan einst zu bedenken.

Marcel Serr ist Politikwissenschaftler und Historiker. Von 2012 bis März 2017 lebte und arbeitete er in Jerusalem – unter anderem als wissenschaftlicher Assistent am Deutschen Evangelischen Institut für Altertumsforschung des Heiligen Landes in Jerusalem. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der israelischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Militärgeschichte des Nahen Ostens.

Noch mehr israelische Zugeständnisse werden die Sache des Friedens nicht voranbringen

Von den arabischen Nachbarn ist kein Frieden zu erwarten, selbst wenn Israel nur noch aus Tel Aviv bestünde

Von Daniel Kryger
(Redaktion Audiatur)

Israelische Zugeständnisse führen nur zu weiteren arabischen Forderungen nach noch mehr israelischen Zugeständnissen. Die Warnung der selbsternannten Schwarzseher, es sei die „letzte Chance auf Frieden“, untergräbt die Aussichten auf einen echten Frieden.

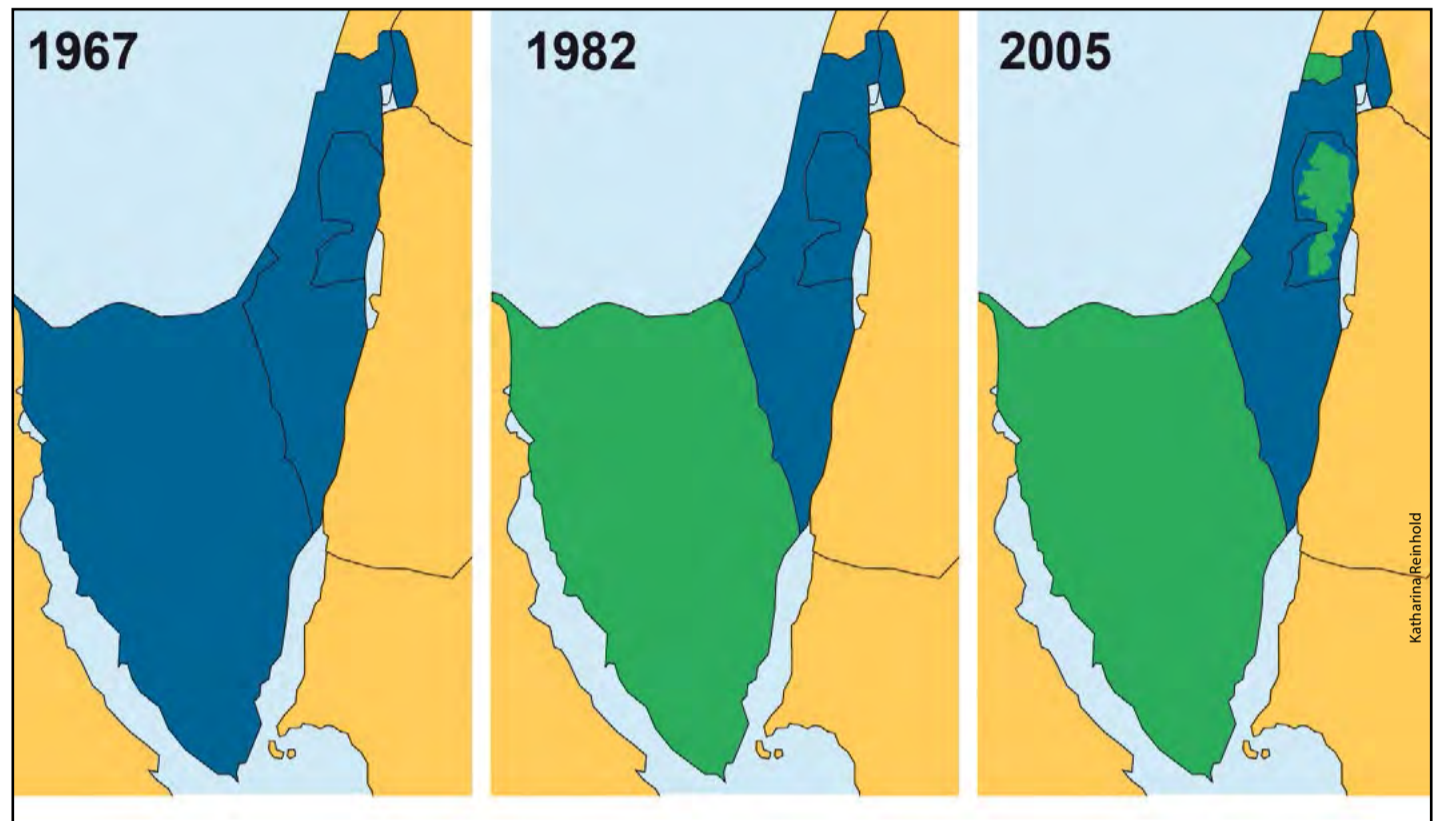
Es vergeht kaum eine Woche, in der linksgerichtete Schwarzmalerei in Israel und im Ausland warnen: „Dies ist die letzte Chance für den Frieden.“ Nach dieser Logik sind die Folgen immer gleich: Frieden erfordert eine unaufhörliche Reihe einseitiger Zugeständnisse seitens Israel.

Dennoch haben, wie eine Vielzahl empirischer Erfahrungen im Lauf der Jahre gezeigt haben, einseitige israelische Zugeständnisse nur zu mehr arabischer Ablehnung und mehr Forderungen nach weiteren selbstmörderischen Zugeständnissen Israels geführt. Ironischerweise untergraben aber ausgerechnet die selbsternannten Schwarzseher, die behaupten, es sei „die letzte Chance für den Frieden“, die Aussicht auf echten Frieden.

25 Jahre nach dem gescheiterten Friedensprozess von Oslo zitieren Linke in Israel und im Ausland weiterhin den Slogan von Jitzchak Rabin: „Man verhandelt über Frieden mit seinen Feinden, nicht mit seinen Freunden.“ Im Rückblick war der Hauptgrund für den Zusammenbruch des Osloer Abkommens, dass ein echter Frieden mit ehemaligen Feinden ausgehandelt wird, nicht mit Feinden, die weiterhin nach deiner Zerstörung trachten.

Echter Frieden ist natürlich ein sehr begehrenswertes Gut. Als ein Land, das seit seiner Neugründung vor 70 Jahren keinen einzigen Tag Frieden erlebt hat, schätzt Israel Frieden mehr als die meisten Länder der Welt. Dennoch braucht man, wie beim Tango, für echten Frieden einen echten Partner.

In der Praxis bedeutet das die Anerkennung der bitteren Realität, vor der israelische und westliche Linke die Augen verschließen: Die Araber, nicht Israel, halten den Schlüssel zum Frieden in der Hand. Der Grund dafür ist offensichtlich. Der arabisch-israelische Konflikt wurzelt in der fortgesetzten Weigerung muslimischer Araber, einen jüdischen Nationalstaat innerhalb wie auch immer gearteter Grenzen anzuerkennen. Keine noch so große Anzahl einseitiger israelischer Zugeständnisse wird die Sache des Friedens voranbringen. Das Gegenteil ist eher der Fall. Israelische Zugeständnisse haben lediglich seine Nachbarn radikalisiert und einen Frieden in weite Ferne gerückt. Ein echter arabisch-israelischer Frieden würde von der muslimisch-arabischen Welt



Die Methode „Land für Frieden“ funktioniert nicht: Israelisch kontrolliertes Gebiet (blau) 1967, 1982 und 2005.

verlangen, das Ziel der Zerstörung des jüdischen Staates aufzugeben.

Je verzweifelter Israel in seinem Streben nach Frieden erscheint, desto unwahrscheinlicher wird er. Viele linke Kritiker haben wiederholt argumentiert, Israel könne ohne Frieden mit seinen Nachbarn nicht gedeihen. Auch wenn

Israel stehe am Rande des Kollapses, wenn es nicht durch einseitige Zugeständnisse versucht, Frieden zu erlangen.

Da alle Versuche, Israel zu vernichten, gescheitert sind, hat sich die PLO auf demographische Kriegsführung verlegt. Das sogenannte „Rückkehrrecht“ ist lediglich ein beschönigender Begriff für die

einmal die kleineren, von Juden bevölkerten Gebiete.

Viele linke Kritiker haben davor gewarnt, die Araber könnten am Ende eine „Einstaatenlösung“ anstelle der „Zweistaatenlösung“ verlangen, wenn Israel nicht kompromissbereit sei. Diese Ansicht ist völlig abseits von jeder Realität. Der Grund, warum die „Zweistaatenlösung“ noch nicht umgesetzt wurde, ist, dass sie von den Arabern seit dem Friedensvorschlag der Peel-Kommission im Jahre 1937 systematisch abgelehnt wurde. Die einzige Lösung, die PLO und Hamas zufriedenstellen würde, wäre die Vernichtung Israels. Der Ruf nach einer „Einstaatenlösung“ ist lediglich ein weiterer Versuch, den jüdischen Staat zu zerstören.

Israelische Zugeständnisse haben lediglich seine Nachbarn radikalisiert.

die meisten Israelis natürlich nach Frieden streben, ist diese Behauptung einfach nicht richtig. Israel ist ein lebendiges Beispiel einer erfolgreichen und entwickelten Demokratie, die weiterhin gedeiht, und das trotz des fehlenden Friedens mit den meisten seiner Nachbarn. 25 Jahre nachdem Jitzchak Rabin und Jassir Arafat sich auf dem Rasen des Weißen Hauses die Hand schüttelten, ist Israel stärker und wohlhabender denn je.

Der von Hamas und Fatah gegen Israel geführte Terrorkrieg „Intifada“, die Völkermorddrohungen aus dem Iran, die BDS-Boykotte, eine Dämonisierung in den Medien und Bemühungen, Israel zu isolieren, konnten Israels Aufstieg zu einem Zentrum wirtschaftlicher und militärischer Macht nicht verhindern. Außenstehende, die linken jüdischen Untergangspropheten lauschen, könnten jedoch leicht zu dem Schluss kommen, Is-

rael stehe am Rande des Kollapses, wenn es nicht durch einseitige Zugeständnisse versucht, Frieden zu erlangen. Da alle Versuche, Israel zu vernichten, gescheitert sind, hat sich die PLO auf demographische Kriegsführung verlegt. Das sogenannte „Rückkehrrecht“ ist lediglich ein beschönigender Begriff für die Vernichtung Israels, indem man es mit Millionen feindlich gesinnter, im Ausland geborener Araber überschwemmt. Jedoch wird auch dies scheitern, da der jüdische Staat nicht beabsichtigt, Selbstmord zu begehen.

Gaza-Rückzug 2005 aus demographischen Gründen

Die PLO hat nichtsdestotrotz mithilfe gefälschter und stark übertriebener demographischer Daten viele linke Juden davon überzeugt, Israels Überleben hänge von der Umsetzung der „Zweistaatenlösung“ ab. Der frühere israelische Premierminister Ariel Scharon nannte die arabische Demographie als Hauptgrund für die Entscheidung Israels, sich 2005 aus dem Gazastreifen zurückzuziehen. Heute wenden viele Stimmen in Israel und im Ausland dieselbe Logik auch auf Judäa und Samarien an.

Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine korrekte Einschätzung der Realität. Die endgültigen Grenzen Israels und seiner Hauptstadt Jerusalem müssen noch bestimmt werden. Die arabische Bevölkerung in Gaza, Judäa und Samarien stellt keine demographische Gefahr für Israel dar. Der Grund hierfür ist, dass diese Gebiete niemals Teil Israels waren und keine etablierte israelische Führung jemals Millionen feindlich gesinnter Araber annekieren wird. Gaza wird von der Hamas kontrolliert und hat keine Verbindung zu Israel. Obwohl Israel Judäa und Samaria seit über 50 Jahren kontrolliert, hat es kein Territorium annektiert, nicht

Die jüdische Geburtenrate steigt

Das demographische Katastrophenszenario ist stark übertrieben. Jüdische und arabische Geburtenraten in Israel haben sich praktisch angenähert. Darüber hinaus steigen die jüdischen Geburtenraten weiter an, während die muslimischen arabischen Geburtenraten sinken. Ähnlich ist die Situation in Judäa und Samaria.

Auf jeden Fall ist der Versuch, Israel durch die sogenannte „Einstaatenlösung“ zu vernichten, zum Scheitern verurteilt. Der Grund dafür ist einfach und geht über die Demographie hinaus. Wie bei einer Ehe verlangt die Verbindung zwischen zwei national verschiedenen Gebieten ein gegenseitiges Einverständnis. Da die große Mehrheit der Israelis die „Einstaatenlösung“ ablehnt, wird sie niemals zustande kommen.

Echter Frieden wird nur dann erreicht werden, wenn Israels Nachbarn ihr Ziel, den jüdischen Staat zu zerstören, aufgeben. Das Vertrauen Israels zu gewinnen und den Arabern zu sagen, dass sie Israel keine Gefälligkeiten erweisen, wenn sie Frieden schließen, wird die Friedensaussichten weitaus mehr voranbringen, als alle früheren einseitigen israelischen Zugeständnisse zusammen.

Daniel Kryger ist Autor und Politikwissenschaftler und lebt in Israel. Auf Englisch zuerst erschienen bei MiDA.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Außergewöhnliches Museum porträtiert christliche Israelfreunde

Das „Museum der Freunde von Zion“ stößt seit drei Jahren auf reges Interesse

Von Elisabeth Hausen (Israelnetz)

Viele Einrichtungen in Israel und im Ausland informieren über die mitunter sehr schwierigen Beziehungen zwischen Christen und Juden – und das ist auch nötig. Einen wohlthuend anderen Schwerpunkt setzt indes das „Museum der Freunde von Zion“. Es wurde vor drei Jahren in einem Haus in Jerusalem eröffnet, das einst der Familie von Staatspräsident Reuven Rivlin gehörte. Die Ausstellung porträtiert Nichtjuden, die sich für Juden und Israel eingesetzt haben – in Vergangenheit und Gegenwart.

„Ich glaube nicht, dass der jüdische Staat und der moderne Zionismus ohne den christlichen Zionismus möglich gewesen wären“, sagte der israelische Premierminis-

ter Benjamin Netanjahu 2012 bei der Wiedereröffnung der restaurierten historischen Windmühle in Jerusalem. Diese und ähnliche Aussagen prägen das Museum.

ter Benjamin Netanjahu 2012 bei der Wiedereröffnung der restaurierten historischen Windmühle in Jerusalem. Diese und ähnliche Aussagen prägen das Museum.



Auch der deutsch-englische Geistliche William Hechler (M.) trat für die Rückkehr der Juden nach Zion ein.

ter Benjamin Netanjahu 2012 bei der Wiedereröffnung der restaurierten historischen Windmühle in Jerusalem. Diese und ähnliche Aussagen prägen das Museum.

Christliche „Träumer“

In der „Halle der Träumer“ lernt der Besucher Christen kennen, die sich im 19.

Propheten Hesekiel, den Gott aufforderte, Verstorbene wieder zum Leben zu erwecken. Unter den Nachfahren des Visionärs sind unter anderen zwei ehemalige US-Präsidenten.

Ein weiterer Christ aus den USA, William Blackstone, kam durch das Bibelstudium zu dem Schluss, dass das jüdische Volk



Unterstützer aus Großbritannien: Ehepaar Lawrence und Alice Oliphant (vorne), Baron Josiah Wedgwood (im blauen Kreis) und Königin Victoria (rechts)

ein angestammtes Recht auf seine biblische Heimstätte habe. In einer als „Blackstone Memorial“ bekannt gewordenen Petition forderte er die Amerikaner 1891 auf, sich aktiv an der Rückführung der Juden in Heilige Land zu beteiligen. Die antisemiti-

Präsidenten für Botschaftsverlegung gewürdigt

Mit einer animierten Weltkarte dankt das Museum den Ländern, die am 29. November 1947 für den Teilungsplan der Vereinten Nationen und damit für den jüdischen

„ Als sie das Museum einrichteten, rechneten die Gründer damit, vor allem christliche Besucher zu empfangen. Doch zu ihrem Erstaunen sind etwa 50 Prozent der Gäste jüdisch. “

schen Pogrome in Russland bestärkten ihn in seinem Bestreben, weil dadurch Juden akut in Lebensgefahr gerieten.

Ebenfalls in der Halle der Träumer hören die Besucher von der niederländischen Familie ten Boom. Auf der Webseite des Museums heißt es: „Die Geschichte von Willem und Elisabeth ten Boom und ihren Nachkommen ist eine bemerkenswerte, jahrhundertelange Erzählung von christlichem Gebet und Handeln, erfüllt von selbstloser und aufopferungsvoller Liebe zum jüdischen Volk und dem jüdischen Heimatland.“ Ab 1844 lud die Familie jede Woche Christen zum Gebet für Jerusalem, seine Bewohner und die Juden in der Diaspora ein – dies wahrte drei Generationen.

Judenretter als „Lichter in der Finsternis“

Auch bei der Würdigung von Menschen, die während der Schoah Juden retteten, spielt die niederländische Familie eine Rolle. Das Geheimversteck in Corrie ten Booms Schlafzimmer wird ebenso thematisiert wie die Deportation ins Konzentrationslager Ravensbrück. Mit der Verhaftung endete das wöchentliche Gebet für Israel. Weitere „Gerechte unter den Völkern“, die das Museum vorstellt, sind Oscar Schindler, die Polin Irena Sendler oder auch zwei Diplomaten: Chiune Sugihara aus Japan und Raoul Wallenberg aus Schweden. Eine anschauliche Präsentation stellt sie als „Lichter in der Finsternis“ dar. Juden, die durch ihre Hilfe überlebten, sind ebenfalls zu sehen.

In einem interaktiven Raum, der „Halle der Visionäre“, können Besucher auf einem Sensorbildschirm historische Persönlichkeiten dazu bringen, ihre Geschichte kundzutun: Wer die Wand berührt, begegnet unter anderen der englischen Königin Victoria, dem britischen Außenminister James Balfour oder US-Präsident Woodrow Wilson.

Staat stimmten. Doch die Organisatoren widmen sich nicht nur der Vergangenheit. Und so verleiht das Museum den „Friends of Zion Award“ an Nichtjuden, die sich heute für Israel einsetzen. Berühmte Preisträger sind US-Präsident Donald Trump, der Präsident von Guatemala Jimmy Morales und die paraguayische Staatsoberhaupt Horacio Cartes. Diese drei Politiker hatten im Mai die Botschaften ihrer Länder nach Jerusalem verlegt.

Als sie das Museum einrichteten, rechneten Gründer Mike Evans und seine Mitstreiter damit, vor allem christliche Besucher zu empfangen. Doch zu ihrem Erstaunen sind etwa 50 Prozent der Gäste jüdisch. Mitglieder der Bewegung sind Tausende Nichtjuden in aller Welt, die Israel unterstützen. Dazu gehört nach Angaben der „Freunde von Zion“ eine „Armee von Bloggern“, die bereitstehe, wenn Israel Hilfe braucht.

Eine Schau zeigt die biblischen Wurzeln der Verbindung zwischen dem jüdischen Volk und dem Land Israel. Sie beginnt mit Gottes Verheißung an Abraham und den beiden anderen Ervätern, Isaak und Jakob. Moses Berufung am brennenden Dornbusch kommt ebenso vor wie die genannte Vision des Propheten Hesekiel. Da sagt Gott: „Darum weissage und sprich zu ihnen: So spricht Gott der HERR: Siehe, ich will eure Gräber auf tun und hole euch, mein Volk, aus euren Gräbern herauf und bringe euch ins Land Israels. Und ihr sollt erfahren, dass ich der HERR bin, wenn ich eure Gräber öffne und euch, mein Volk, aus euren Gräbern heraufhole.“ (Hesekiel 37,12–13)

Die verschiedenen biblischen Persönlichkeiten haben auf ihre Berufung geantwortet: „Hier bin ich“. Besucher werden aufgefordert, sich darüber Gedanken zu machen, ob und wie auch sie Israel unterstützen wollen. Wer möchte, kann sich fotografieren lassen. Sein Bild wird dann Teil der Ausstellung – und er selbst damit ein Freund von Zion.



Dos Iz Jiddisch!

Mi 24. Oktober | 19.30

Fasanenstr. 79-80, 10623 Berlin |

Karten 20,- / 17,- (Abendkasse) | 18,- / 15,- (Vorverkauf)

Roman Grinberg

Er gilt als einer der vielseitigsten und profiliertesten jüdischen Künstler unserer Zeit. Mit seinem markanten Timbre und seinem facettenreichen Interpretations-Stil verleiht er beliebten jiddischen Liedern eine völlig neue Farbe. Als Pianist, Sänger, Entertainer und Dirigent des weltbekannten Wiener Jüdischen Chors ist dieser Ausnahmekünstler schon in 48 Ländern dieser Welt aufgetreten. Von Tel Aviv bis Caracas und von Moskau bis New York unterhält er sein Publikum und kommt nun wieder nach Berlin.

Weitere Infos unter 030 880 28 0

Augentropfen statt Brille

Israelische Startups revolutionieren die Zukunft

Von Abigail Klein Leichman
(Redaktion Audiatur)

Zwei israelische Startup-Firmen beschreiben, wie ihre Produkte – beide befinden sich derzeit im Stadium klinischer Erprobung – die Art und Weise, mit der wir unsere Seeschwäche korrigieren, radikal verändern könnten.

Was wäre Ihnen lieber, um besser zu sehen: eine Brille oder Kontaktlinsen, eine Laseroperation ... oder einfach ein paar Augentropfen? Da neue wissenschaftliche Fortschritte die Korrektur des Sehvermögens durch Augentropfen möglich machen, wählen Menschen immer öfter die dritte Option.

Es ist ein großes Geschäft: Vor einigen Jahren erwarb der Pharma-Riese Novartis eine Firma, die dabei ist, eine lokale Behandlung für altersbedingte Weitsichtigkeit (Presbyopie) zu entwickeln; zur selben Zeit experimentieren andere mit Augentropfen zur Behandlung des grauen Stars (Katarakt).

In Israel sind korrigierende Augentropfen zweier Startup-Unternehmen im klinischen Testverfahren.

ORASIS: Tschüss Lesebrille

Die in Herzliya ansässige Firma Orasis Pharmaceuticals nahm vor Kurzem 13 Millionen US-Dollar auf, um die Entwicklung ihrer pharmazeutischen Augentropfen voranzutreiben; sie sollen die Nahsicht verbessern, sodass Betroffene künftig keine Lesebrille mehr benötigen.

Der Vorstandsvorsitzende Elad Kedar sagt, Weitsichtigkeit betreffe die Mehrheit der über 45-Jährigen. Damit ergibt sich für Orasis ein potenzieller Markt von nahezu 2 Milliarden Menschen weltweit – allein 120 Millionen in den USA.

„Unsere natürlichen Augenlinsen altern, wie alle Organe, und verlieren mit der Zeit ihre Elastizität, um sich auf Objekte im Nahbereich zu fokussieren“, sagt Kedar. „Diese Abnahme der Elastizität führt schließlich dazu, dass wir eine Lesebrille benötigen.“

Obwohl Lesebrillen durchaus effektiv sind, so Kedar weiter, mögen viele Menschen sie nicht, da sie unbequem sind und man sie leicht verlegt; außerdem gelten sie als Merkmal des Alters.

„Es hat lange gedauert, bis alternative Lösungen wie Kontaktlinsen und Implantate gefunden wurden; sie alle

lassen jedoch in Sachen Effektivität, Sicherheit oder Bequemlichkeit zu wünschen übrig. Wir haben nun eine erstklassige pharmakologische Lösung entwickelt, indem wir eine Kombination existierender Moleküle nutzen, die bereits für andere Indikationen am Auge verwendet werden. Man benötigt nur einen Tropfen in jedes Auge und kann anschließend für mehrere Stunden gut sehen. Das verspricht, sehr sicher und bequem zu sein.“

Über fünf Jahre Forschung und Entwicklung wurden in die patentierte Formel von CSF-1 der Firma Orasis investiert. Nach Versuchen am menschlichen Auge in diversen Zentren sowohl in Israel als auch in Europa (deren Resultate in Kürze veröffentlicht werden sollen) folgt als nächster Schritt die Forschungsphase 2b in den Vereinigten Staaten. „Wir haben mit dem Regulierungsprozess begonnen“, erläutert Kedar.

Die jüngste Finanzierungsrunde führte das kalifornische Unternehmen Visionary Ventures an; unter den weiteren Investoren finden sich die US-Beteiligungsgesellschaft Sequoia Capital, SBI Japan-Israel Innovation Ventures sowie LifeSci Venture Partners aus New York. Jeffrey Weinhuff von Visionary Ventures und Masafuyu Tanaka von SBI sitzen außerdem mit in der Geschäftsleitung von Orasis.

NANO-TROPFEN: Nie wieder verschwommen sehen

Die am Institut für Nanotechnologie und neuartige Werkstoffe (Institute of Nanotechnology and Advanced Materials, kurz BINA) der Bar-Ilan Universität in Ramat Gan entwickelten Nano-Tropfen bieten eine patentierte Lösung zur Korrektur aller dioptrischen Fehler, die eine verschwommene Sicht verursachen (Weitsichtigkeit, Kurzsichtigkeit und Astigmatismus/Hornhautverkrümmung).

In vorklinischen Testreihen an Schweinen – deren Augen denen des Menschen ähneln –, erreichten Nano-Tropfen bei Weitsichtigkeit eine Korrektur um 3 Dioptrien und bei Kurzsichtigkeit eine von 2,5 Dioptrien – und zwar durch lokale Veränderung des Hornhaut-Brechungsindex. Als Nächstes stehen die weitere Mittelbeschaffung und Entwicklung sowie neue Testreihen an Tieren an; ihnen wird Ende 2019 ein



Gehören Brillen bald der Vergangenheit an?

Testversuch am Menschen folgen.

Die Anwendung von Nano-Tropfen soll in drei Schritten erfolgen.

Als Erstes sollen Nutzer mithilfe verschiedener bereits existierender Smartphone-Apps den Brechwert (die Refraktion) messen. Ein urheberrechtlich geschütztes, unabhängiges oder mit dem Smartphone verbundenes Lasergerät nutzt sodann die Messdaten, um in wenigen Millisekunden der obersten Hornhautschicht ein individualisiertes optisches Muster aufzuprägen. (Dies ist nicht dasselbe wie Laserablation, das Verdampfen durch Laser, sondern vielmehr eine Bereitstellungsmethode mithilfe schneller, schmerzloser Impulse). In einem dritten Schritt werden dem Auge synthetische Tropfen biokompatibler Protein-Nanopartikel verabreicht, um das aufgeprägte optische Muster zu aktivieren. Als Resultat erhält man einen veränderten Brechungsindex und somit schließlich eine veränderte Licht-Einfallsbahn auf der Hornhaut.

„Wir wissen nicht, wie lange die Wirkung anhält, da wir bisher noch keine In-vivo-Versuche unternommen haben“, sagt Dr. David Smadja, Augenarzt am Shaare Zedek Medical Center in Jerusalem und wissenschaftlicher Mitarbeiter am BINA. „Im kommenden Januar werden wir erstmals In-vivo-Versuche an Kaninchen oder Schweinen durchführen.“

Smadja kam vor dreieinhalb Jahren aus Frankreich nach Israel. „Ich bin Arzt und sehe daher jeden Tag, was ich nicht zur Verfügung habe, um meine Patienten zu behandeln – und ich suche ständig nach dem, was mir fehlt.“

„Aber Technologie ist nicht mein Bereich; deshalb begann ich, mit Prof. Zeev Zalevsky (von der Kofkin-Fakultät für Ingenieurwesen an der Bar-Ilan-Universität) zusammenzuarbeiten – und er lässt meine Ideen Wirklichkeit werden. Seit zwei Jahren arbeiten wir bereits an Nano-Tropfen. Inzwischen haben wir schon eine ganze Reihe gemeinsamer Projekte.“

Der andere Partner bei der Entwicklung von Nano-Tropfen ist Prof. Jean-Paul Moshe Lellouche – Bar-Ilan-Leiter des Fachbereichs Chemie. Die universitätseigene Birad Research & Development Company hat bereits ein Patent für Nano-Tropfen angemeldet und arbeitet mit Nano-Tropfen-Mitbegründer und CBO (Chief Business Officer) Steve Elbaz zusammen, um die neue Technologie auf den Markt zu bringen.

„In Zukunft können Patienten mithilfe dieser Technologie eigene Sehschwächen hoffentlich bequem zu Hause korrigieren“, sagt Smadja.

(Auf Englisch zuerst erschienen bei Israel21c.)

Israel: Bahnbrechende Innovation in der Medizin

Wie ein israelischer Patient mit einer Hightech-Erfindung seinen eigenen Krebs besiegte

Von Ulrich Sahn

Avi Yaron war 26 Jahre alt, als er 1993 mit dem Motorrad verunglückte. Während einer MRT entdeckten Ärzte einen Tumor in der Mitte seines Gehirns: „Du brauchst eine sofortige Operation, die dich wahrscheinlich behindert, gelähmt, kognitiv gestört und epileptisch macht.“

Yaron, der damals Student der Elektrotechnik war, lehnte die Operation ab: „Ich weiß nicht, ob es Intuition oder reine Verleugnung war, aber diese Entscheidung rettete mir das Leben.“ Er begann, über seinen Zustand zu forschen, studierte Chemie und Anatomie. Er untersuchte, welche Technologien verfügbar waren und befragte Ärzte auf der ganzen Welt: in Israel, Europa und den Vereinigten Staaten. Er fand schließlich einen Arzt in New York, der den Tumor entfernen wollte.

Aber der Arzt konnte das Geschwulst nicht vollständig entfernen, und der Tumor begann wieder zu wachsen. Den zur Verfügung stehenden Endoskopen (dem chirurgischen Beobachtungs-Werkzeug zur Führung der chirurgischen Tätigkeit in minimal-invasiven Operationen) fehlte die erforderliche 3D-Tiefenwahrnehmung. „Vielleicht wird jemand diese kleine stereoskopische Kamera in den nächsten fünf Jahren erfinden“, sagte der Arzt. „Zum Glück wächst dein Tumor langsam.“

Yaron machte sich daran, die Technologie selbst zu erfinden. Anstelle der in herkömmlichen Endoskopen verwendeten Mechanik baute er seine Erfindung auf einem kleinen Siliziumchip und Software-Algorithmen auf. Sein Design ähnelt den Augen eines Insekts. Jede Seite arbeitet unabhängig vonein-



Avi Yaron

ander, um die 3D-Vision zu erstellen. 1998 gründete Yaron die Firma VisionSense. Es dauerte zehn Jahre, bis aus seiner Idee ein kommerzielles Produkt wurde. Heute wird es bereits von Chi-

rurgen auf der ganzen Welt angenommen und Yarons Unternehmen wächst stetig.

Heute ist Yaron 51 Jahre alt und gesund. Drei weitere Operationen in Deutschland, Israel und New York eliminierten die letzten Fragmente resistenter Tumore in seinem Gehirn. Inzwischen ist auch sein Führungsstil Teil von Wirtschaftslehrgängen an Universitäten, auch am berühmten Massachusetts Institute of Technology (MIT). Yaron selbst hält regelmäßige Vorlesungen an Universitäten oder auf medizinisch-technologischen Konferenzen. Er fördert zudem Unternehmer in diesem Fachbereich. Mit seiner umfassenden Erfahrung bei der Überwindung seines lebensbedrohlichen Gehirntumors unterstützt er ehrenamtlich Patienten mit akuten Gehirnerkrankungen.

Der goldene Davidstern von Königsberg

Wie die Juden in der russischen Provinz ihre eigenen Wurzeln entdecken

Von David Schechter

Über das jüdische Leben in Russlands Großstädten wird viel geschrieben. Und das ist verständlich: Dort finden unzählige Festivals und Seminare statt, und Dutzende jüdischer Organisationen führen eine „unerbittliche Freundschaft“, streiten und versöhnen sich ohne Unterlass.

Aber was geschieht in der Provinz, in den kleinen Städtchen, deren jüdische Gemeinden gerade mal ein paar hundert Mitglieder zählen? Wer arbeitet mit ihnen zusammen – oder auch nicht?

Vor Kurzem konnte ich zwei solcher Gemeinden aufsuchen – in Nowgorod und in Kaliningrad (Königsberg).

Die heutige Nowgoroder jüdische Gemeinde hat keine lange Geschichte. Am 19. August 1941 wurde Nowgorod von deutschen Truppen besetzt; umliegende Dörfer und kleinere Städtchen, in denen Juden gewohnt haben, traf dieses Schicksal schon Anfang Juli. Kaum jemand konnte fliehen.

In der Zarenzeit gehörte Nowgorod, unweit von Sankt Petersburg (der Hauptstadt) liegend, zur Ansiedlungsgrenze. Es wurde den Juden verwehrt, sich in der Hauptstadt niederzulassen; allerdings konnte man, in Nowgorod lebend, morgens zum Arbeiten in die Hauptstadt fahren und abends wieder zurückkommen. So gab es in der jüdischen Gemeinde nicht nur Handwerker, sondern auch

Zwar waren sie gemäß ihren Pässen jüdisch, wollten sich aber nicht unbedingt mit ihrer Nation identifizieren. Die Assimilation war vollzogen. Die jüdische Gemeinde entstand eigentlich erst, als die Sochnut und Chabad hier ihre Arbeit begannen.“

Orit unterstreicht: „Das geschieht nicht nur in Nowgorod. Überall, wo jüdische Organisationen ihre Tätigkeit aufnehmen, sind plötzlich Juden da, die ihre Wurzeln vergessen haben. Vor ein paar Jahren war Nowgorod eine jüdische Wüste. Heute hingegen gibt es hier drei Klassen eines Hebräisch-Intensivkurses (Ulpan), eine Sonntagsschule, jeweils einen Frauen- und Jugendclub, einen Spielplatz. Wir veranstalten Vorlesungen zum Thema ‚Identität‘. Unsere Referenten kommen aus Israel, sie werden von der Sochnut in Zusammenarbeit mit der Organisation ‚Ofek Israeli‘ (Israelischer Horizont) ausgesucht. Es wird über jüdische Kultur, Geschichte und die aktuelle Situation berichtet. Natürlich kann man heutzutage jede Information im Netz finden. Dennoch ist die lebendige Kommunikation unersetzlich. Das sind ja keine theoretisierenden Dozenten; das sind Menschen, die in Israel aus eigener Kraft etwas erreicht haben. Sie stellen den Erfolg der neuen Repatrianten dar: Wir haben es geschafft – ihr könnt es auch.“

2.000 Juden in Nowgorod

Laut der Jewish Agency leben heute in Nowgorod ca. 2.000 Menschen, die, wie laut Rückkehrgesetz berechtigt sind in ihre historische Heimat zurückzukehren. Die Sochnut und Chabad, welche kürzlich ihren Rabbiner nach Nowgorod entsandten, stehen diesen Menschen aktiv bei.

Orit erzählt, wo sie letztes Jahr „Jom haAtzmaut“ – den israelischen Unabhängigkeitstag – veranstaltet hat: auf dem Gelände des Nowgoroder Kreml, im Philharmonie-Gebäude! Sie brachte den israelischen Konsul und Gäste aus Israel mit; insgesamt 600 Menschen feierten zusammen. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: Alle Veranstaltungen der Sochnut wurden seitdem gut besucht. Man nahm auch an den Familienseminaren in Sankt Petersburg teil, und als Ende April die Sochnut zusammen mit „Ofek Israeli“ zum einen Israel-Festival eingeladen hatten, kamen aus Nowgorod zwei volle Busse.

Es zeigt sich deutlich eine Tendenz, dass die Gemeinde wachsen wird, weil die Menschen zu ihren Wurzeln zurückkehren wollen. Ein Sochnut-Mitarbeiter hat dies folgendermaßen beschrieben: Über die Jahre hinweg hatten sie ihre Geburtsurkunden mit dem Vermerk „jüdisch“ erst hinter Lenins Gesamtausgabe, dann hinter Heiligenbildern versteckt gehalten. Jetzt ist die Zeit gekommen, dass die Geburtsurkunden wieder hervorgeholt werden.“ Der staatliche Antisemitismus in Russland gehört der

sowjetischen Vergangenheit an; die heutige Regierung steht den jüdischen Gemeinden wohlwollend gegenüber, der Staat Israel wird von allen respektiert. Es ist weder peinlich noch gefährlich, seine Wurzeln wiederzuentdecken und zu offenbaren. Sochnut ist heute der Vermittler zwischen diesen Menschen und dem jüdischen Volk.

Die Juden waren völlig säkularisiert. Im Nord-West-Kreis gibt es Städte, wo nicht wenige halachische Juden leben, ohne dass früher jemand von ihnen gewusst hätte. Ein treffendes Beispiel ist Murmansk. In der Stalin-Zeit befanden sich um die Stadt herum mehrere große Arbeitslager für Frauen. Viele der ehemaligen Inhaftierten sind in dieser Gegend geblieben und nach Murmansk gegangen. Darunter befanden sich auch Jüdinnen. Es sind ihre Kinder und Enkel, die heute den Weg zurück zu ihrem Volk gefunden haben.

Sonja Schabalina von der Jewish Agency, die für Alija-Angelegenheiten in Sankt Petersburg und im Nord-West-Kreis verantwortlich ist:

„In der Tat, diese Tendenz – die Suche nach der eigenen Identität – wird von Jahr zu Jahr stärker, sowohl bei den Juden, als auch bei den Nichtjuden. Immer mehr junger Leute, die völlig unerwartet auf ihre jüdischen Wurzeln gestoßen sind, sprechen mich an. Sie entwickeln ein großes Interesse und begeben sich auf die Su-

Teig abgeschnitten und ins Feuer geworfen. Im Flur stand ein Geschirrschränkchen, wo das Geschirr nur im Frühling herausgeholt und dann eine Woche lang benutzt wurde. Davor aber putzten die Großmutter mit der Enkelin gründlichst die ganze Wohnung. Am späten Abend waren sie damit fertig, dann schaltete die Großmutter das Licht aus, zündete eine Kerze und sagte: „Schau doch, Kindchen, in den Bodenritzen nach: Nicht, dass wir was übersehen haben!“

Die Großeltern hatten das jüdische Erbe bewahrt

„Heute weiß ich, was das alles zu bedeuten hatte; damals dachte ich allerdings, Omi sei wunderbar geworden, sie war ja alt... Sie hatte übrigens, im Gegensatz zu den Großmüttern meiner damaligen Freundinnen, keine Heiligenbilder zuhause. Meine Rückkehr zu meinem Volk begann, als ich vom Chef gebeten wurde, die Homepage der Verwaltung zu erstellen. Ich wollte kreativer vorgehen und etwas Geschichte hineinbringen, also bat ich im Archiv um die Nachnamen bedeutender Kaufleute, die hier vor der Revolution gelebt hatten. Diese Liste lud ich auf der Seite hoch und bemerkte dabei, dass viele jüdischen Namen dabei waren; also gab es hier eine große und reiche Gemeinde. Eine Woche, nachdem die Sei-



Orit Soaretz, die Leiterin der Jewish Agency („Sochnut“) in Sankt Petersburg

Kaufleute. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde das Gesetz der Ansiedlungsgrenze außer Kraft gesetzt und zahlreiche Juden strömten in die Hauptstadt.

Orit Soaretz, Leiterin der Jewish Agency („Sochnut“) in Sankt Petersburg und die Verantwortliche für den Nord-West-Kreis, erzählt:

„Nach dem Krieg kamen aus verschiedenen Ecken der UdSSR wieder Juden nach Nowgorod und die umliegenden Städte. Sie gehörten der sogenannten ‚Intelligenzija‘ an: Ärzte, Ingenieure, Militäranghörige.



Die neue Synagoge von Königsberg befindet sich noch im Bau.

che... Und die Sochnut-Mitarbeiter helfen diesen Menschen, behutsam und diskret, zu der Erkenntnis zu gelangen, wer sie in Wirklichkeit sind. Dies zu verdeutlichen, bringt nicht selten eine große Veränderung mit sich. Ob das zur Alija führt? In jedem konkreten Fall entscheiden sie es selbst. Wir als Organisation stehen ihnen bei, versorgen sie mit Informationen, beeinflussen sie aber nicht, sondern helfen ihnen in diesem sehr persönlichen Prozess der Identitätsfindung. Diesen Weg, diese Suche begannen sie von sich aus und es ist eines Jeden eigene Entscheidung, was er am Ende mit diesen Erkenntnissen machen wird.“

Sochnuts Koordinatorin in Nowgorod, Valentina Kuzmina, repräsentiert mit ihrer eigenen Lebensgeschichte diese neue Tendenz. Als Tochter eines Offiziers wuchs sie in den Militärsiedlungen auf, wurde aber zweimal im Jahr in den Ferien zur Großmutter in das kleine Städtchen Schimsk, im Nowgoroder Gebiet, geschickt. Bei der Oma ging es merkwürdig zu: In der Küche standen drei Tische – für Fleisch, Fisch und Milchprodukte. Oma buk das Brot immer selbst und bevor sie es in den Ofen stellte, hatte sie immer ein Stück

te online war, rief mich aus Jerusalem der Nachfahre einer diesen Kaufleute an und fragte nach mehr Informationen. Zu der Zeit wusste ich gar nichts über die Juden; ich habe auf Google „Juden“ eingegeben und das Erste, was mir Google anbot, war ein Lied auf Jiddisch. Das war wie ein Blitz, wie eine Offenbarung – diese Sprache war mir bekannt, diese Worte hatte ich schon mehrmals gehört! Wann, wo? Ich und die Juden, wie kommt es?

Dann begriff ich, dass es meine Großmutter gewesen war, die ich so sprechen gehört hatte: Abends, als sie gedacht hatte, dass ich eingeschlafen war, redete sie mit dem Bild ihrer verstorbenen Mutter. Sie starb jung, Oma hatte sie sehr geliebt und vermisste sie sehr. Im Halbschlaf hörte ich sie sprechen, dieser „komischen“ Sprache schenkte ich aber keine Beachtung. Dann, nach dieser Google-Entdeckung, begann ich viel über die Juden, deren Geschichte und Religion, zu lesen. Die Gebote, welche man in Judentum befolgen muss, sind bekanntlich kompliziert und in unserem Alltag in Russland vielleicht besonders schwer umzusetzen; trotzdem habe ich sie sofort angenom-

men, als ob ich sie schon länger gekannt hätte. Genetische Erinnerungen?

Ich fing klein an, Gebot für Gebot; bin dafür hierhergezogen – hier, in Nowgorod, gibt es einen Rabbiner, er kann helfen und Fragen beantworten. Vor einem Jahr bin ich zu dem Entschluss gekommen: Wenn meine Großmutter und ihre Mutter ihr Volk, warum auch immer, verlassen hatten, war das ihre Entscheidung; mein Weg muss es nicht sein. Zurzeit besuchen wir – mein Sohn und ich – einen Gijur-Kurs. Er lernt auch mit großem Interesse an der Jeschiwa Tomchej-Tmimim in Sankt Petersburg und träumt davon, nach dem vollzogenen Gijur an der Rabbiner-Akademie zu studieren. Ein Leben ohne Judentum ist für ihn undenkbar geworden.“

Die Königsberger Gemeinde

Die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln wird jetzt auch in der Königsberger (Kaliningrader) jüdischen Gemeinde großgeschrieben. Rabbiner David Schwedik war vor 20 Jahren aus Rostow nach Königsberg gezogen und hatte hier, wie er sagt, eine jüdische Wüste vorgefunden. Eine jüdische Gemeinde gab es in Königsberg seit dem Ende des 17. Jahrhunderts. Zum Zeitpunkt der Machtergreifung Hitlers lebten hier 3.000 Juden, es gab fünf Synagogen, und die Hauptsynagoge stand gegenüber dem Dom, neben dessen Mauern Immanuel Kant begraben liegt.

Die Reichspogromnacht nahm hier, in Königsberg, ihren Lauf. Hier ereignete sich das allererste Pogrom. Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es keine Juden mehr in der Stadt, und Synagogen, wie auch die meisten anderen Gebäude, wurden durch die englische Luftwaffe und das Artilleriefeuer während der Erstürmung Königsbergs durch die Truppen des Feldmarschalls Wasilewski zerstört.

Nach dem Krieg kamen wieder Juden nach Königsberg, größtenteils Akademiker und Militärangehörige. Heute leben in Kaliningrad (Königsberg) 880 Menschen, die zur Rückkehr nach Israel berechtigt sind. Die Sochnut-Daten zählen sogar etwas mehr Juden: Auf der Liste des Rabbiners Schwedik stehen ca. 600 Familien, was ungefähr 2.000 Personen entspricht. Viktor Schapiro, (ständiger Autor der „Evrejskaja Panorama“, der russischsprachigen Schwesterzeitung der JÜDISCHEN RUNDSCHAU) Vorstand der jüdischen Gemeinde Adat Israel meint, mit allen nahen und entfernten Verwandten würde man auf 3.000 Juden kommen. Sowohl Schapiro als auch Rabbiner Schwedik meinen, dass die Gemeinden wachsen werden: Die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln ist in vollem Gange.

Ich hatte einmal einen Schabbat in der Synagoge von Rabbiner Schwedik verbracht. Heute sind das vier kleine Zimmer im Erdgeschoß eines Wohnhauses. Es gibt keine Schilder, keine Beschriftung an der Tür. Aber das wird sich bald ändern...

Ex-Soldaten in der jüdischen Gemeinde

Der Minjan in dieser Synagoge besteht aus ehemaligen Militärangehörigen, unter ihnen zwei Fregattenkapitäne, ein Arzt, ein Deckoffizier und auch ein ehemaliger Kommandeur eines Militärschiffes der Baltischen Flotte. Natürlich ging es bei den Schabbat-Gesprächen nach dem Kiddusch auch um Israel. Das Interesse war groß; man wusste auch über die Ausschreitungen an der Gaza-Grenze Bescheid. Beide Offiziere sprachen sich eindeutig für das Handeln der IDF aus: „Genau so muss man die jenen behandeln,

die an der Staatsgrenze Gewalt anwenden: Warnen, dass geschossen wird, falls sie nicht aufhören; und hören sie nicht auf – das Feuer eröffnen!“

Rabbiner Schwedik betonte: Die lokale Verwaltung habe zur jüdischen Gemeinde ein gutes Verhältnis, sie störe nicht, im Gegenteil: sie helfe, wo sie könne. Besonders jetzt, wo die Gemeinde eine Synagoge baut – nach alten Skizzen und Fotografien, an der Stelle, wo in Königsberg die Hauptsynagoge gestanden hatte.

Die neue Synagoge soll nicht nur zum Beten da sein

Ich war an dieser Baustelle, sah das Gebäude – groß und hoch ist es, durch den Fluss vom Dom getrennt. Ich fragte den Rabbiner, ob er sich keine Sorgen mache, dass dieses große Haus leer stehen würde. Aber der Rav ist optimistisch: Dieses Gebäude würde alle jüdischen Organisationen der Stadt beherbergen, der Sochnut inklusive. Es würde ein Zentrum jüdischen Lebens werden, wo die Menschen nicht nur zum Gebet hinkommen. Und das Wichtigste – es würde nicht nur der Stolz der Gemeinde und der ganzen Stadt sein, sondern auch derer, welche es vor-



Die Sochnut-Koordinatorin in Nowgorod, Frau Valentina Kuzmina

ziehen bis heute ihre jüdischen Wurzeln geheim zu halten. Rabbiner Schwedik befürchtet sogar, dass diese sich endlich zum jüdischen Volk Bekennenden so viele sein würden, dass die Kapazitäten für die

Arbeit mit ihnen nicht ausreichen werden würden. Das sind aber schon die Luxus-sorgen.

Unterdessen beschwerten sich Vertreter der anderen Konfessionen bei der Stadtverwaltung: Viel zu groß, viel zu schön sei das neue Gebäude, es würde nicht nur alle Häuser in der Stadt, sondern auch die Kirchen und die anderen Gebethäuser in den Hintergrund drängen. Die Stadtverwaltung will aber darauf nicht eingehen, der Bau schreitet voran. Zumindest von außen soll die Synagoge bald fertig werden – Rabbiner Schwedik hat vor, sie im November 2018, zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, zu eröffnen. Aber schon heute krönt der strahlende goldene Davidstern das noch nicht fertiggestellte Gebäude.

„Um jeden Zweifel auszuräumen: Es ist mir bewusst, dass unsere Anwesenheit hier nur einen temporären Charakter hat“, sagt Rabbiner Schwedik. „Die Zukunft des jüdischen Volkes liegt im Land Israel. Noch sind wir aber hier und müssen alles tun, damit die Juden zu ihren Wurzeln zurück finden. Dafür lebe und arbeite ich hier, in Königsberg. Dafür arbeite in der russischen Provinz die Sochnut.“



GREGORY'S JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Mazedonierin, Germanistin und Jüdin

Ein Interview mit Maja Susha von der jüdischen Gemeinde Skopje über die Juden in Mazedonien

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Susha, was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Juden in Mazedonien, über das die Welt Bescheid wissen sollte?

Maja Susha: Mazedonien ist ein Land, in dem die Juden bereits vor Jahrhunderten lebten, bauten, dienten, sich und das Land entwickelten. Es war aber auch ein Land, dessen jüdische Bevölkerung vom Holocaust nicht verschont blieb. 98 % der mazedonischen Juden wurden in das Vernichtungslager Treblinka deportiert. Nach der Vertreibung aus Spanien im Jahre 1492 wurde der Balkan ein neues Zuhause für die Juden der iberischen Halbinsel. Wir schätzen unsere sephardische Abstammung bis heute, so dass die wenigen von uns, die noch hier leben, dazu verpflichtet sind, die Tradition und Kultur zu vermitteln, die unsere Vorfahren hierherbrachten. Leider wurde alles, was unsere Vorfahren jahrhundertlang aufgebaut hatten, fast vollständig von den faschistischen bulgarischen Besatzern zerstört.

Vor dem Krieg gab es drei Gemeinden in Skopje, Bitola und Štip – heute nur noch eine in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens. Das, was wir nie vergessen dürfen, ist die Zeit des Holocausts. Am 11. März 1943 wurden 7.144 Juden aus Bitola, Štip und Skopje mit Gewalt aus ihren Häusern geholt und in die Tabakfabrik bzw. in das Vernichtungslager Treblinka gebracht. Am 22., 25. und 29. März wurden die Juden nach Treblinka deportiert, von wo niemand lebend zurückkehrte.

Die Erinnerung an die deportierten Juden wird nie enden und aus diesem Grund gibt es heute in der Innenstadt von Skopje ein Holocaust-Gedenkzentrum für die Juden Mazedoniens. Das



Maja Susha im Holocaust-Gedenkzentrum der Juden aus Mazedonien in Skopje

Juden besichtigt werden. Das ist ein Denkmal der Erinnerung, das zeigt, was jahrhundertlang in dieser Region passierte und natürlich ist es ein Denkmal des Holocausts, von dem leider auch die Juden aus Mazedonien betroffen waren. Das Holocaust-Gedenkzentrum ist ein Ort, wo eine Reihe von Dokumentarfilmen und Unterlagen zu sehen sind, und es wird dort natürlich auch eine im Detail erzählte Geschichte weitergegeben – über alles, was die Juden jahrhundertlang in Mazedonien kreierte.

sich mit einigen Details des religiösen Lebens dieser kleinen Gemeinde vertraut zu machen. Allerdings, wenn es eine Gelegenheit gibt, wäre es gut, die Tabakfabrik „Monopol“ zu besichtigen, weil sich während des Zweiten Weltkrieges an diesem Ort das Transitlager befand, von dem aus die Juden Mazedoniens nach Treblinka deportiert wurden.

Wenn die Besucherinnen und Besucher Mazedoniens die Möglichkeit haben, eine Weile im Land zu bleiben, wäre es eine wunderbare Gelegenheit ihr Wissen zu erweitern, indem sie die Ausgrabungsstätte „Stobi“ besichtigen. Weil sich dort die Reste der ältesten Tempel-Synagoge „Polihramova sinagoga“ aus dem 3./4. Jahrhundert n.d.Z. befinden. Es gibt aber auch

in den anderen Städten wie Bitola und Štip zahlreiche Informationen über die Juden aus Mazedonien. Die Stadt Bitola, vor dem Zweiten Weltkrieg als Monastir bekannt, war ein Zentrum der Juden und genau dort befand sich die größte jüdische Gemeinde dieser Zeit. In Bitola sollte der jüdische Friedhof aus dem Jahr 1498 nicht fehlen, der bis zum Zweiten Weltkrieg noch genutzt wurde.

Heute ist der Friedhof mit der Unterstützung der israelischen Botschaft und den enormen Bemühungen der lokalen Partner im Prozess der Reinigung und Restaurierung. Mit der Fertigstellung des Projektes wird dieser Ort einen Gedenkpark mit einer Jerusalem-Straße bilden, an dem sich eine Sonnenuhr befinden wird. Diese Uhr wird von dem mazedonischen Holocaust-Überlebenden Herrn Matti Grinberg, der heute ein berühmter Künstler in Israel ist, aufgebaut. Auch eine große Zahl jüdischer Geschäfte und Häuser können am Basar in Bitola besichtigt werden, und an einigen von ihnen ist immer noch der Davidstern zu sehen. Es ist interessant die Säule der Synagoge „Cal Portugal“ in Bitola zu besichtigen, die die einzige „Überlebende“ des Zweiten Weltkriegs ist. Leider wurden alle sechs Synagogen, die vor dem Krieg in Bitola existierten, von den faschistischen bulgarischen Besatzern zerstört.

Tatsächlich gibt es viel zu besichtigen und zu sehen, aber ich möchte betonen, dass in diesem Jahr wegen des 75-jährigen Gedenkens an die Deportation der Juden aus Mazedonien der größte Marsch der Überlebenden mit über 6.000 Menschen in Bitola stattfand. Sie liefen durch die Hauptstraße in Bitola „Širok Sokak“ und wollten die Botschaft verbreiten, dass Mazedonien seine Juden nie vergisst. In Štip gab es die kleinste Gemeinde vor dem Zweiten Weltkrieg, mit etwa 500 Mitgliedern. Leider gibt es heute in dieser Stadt keinen einzigen Juden, aber es lohnt sich, das Denkmal für die Opfer des Holocausts und den jüdischen Friedhof in der gleichen Stadt anzuschauen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie vie-

le Juden wohnen in Mazedonien und wie sieht ihr Leben heute aus?

Maja Susha: Die jüdische Gemeinde in Mazedonien ist heute sehr klein, gerade weil während des Holocausts 98 % der jüdischen Bevölkerung Mazedoniens in das Todeslager Treblinka deportiert wurden. Die Gemeinde zählt heute etwa 200 Mitglieder, die alle in Skopje leben. In Bitola gibt es nur eine Familie, und in Štip gibt es heute keinen einzigen Juden mehr. Die Juden aus Mazedonien leben ihr Leben genauso wie die anderen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir stehen vor den gleichen alltäglichen Problemen und selbstverständlich genießen wir die gleichen Rechte wie alle Bürgerinnen und Bürger, weil die jüdische Gemeinschaft in die Verfassung der Republik Mazedonien aufgenommen und amtlich anerkannt wurde. Die Gemeinde befindet sich im Zentrum von Skopje und ist ein Ort, an dem wir zusammen alle großen jüdischen Feiertage feiern und Zeit miteinander verbringen. Es gibt keine jüdische Schule in Mazedonien, weil die Anzahl der Mitglieder so klein ist, dass unsere Kinder in die staatlichen Grundschulen und weiterführenden Schulen gehen. Aber in der Gemeinde gibt es jede Woche einen organisierten Unterricht für die jüngsten Mitglieder, während die jungen Leute, Jugendliche und Studenten eingeschlossen, ihr eigenes Programm haben, wo sie ihre Aktivitäten das ganze Jahr über selbst organisieren. In der Gemeinde gibt es einen Frauenclub, wo unsere Mütter und Großmütter ihre Zeit verbringen und natürlich für die größten Feiertage unsere leckersten sephardischen Gerichte zubereiten. Außerdem ist die Gemeinde an vielen Aktivitäten außerhalb des Landes beteiligt, sodass unsere Mitglieder bei Konferenzen und Veranstaltungen dabei sind, die von anderen Gemeinden und jüdischen Organisationen in der Region und der Welt organisiert werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie ist das Zusammenleben zwischen den Juden, Muslimen und Christen in Mazedonien?

Maja Susha: Es gibt viel über die Zusammenarbeit zwischen Juden, Muslimen und Christen zu sagen, und meistens im positiven Zusammenhang. In unserem Land gibt es ein institutionelles Gremium, in dem alle Religionsgemeinschaften vertreten sind. Religiöse Leiter treffen sich fast jeden Monat, um Ideen auszutauschen, und bessere Bedingungen für das religiöse Leben zu schaffen. Das letzte Projekt, das unter der Überschrift „Zivilcourage in gefährlichen Zeiten“ lief, bezog sich auf die Rettung der mazedonischen Juden nach Albanien, wo das Forschungsteam eine Reihe von Dokumenten vorlegte, die die Rettung der Juden seitens der Muslime bewiesen.

Die Ausstellung, die das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem „Holocaust-Gedenkzentrum der Juden aus Mazedonien“, dem „Institut für kulturelles und geistiges Erbe der Albaner“ und dem „Institut für Nationale Geschichte“ war, wurde vor drei Jahren auch im mazedonischen Kulturzentrum in New York vorgeführt, wobei zwei Leiter der islamischen und jüdischen Religionsgemeinschaft aus Mazedonien anwesend waren.

Außerdem würde ich die Zusammen-



Kranzniederlegung am 11. März 2018 nach dem „Marsch der Lebenden“ am Holocaust-Denkmal in Bitola durch den mazedonischen Parlamentspräsidenten.

Zentrum ist ein Zeugnis dessen, was die Juden im Laufe ihrer Geschichte erschufen und womit sie konfrontiert waren.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wenn eine Touristin oder ein Tourist in Mazedonien die Geschichte der Juden in Mazedonien besser kennenlernen möchte, was würden Sie ihr/ihm empfehlen und warum?

Maja Susha: Zur Einführung in die Geschichte der mazedonischen Juden sollte natürlich zuerst das Holocaust-Gedenkzentrum der mazedonischen

Der Ort, an dem das Holocaust-Gedenkzentrum gebaut wurde, ist einzigartig, angesichts der Tatsache, dass sich vor dem Zweiten Weltkrieg in diesem Gebiet der Stadt ein ehemaliges jüdisches Viertel befand. Außerdem sollte auf der Reisekarte für Touristen die einzige Synagoge in Mazedonien „Beth Jacob“ aufgeführt werden, die die Säule des Judentums in Mazedonien darstellt. Die Synagoge ist klein, aber sehr wichtig für die Juden in Mazedonien. Hier haben die Touristen die Gelegenheit,

arbeit mit Deutschland erwähnen, die mit dem Projekt der Reinigung des jüdischen Friedhofs in Bitola begann. Deutsche evangelische Jugendliche kommen im Sommer nach Mazedonien und reinigen gemeinsam mit unseren Jugendlichen den jüdischen Friedhof. Zu unserer Freude waren die Jugendlichen auch am 11. März dieses Jahres an dem Marsch der Überlebenden anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation der mazedonischen Juden nach Treblinka anwesend.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie sind die politischen Beziehungen zwischen Mazedonien und Israel?

Maja Susha: Wir sind besonders stolz auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Mazedonien und Israel. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen auf der ganzen Welt Antisemitismus und Hass gegen die Juden zunehmen, muss ich sagen, dass wir in Mazedonien ein solches Problem nicht haben. Die jüngsten Treffen des israelischen Botschafters Dan Orian mit dem Premierminister der Republik Mazedonien, Herrn Zoran Zaev, führen zur Vertiefung der Zusammenarbeit in vielen Bereichen, wie Tourismus, Landwirtschaft und Wirtschaft. Ich möchte jedoch erwähnen, dass neben dem israelischen Botschafter und

standen?

Maja Susha: Die Gemeinschaft gibt es seit Langem, aber mit der Deportation der Juden nach Treblinka im März 1943 wurde ihre Arbeit vollständig eingestellt. 1945 wurde sie wieder aufgenommen, und es funktioniert bis heute. Letztes Jahr haben wir das ganze Jahr über den 75. Jahrestag seit der Erneuerung der jüdischen Gemeinde gefeiert, mit vielen Veranstaltungen, Konferenzen und Konzerten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie gestaltet sich Ihre Zusammenarbeit mit anderen jüdischen Vereinen außerhalb der Grenze Mazedoniens?

Maja Susha: Die Gemeinde war im ehemaligen Jugoslawien ein Teil der Föderation der jüdischen Gemeinden Jugoslawiens. Gewiss ist, dass mit der Unabhängigkeit Mazedoniens die Gemeinde die einzige jüdische religiöse Institution innerhalb der Grenzen des heutigen Mazedonien wurde, aber die Beziehungen hörten nie wirklich auf. Unsere Jugendlichen verbringen die Sommerferien mit anderen jüdischen Jugendlichen aus den ehemals jugoslawischen Ländern. Unsere Gemeinden organisieren außerdem Konferenzen, an der hunderte Juden aus Kroatien, Deutschland, Polen, Israel,

manistin mit Deutschland in Bezug auf das Judentum?

Maja Susha: Ehrlich gesagt: Meine Beziehung zum Judentum als Germanistin

Mazedonien. Aber es gibt immer noch viel zu tun. Mein größter Wunsch ist, dass ein spezieller Bildungsraum eröffnet wird, wo die Jüngsten von früh an



Der stellvertretende israelischer Verteidigungsminister Rabbi Ben-Dahan bei der Kranzniederlegung in Bitola.



Holocaust-Denkmal bei der Tabakfabrik „Monopol“, von wo aus die Juden aus Mazedonien nach Treblinka gebracht wurden.

stellvertretenden Verteidigungsminister Israels auch der Präsident der Versammlung der Republik Mazedonien am Marsch der Überlebenden in Bitola beteiligt war, zusammen mit dem Kulturminister der Republik Mazedonien und dem Bürgermeister von Bitola. Ich denke, dass dies genug über die Verbindung zwischen diesen beiden Ländern sagt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Judentum?

Maja Susha: Ich, als Mitglied der jüdischen Gemeinde in Mazedonien, deren jüdische Wurzeln in Sarajewo liegen, bezeichne mich selbst als mazedonische Jüdin und erziehe meine Kinder in dem Geist, ihre eigene Herkunft und Religion zu bewahren. Ich muss sagen, dass unsere Verbindung zu Judentum und Israel sehr tief ist, und ich möchte betonen, dass ich besonders stolz darauf bin, dass meine Kinder wissen, was sie in sich tragen. Meine Tochter Helena z.B. war im vergangenen Jahr Vertreterin Mazedoniens auf „Chidon Hatanach“ (Bibel-Quiz) in Israel. Sie hatte dort die Möglichkeit, junge Juden aus der ganzen Welt kennenzulernen. Sie ist auch Mitglied der größten jüdischen Teenager-Organisation BBYO mit Sitz in Washington D.C. und letztes Jahr wurde sie als Vorstandsmitglied von BBYO Balkans ausgewählt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie ist Ihr jüdischer Verein in Mazedonien ent-

Mazedonien und anderen Ländern teilnehmen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie ist Ihre Zusammenarbeit als Diplom-Ger-

ist professioneller Natur. Ein wichtiger Teil meiner Arbeit besteht in der Erforschung von Dokumenten, die mit den Juden des Zweiten Weltkriegs zu tun haben. Letztes Jahr war ich Vertreterin des Teams vom „Holocaust-Gedenkzentrum der Juden aus Mazedonien“, das sich mit Juden und Diplomatie befasste, und ich hatte die Gelegenheit, zwei Wochen in Berlin zu verbringen und das Staatsarchiv zu erforschen, das reich an Dokumenten ist, die sich auf die Besatzungszeit Mazedoniens während des Zweiten Weltkriegs beziehen. Alle Dokumente aus dieser Zeit sind in deutscher Sprache verfasst, so dass meine Sprachkenntnisse mir bei der Recherche und Analyse der Dokumente halfen. Ich bin also ein großer Vorteil auch für die anderen Forscher, die diese Sprache nicht sprechen, und sie brauchen immer Hilfe von einer Übersetzerin oder einem Übersetzer.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was sind Ihre Ziele und Visionen für die Zukunft?

Maja Susha: Bis jetzt wurden schon viele Sachen erreicht. Die Eröffnung des „Holocaust-Gedenkzentrums der Juden aus Mazedonien“ war in erster Linie eine Initiative der jüdischen Gemeinde aus

zu jüdischen Innovationen und Technologien, sowie zu jüdischer Kultur lernen können, die die Juden in die Region brachten. Interaktive Spiele und Seminare wären da ein nützliches Mittel. Es gibt noch viel zu tun, aber das größte Ziel ist, dass wir das nicht vernachlässigen, was unsere Vorfahren erschufen, und dass wir auf ihrem Weg weitergehen, nämlich eine bessere Zukunft für unsere Kinder schaffen, unabhängig von Religion, Nation und Ethnizität.



Das Interview führte Eleonora Josifovska, Germanistin und Dozentin aus Mazedonien

**Kampfkunstschule Mikoyan
Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung**

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht. Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr. Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA. Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment. Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben. Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Tanzen und Judentum: Israelische Tanz-Camps in Europa

Auch im Lande Kafkas wird israelischer Volkstanz immer populärer

Von Matti Goldschmidt

Tanzcamps in Europa? Mag es heute bereits etwa ein Dutzend solcher mehrtägigen Veranstaltungen pro Jahr geben wie etwa das Machol Finnland, Machol Baltica oder Machol Italia, so begann hier alles im Sommer 1978, als Maurice Stone über die vom ihm gegründete Israeli Folk Dance Association IFDA (später das Israeli Folk Dance Institute IFDI, danach mit drittem Anlauf das Israeli Dance Institute IDI) ein erstes Mal den Choreographen und ehemaligen Berufstänzer Moshiko Halevy zu einem fünftägigen Seminar, später bekannt als Machol Europa, einlud – im August 2018 nun in seinem 41. Jahr.

Natürlich war diese Idee nicht ganz neu: In den USA gab es bereits ein paar Jahrzehnte zuvor derartige Veranstaltungen, wenngleich sie thematisch meist in den internationalen Volkstanzbereich fielen; sieht man von der Arbeit des in Wien gebürtigen Fred Berk ab (vormals Friedrich Berger, 1910-1980), der bereits im Jahre 1961 sein erstes Camp Blue Star in North Carolina veranstaltete. Auf rein israelisch bezogen können wir im Falle Stones jedoch durchaus von einer Geburtsstunde für Frankreich sprechen.

Fünf Jahre später begann Benny Assouline in Frankreich über die Organisation Horaor mit seinem Mechol Hasalom, das mittlerweile zum 34. Male veranstaltet wurde. Vincent Parodi folgte 1984 mit seinem Fünftagescamp in Sylvanès (South France), wechselte jedoch 1998 nach Yenne (Savoie) in ein altes Kloster. 1993, weitere neun Jahre später, folgte Rik Knaepen aus Belgien mit seinem Rokdim Choref (= den Winter tanzen), bis heute durchgehend mit Moshiko Halevy, das 2001 terminlich von der Woche vor Weihnachten auf das Wochenende des (christlichen) Pfingsten (immer kurz vor dem Wochenfest = Shavu'oth) verlagert und namentlich zu Machol Aviv wurde. 1995 kam zum ersten Male das Machaneh Aviv zum Zuge (= Frühlingcamp), später mutiert zum Machol Germania und besser bekannt unter dem nach der Ortschaft benannten Pappenheim, welches seinerzeit mit Yankele Levi z¹ und bis dato 24 mal vom Israelischen Tanzhaus in München veranstaltet wurde (Das vom Tanzhaus veranstaltete Camp namens Hora Sheleg fand erst ab 2007 statt). 1999 schließlich folgten das von Gyorgy Ubul Forgacs initiierte Machol Hungaria mit Moshe Telem (Moshav Rishpon) wie auch das von Ondrej Novak organisierte Machol Czechia mit Boaz Cohen (Jerusalem); beide Camps feierten 2018 ihr jeweils 20. Jubiläum. Es würde den Platz sprengen, weiter nachfolgende Tanzcamps aufzuführen.

Will man in Bezug auf das Machol Czechia jedoch genau rechnen, fing alles eigentlich schon vier Jahre früher an. Bereits im Herbst 1996 begannen in Prag Helen Rothová (ab 1999 Divecká) und Linda Ledererová (ab 2010 Kisoová) mit dem Unterrichten israelischer Volkstänze – nicht ohne zuvor ihre neue Gruppe „Besamim“ (Duffhändler = scent merchands) genannt zu haben. Nur ein Jahr zuvor waren die Beiden Teilnehmer des 18. Machol Europa in Bedford (England) gewesen, eingeteilt



Flashmob: Tanz im Zentrum von Kralupy vor der Kirche „Nanebevzetí P. Marie a sv. Václava“ (1903 wiedererrichtet)

in die Gruppe für Anfänger, auf der sie während ihres zweiwöchigen Aufenthaltes gleich 32 für sie neue Tänze erlernten. Der aus den USA stammende Rechtsanwalt Evan Z. Lazar finanzierte damals die Reise sowie die Kursgebühren, während anfangs das „Drama Department of the Theatre Faculty within the Academy of Performing Arts in Prague“ (DAMU), später die jüdische Gemeinde von Prag sowie Bejt Praha (= das Haus von Prag) die Räume für die wöchentlichen Donnerstagskurse zur Verfügung stellten. Bejt Praha wurde im Herbst 1994 auf Initiative Lazars gegründet, wurde ein Jahr später ein eingetragener (gemeinnütziger) Verein und noch im selben Jahr Mitglied des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Tschechien.

Helen Rothová erklärte seinerzeit in einem Interview zu ihrem Engagement: „Wir dachten, es sei eine gute Idee, dass Leute, die bislang keine oder nur spärliche Kontakte zur jüdischen Gemeinde haben, letztendlich über das Tanzen eine jüdische Identität finden könnten“. Nach nur kurzer Zeit erschienen regelmäßig allwöchentlich bis zu 30 Teilnehmer. Auf diesen anfangs eher unerwarteten Erfolg aufbauend, begannen Rothová und Ledererová, an ein mehrtägiges Wochenendseminar zu denken. Sie nannten es in Anlehnung an Machol Europa „Machol Czechia“ und fanden in Lomnice (Lomnitz), ungefähr 35 Kilometer nördlich von Brno (Brünn), der zweitgrößten Stadt Tschechiens, die notwendigen Räumlichkeiten wie einen Tanzsaal sowie ausreichend Unterkünfte. Anfang Februar 1997, unter tänzerischer Leitung des Schreibenden, erlernte eine Gruppe von rund 30 ausschließlich tschechischen Tänzern 26 für praktisch alle Anwesenden neue Tänze, neben drei Paartänzen wie „Ge'ulim“ (Yankele Levi) etwa auch Anspruchsvolleres

wie „Be'er be-Sadeh“ (Rivka Sturman) oder „Wa-Yineqehu“ (Rayah Spivak). Die Begeisterung war so groß, dass man noch während des Camps selber spontan ein zweites Machol Czechia plante, welches Ende Juni 1997 wiederum in Lomnice abermals unter meiner Leitung stattfand, wobei der Unterricht mit nurmehr 13 Tänzen schon wesentlich anspruchsvoller wurde, darunter mit den außerhalb Israels äußerst populären „Raqdu Yekhefim“ (Choreographie: Shmulik Gov-Ari) oder „Halewai Alai“ (Moshiko Halevy).

Zwischenzeitlich kehrte Ondrej Novak von seinem einjährigen Studienaufenthalt in Israel zurück, wo er das erste Mal vor allem in Jerusalem mit israelischen Folkloretänzen in Kontakt kam, unter anderem auf den wöchentlichen Kursen von Boaz Cohen oder Yoram Sasson. Konsequenterweise nahm er 1998, dieses Mal begleitet von fünf weiteren Tschechen (einschließlich Rothová wie auch Ledererová) und subventioniert von der „American Joint Distribution“ ein erstes Mal am Machol Europa teil. Parallel dazu organisierten Rothová und Ledererová „Machol Czechia III“, für das nun Moshe Telem in das mährische Städtchen Velké Opatovice (Groß Opatowitz), etwa 60 Kilometer nördlich von Brno, eingeladen wurde. Unter der nun bereits auf rund 70 Personen gewachsenen Veranstaltung befanden sich auch Teilnehmer aus der Slowakei und Serbien (angeführt von Dina Dajč). Infolge des Ausscheidens Rothová aus familiären Gründen aus dem Prager Organisatoren-Team erklärte sich Novak bereit, mit einem kaum schlagbaren Sendungsbewusstsein einen kompletten Neuanfang zu wagen: Nachdem Boaz Cohen im Mai 1999 Gastreferent in Pappenheim war (Machol Germania), nutzte dieser die Gelegenheit, im selben Monat seinen Auslandsaufenthalt nach Tschechien

auszudehnen, um dort mit Nowak, ein letztes Mal unterstützt von Rothová, eine weitere Runde des Machol Czechia zu planen und eigentlich sofort umzusetzen: Die Geburtsstunde einer neuen Zählung war geboren, auch wenn das nun erste Machol Czechia, nota bene mit gleich drei Vorläufern, wiederum in Velké Opatovice stattfinden sollte – jetzt eben mit Cohen und in Begleitung von Gidi Eiko.

Nach diesem für Novak ersten Versuchsballon in Bezug auf die Organisation von mehrtägigen Tanzveranstaltungen nahm dieser ab September 1999 auch die Position des Tanzlehrers in Prag ein. Überdies hatte er nun mit einem Jahr ausreichend Zeit, ein weiteres Machol Czechia zu planen. Das hieß vor allem, einen neuen Veranstaltungsort zu finden, den man glaubte, in einem schlossähnlichen Gebäude in Rožtč (Rostiesch), etwa 70 Kilometer östlich von Prag, gefunden zu haben. Novak besuchte im April 2000 ein vom Israelischen Tanzhaus in München veranstaltetes Wochenendseminar mit Shlomo Maman, dem künstlerischen Leiter des alljährlichen Tanzfestivals in Karmiel, auf dem er erfolgreich Werbung für sein (in neuer Zählung) Machol Czechia 2 machen konnte: Circa ein Dutzend Teilnehmer aus Deutschland konnte er somit gewinnen, wie Nowak in einem Interview berichtet. Allerdings gaben nicht nur die Räumlichkeiten in Rožtč, vor allem aber auch die mindere Qualität der Mahlzeiten durchwegs zu Klagen Anlass. Deshalb wechselte man bereits ein Jahr später nach Seč (Setsch), 120 Kilometer östlich von Prag, und dieser Veranstaltungsort mit einem bekannten Stausee sollte für die kommenden neun Jahre erhalten bleiben. Neben dem festen Unterrichtsteam von Cohen und Eiko kam nun der erst kürzlich verstorbene David Sabag (Jerusalem) als fester Bestandteil

des Unterrichtsteams hinzu, im Jahre 2003 einmalig ergänzt durch Moshiko Halevy. In den nachfolgenden vier Jahren war die kleine Stadt Třešť (Triesch), etwa 150 Kilometer östlich von Prag, Veranstaltungsort des Machol Czechia, gefolgt ab 2013 von weiteren vier Jahren in Nymburk (Neuenburg), nurmehr etwa 60 Kilometer von Prag, nicht nur die Hauptstadt Tschechiens, sondern auch das Zentrum des israelischen Tanzes in Tschechien, entfernt. Zusätzliche und meist nur einmalig eingeladene Tanzlehrer waren in diesen Jahren u.a. Moti Menachem, Nurith Melamed, der aus Argentinien stammende Ilai Szpiezak, Eran Biton und ab 2016 als weiterer permanenter Tanzlehrer Eyal Ozeri (Sabag z“l ersetzend).

Wirkungsstätte Kafkas

Třešť, eine ehemals deutsche Sprachinsel innerhalb Böhmens, hatte um 1800 einen jüdischen Bevölkerungsanteil von rund 600 Personen, rund 20 % der damaligen Gesamtbevölkerung. In den Jahren 1900-1907 besuchte Franz Kafka dort wiederholt seinen Onkel Siegfried Löwy, der nicht nur Arzt war und u.a. auch Kafka behandelte, sondern als Pionier der Motorradfahrt galt. Kafkas Erzählung „Der Landarzt“ basiert wohl auf diverse Anekdoten aus dieser Zeit.

Im ersten Stock der Synagoge ist eine kleine Ausstellung über Franz Kafka und seinen Onkel zu sehen. Wie bereits in den Anfängen von 1997 waren die tschechischen Organisatoren durchwegs darauf bedacht, in jeder Ortschaft, in der ein Machol Czechia stattfand, oder zumindest im näheren Umkreis zumeist durch die Nazis vernichtete jüdische Spuren zu finden – etwa eine nicht mehr benutzte Synagoge, mitunter allerdings nurmehr einen Erinnerungstein an eine ehemals jüdische Einrichtung. Damit sollten nicht nur die sich in der Minderheit befindenden jüdischen Campteilnehmer auf ihre eigenen Wurzeln aufmerksam gemacht werden. Auch die nicht-jüdischen Teilnehmer, seien es einfach Freunde Israels aus überzeugter christlicher Überzeugung oder Teilnehmer aus reiner Freude am Tanzen, sollten mit den erloschenen Spuren der Vergangenheit vertraut gemacht werden.

Wer immer einen Blick hinter die Kulissen der Organisation einer größeren Tanzveranstaltung hat, weiß, wie viel für die meisten in diesem Bereich unsichtbare Arbeit steckt. So richtig Routine wird es niemals werden, weil beispielsweise die Küche eines neuen Kochs den Ansprüchen nicht mehr entspricht oder für das kommende Jahr nicht mehr ausreichend Betten im bereits bekannten Seminarhaus zur Verfügung stehen. Novak kann sich glücklicherweise seit über zehn Jahren auf ein festes Organisationsteam verlassen, wobei insbesondere Linda Kisová, die ja noch vor Novak aktiv war, Jana Mrláková, Milan Chatul Dvořák sowie David Steiner zu erwähnen wären. Und natürlich gehören dazu auch Novaks Ehegattin Zuzana Kisaková (nach ihrer Heirat im Jahre 2005 Novaková) und schließlich auch die beiden Töchter Novaks, die sich, dieses Jahr sechs- und zehnjährig, immer wieder auf ein neues Machol Czechia freuen. Ohne diese Unterstützung wäre neben seiner regulären Vollzeitarbeit als studierter Soziologe im Bereich Marketing die Organisation einer derartigen Veranstaltung unmöglich.

Das nach Novaks Zählung 20. Machol Czechia fand im Juli 2018 in Kralupy nad Vltavou, einer kleinen Industriestadt wenige Kilometer nördlich



Insbesondere junge Tänzerinnen und Tänzer finden Machol Czechia attraktiv. V.l.n.r. obere Reihe: Kesia Anna und Tabitha Grosová, Kája und Kristýna Kovaříková, Natali Supiková

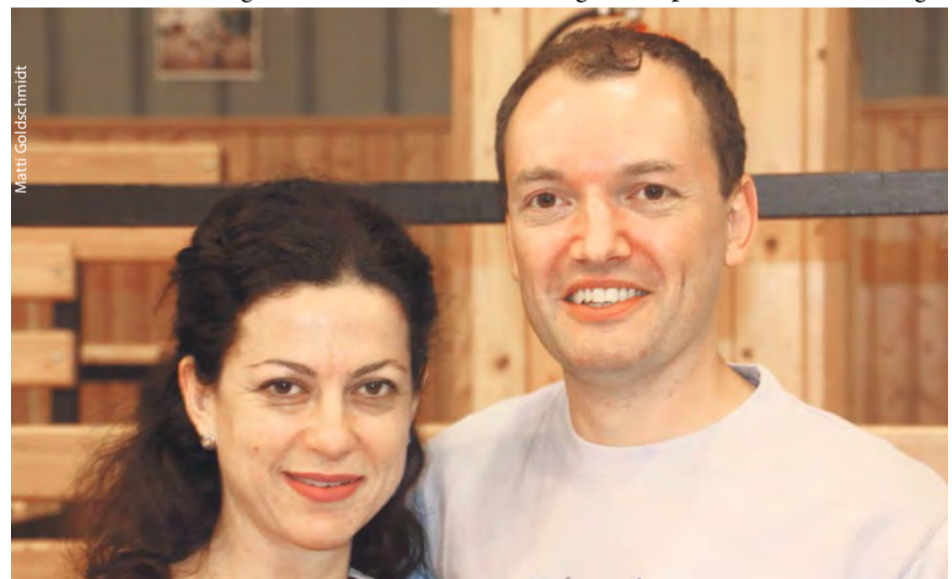
von Prag statt, deren Zentrum im II. Weltkrieg während der deutschen Besatzung von amerikanischen Bombern zerstört wurde. Unter anderem stehen beispielsweise von einer ehemaligen Synagoge nurmehr die Außenmauern, das Innere wurde total erneuert; die Räumlichkeiten sind derzeit von einer Konditorei belegt. Auch ist etwa vom ehemaligen Laden eines Zikmund Katz in der Žižková-Straße nichts mehr zu sehen. Infolge einer zu erwartenden weitaus größeren Teilnehmerzahl zum Jubiläum musste ein neuer Standort mit einer erhöhten Zahl verfügbarer Betten gefunden werden. Das Sports Hotel schien für die Aufnahme von rund 180 Teilnehmern gerüstet zu sein, auch wenn etwa ein Drittel der Teilnehmer nur die Hälfte der Tage anwesend war: Mussten die einen beispielsweise mittwochs und donnerstags arbeiten und konnten so nur am Wochenende teilnehmen, fuhren andere am Freitagvormittag bereits wieder ab, um rechtzeitig zu Schabbat-Beginn zuhause zu sein. Die Teilnehmer kamen natürlich nicht nur aus Tschechien selbst, sondern auch aus Ländern – neben Deutschland – wie Litauen, Polen, Österreich oder auch der Schweiz. Mit neun weiteren Teilnehmern aus Melbourne, Australien, sowie einigen sogar aus Israel kommend wurde diese Veranstaltung wirklich international!

Bemerkenswert mag sein, dass die Camps in Tschechien auch einen jeweils relativ hohen Anteil an jüngeren Teilnehmern vorweist. Kristýna Kíki Kovaříková zum Beispiel, 15-jährig, begann erst ein Jahr zuvor mit dem israelisch Tanzen, einfach „aus Liebe zu Israel“, wie sie entwaffnend meinte. Ihre aus etwa zehn Mitgliedern bestehende Gruppe in Brno trifft sich regelmäßig einmal wöchentlich. Natalia Supiková (21), Studentin der Sozialarbeit in Olomouc (Olmütz), der sechstgrößten Stadt Tschechiens, tanzt bereits seit elf Jahren israelisch. In ihrem Heimatort Třinec (Trzynietz) gleich an der Grenze zu Polen gründete sie ihren eigenen Tanzkreis mit etwa 15 regelmäßigen Teilnehmern. Tanzen bedeutet für sie ein Weg von tagtäglichen Routinen. Tereza Kazdová (19) aus Tisá (Tyssa) nahe Ústí nad Labem (Aussig) im Norden Tschechiens tanzt seit knapp drei Jahren und verpasste seit 2016 kein ein-

ziges Machol Czechia. Tomáš Moravka (30) aus Bystřice nad Olší (Bistrzitz) ganz im Osten Tschechiens arbeitet bei der staatlichen tschechischen Eisenbahn und tanzt seit etwa zwei Jahren. Ihm gefallen neben den schnellen und vielen orientalischen Rhythmen besonders die Texte israelischer Lieder, die „eine Nähe zu Gott“ aufweisen. Adéla Zacharová (30), Physiotherapeutin aus Jevíčko (Gewitsch), tanzt seit elf Jahren und lernt über das Tanzen nicht nur gerne neue Leute kennen, sondern interessiert sich auch allgemein für Israel.

an dem gemütlichen und preisgünstigen Restaurant namens „Rachel“ nurmehr der Name jüdisch. Eine dort ansässige Tanzgruppe namens „Yocheved“, bereits vor weit über 30 Jahren gegründet, besteht aus über 25 Mitgliedern und hat sich auf Tänze mit rein jüdischer Thematik spezialisiert.

Insgesamt zeigten Cohen, Eiko und Ozeri in vier Tagen 25 Tänze, ergänzt durch meinen eigenen Tanz „Shakharuth“, benannt nach einer Siedlung ca. 50 Kilometer nördlich von Eilath. Am Samstagabend präsentierten 25 ausge-



Der Campdirektor Ondrej Novak mit Ehegattin Zuzana, geboren in Košice (Kaschau, Slowakei)

Markéta Jánská (23), Konditorin aus Třebíč (Trebitsch), tanzt, seit sie vier Jahre alt ist. „Mir gefällt einfach die israelische Musik und insgesamt das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer Gruppe. Vor allem aber mag ich den Klang der Darbuka, einer orientalischen Trommel, sowie auch die hebräische Sprache.“ Eine besondere Aufmerksamkeit verdient in Třebíč das ehemalige jüdische Viertel, welches 2003 nach aufwändiger Restaurierung in die „UNESCO-Liste des Weltkultur- und Naturerbes der Menschheit“ aufgenommen wurde. Es ist damit, gemeinsam mit dem dazugehörigen jüdischen Friedhof, das erste selbständige jüdische Denkmal außerhalb Israels, das in das Verzeichnis der UNESCO-Denkmäler eingetragen wurde. Dass die jüdische Bevölkerungsanteil in Třebíč heute nahezu null ist, ist natürlich eine andere Geschichte. So ist etwa

wählte Tänzer eine von Cohen erstellte Choreographie. Als professioneller Musiker entpuppte sich Petr Gros mit seinen beiden Töchtern Tabitha und Kesia Anna Grosová. Und natürlich gab es zum Abschluss die seit Jahren bekannten leckeren Torten. Für ein Programm war also durchwegs gesorgt. Wie bei all solchen Veranstaltungen heißt es: Nach dem Camp ist vor dem Camp. Zwar kann das 21. Machol Czechia keine Jubiläumzahl vorweisen. Novak jedoch beginnt praktisch heute schon mit dem Planen.

Der jüdischen Gemeinde von Prag, die ihn und dieses Projekt praktisch von Anfang an finanziell unterstützt, möchte er abschließend ausdrücklich danken. Wobei natürlich nicht diejenigen treuen Camp-Teilnehmer vergessen werden sollen, die Jahr für Jahr immer wieder teilnahmen und somit dieses Tanzcamp mittlerweile zu einer Art Familienveranstaltung umfunktionierten.

Buchbesprechungen im Oktober

Kunst und Kabbalah

Gedächtnisbilder – Chava Pressburgers Impressionen in Papier



Von Dr. Nikoline Hansen

Erschreckend düster wirken die Bilder und Skulpturen der israelischen Künstlerin Chava Pressburger auf den ersten Blick. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – sind sie es wert, mit einem zweiten Blick gewürdigt zu werden. Es sind sehr persönliche Werke, in denen Chava Pressburger ihre eigene Vergangenheit aufscheinen lässt – und auch die Wege vermittelt, auf denen sie versucht, mit ihnen umzugehen, um eine Hoffnung für die Zukunft zu erspüren. So hat sie eine beeindruckende handwerkliche Fähigkeit entwickelt, Papier zu erschaffen, indem sie alte Techniken wiederaufleben lässt.

Dazu benutzt sie neben Altpapier Pflanzen, kocht die Masse zu einem Brei, um daraus individuelle Schönheit

entstehen zu lassen – Papier, das nicht nur einem Zweck dient, sondern selbst lebendig ist und so quasi den Tod überwunden hat. Diese Papierarbeiten inspirieren nicht nur ihre Bilder, sondern dienen auch als Material für Skulpturen. Besonders beeindruckend sind dann, wenn die persönliche Familiengeschichte in die Kunstwerke einfließt.

Der zweite Weg, den Chava Pressburger zur Bewältigung der Vergangenheit in ihrer Kunst wählt, ist spirituell inspiriert durch die Kabbalah, mit deren Hilfe sie zu ihren eigenen Wurzeln zurückkehrt. Die Kunst ist ihr Trost – die nur selten erfolgreiche Suche nach Antworten. Die Beschäftigung mit der Kabbalah ist für sie daher der Versuch einen Weg in eine Sphäre zu finden, in der sie Gott spüren kann. Elemente der kabbalistischen Lehre tauchen deshalb wiederholt in ihren Arbeiten auf,

etwa in dem Gemälde „Universum“, das in der von Ilka Wonschik verfassten Monografie zu finden ist, und das die Ordnung des Universums dem irdischen Chaos gegenüber stellt. Diese Bilder sind geprägt von einer mystischen Ausstrahlung, die von der Farbwahl geprägt ist.

Prag und Theresienstadt

Chava Pressburger wurde 1930 in Prag als Eva Ginz geboren. Ihr Vater war Jude, ihre Mutter Christin, die allerdings großen Wert darauf legte, ihren Kindern beide Religionen zu vermitteln. Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und ihre Gesetzgebung erhielt die Familie den sogenannten Status einer „privilegierten Mischehe“, wodurch ihr Vater bis kurz vor Kriegsende vor der Deportation geschützt war. Die Kinder zählten

als „Mischling 1. Grades“, weshalb sie ab dem 14. Lebensjahr in ein Konzentrationslager geschickt werden konnten. Am 28. September 1942 wurde ihr älterer Bruder Petr daher als erstes Familien-



Chava Pressburger in ihrem Atelier (2016)

mitglied nach Theresienstadt deportiert. Chava folgte im Mai 1944 und konnte so ihren Bruder noch einmal wiedersehen, ehe dieser im Herbst 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde. Dass er nicht mehr zurückkommen würde, erfuhr sie erst zwei Jahre nach Kriegsende.

Stalinistischer Kibbuz

Diese Erlebnisse haben ihre Kunst entscheidend geprägt. Nach der Befreiung von Theresienstadt durch die russische Armee am 9. Mai 1945 kehrte Chava Pressburger wenige Tage später nach Prag zurück. Hier lernte sie während einer von der zionistischen Bewegung Hatzair organisierten Reise ihren künftigen Ehemann Jindrich Pressburger kennen, mit dem sie – forciert durch die politische Situation in der Tschechoslowakei – nach Israel immigrierte. Auch hier kam es in dem Kibbuz, in dem beide sich ansiedelten, zu Problemen, da das Ehepaar die dort vorherrschende Kritiklosigkeit gegenüber Stalin nicht teilen konnte. So zogen sie nach Naharija. Zwar stand nun die

Sorge um den Lebensunterhalt im Vordergrund, trotzdem verfolgte Chava ihre künstlerischen Interessen konsequent, auch wenn sie das Angebot, an der Jerusalemer Kunstakademie zu studieren, aus finanziellen Gründen ablehnen musste. Ende der 50er Jahre zog die Familie mit ihren beiden Kindern nach Be'er Schewa, baute ein Haus und Chava konnte nun kontinuierlich an ihrer künstlerischen Weiterentwicklung arbeiten.

Dr. Ilka Wonschik ist es zu verdanken, dass Chava Pressburger nun auch in Deutschland einem weiteren Publikum bekannt gemacht werden kann. 2016 verfasste sie eine Künstlerinnen-Monographie, die im Verlag Hentrich & Hentrich veröffentlicht wurde und einen

sehr interessanten Einblick in die Biografie und das Schaffen der Künstlerin gibt, wie hier angedeutet. Wer sich für das Thema interessiert, dem sei dieses wunderbare Buch deshalb ausdrücklich empfohlen! In Bonn hat sie vom 21. Oktober für gut zwei Wochen eine Ausstellung der Künstlerin organisiert, die zuvor bereits in Leipzig zu sehen war.

Darüber hinaus recherchiert Dr. Ilka Wonschik seit acht Jahren zu dem Thema „Künstler der verschollenen Generation“. Die Ergebnisse ihrer Arbeit dokumentiert sie auf ihrer Webseite www.gedaechtnisbilder.com

Ilka Wonschik: *Chava Pressburger – Bilder Papierarbeiten – Skulpturen* Hentrich & Hentrich 2016, 180 Seiten, 142 Abbildungen € 24,90 ISBN: 978-3-95565-166-4

Chava Pressburger – *Impressionen in Papier* Bonn 21.10.-8.11.2018 Kurfürstliches Gärtnerhaus, Beethovenplatz 1, 53115 Bonn www.kienstlerforum-bonn.de

„Kaddisch für Babuschka“

Rezension des neuen Romans der Lemberger Autorin und Hochschuldozentin Marina Neubert

Von Dr. Nikoline Hansen

Marina B. Neubert ist eine der jüdischen Zuwanderer, die in den 90er Jahren aus Russland nach Deutschland kamen, um dem jüdischen Leben hier wieder neue Impulse zu geben und es zu stärken. Sie wurde in Lemberg (Ukraine) geboren und wuchs in Moskau auf, wo sie Literaturwissenschaft, Germanistik und Journalismus studierte. Jetzt lebt sie als Autorin und Hochschuldozentin in Berlin.

Ihr jüngstes Buch ist im Aviva-Verlag in Berlin erschienen, eine raffiniert verflochtene Erzählung, die sich um einen nicht immer einfach zu fassenden, aber deutlich dominierenden Mutter-Tochter-Konflikt rankt, und zugleich eine doppelte Perspektive bietet: Die der Ich-Erzählerin, die den Eindruck einer realen Begebenheit vermittelt, und in der dritten Person durch die Schilderung von Hannah, die auch gleich im ersten Satz der Erzählung auftaucht: „Ich habe von Hannah geträumt“. So weiß man auf den ersten Blick eigentlich nicht genau,

woran man ist. Es ist für den Leser daher auch nicht immer leicht, sich durch den Erzählstrang zu lavieren, der neben dem Mutter-Tochter-Konflikt auch eine Hommage an eine längst verlorene Welt sein möchte und diese in bruchstückhaften Erinnerungssynopsen heraufbeschwört. Einzig deutlich wird, dass das Judentum in der Ukraine schon lange im Untergang begriffen war. Dabei sind die einzelnen Sätze teilweise sehr kurz und wirken wie an einer Perlenschnur aneinandergereiht. Dies spiegelt auch die Kürze der Handlung, die auf vier Tage beschränkt ist, nämlich der Rückkehr der (doppelten) Protagonistin für wenige Tage in die Welt, die sie bei ihrer Umsiedlung zurückgelassen hat. Wie dem Titel zu entnehmen ist, geht es eigentlich um den Abschied von der Großmutter, die in der Ukraine geblieben und dort verstorben war. Symbolisch wird somit auch das Judentum vor Ort begraben, denn die Autorin kehrt am Ende nach Deutschland zurück.

Der sichtlich autobiografisch geprägte

Roman ist schlüssig aufgebaut und perfekt geschrieben, bleibt der Leser doch am Ende mit dem Gefühl der Leere zurück, die für das osteuropäische Judentum in weiten Teilen typisch geworden ist. Mit der Großmutter ist auch eine eigene Welt begraben worden, der Sehnsuchtsort bleibt.

Das Buch selbst ist sehr großzügig gesetzt, auch hier scheinen die Lücken das Lückenhafte, die weißen Stellen zu symbolisieren, die bleiben. Wer es haptisch und literarisch verschränkt mag, für den ist das Lesen ein Genuss.

Marina B. Neubert
Kaddisch für Babuschka
Aviva Verlag Berlin
2018, 192 Seiten € 18,-
ISBN: 978-3-932338-70-0



Erinnerungen des Schreckens

Vor 75 Jahren wurde das Ghetto von Wilna zerstört

Von Juri Wechsler

Ein besonderes Kapitel in der Geschichte des Holocaust bildet die Vernichtung von mehr als 200.000 Juden in Litauen während der deutschen Besatzung. Infolgedessen kam das Kulturphänomen „Jerusalem des Nordens“ (so bezeichnete man Wilna vor dem Krieg) zum Erliegen.

Über das Ghetto von Wilna gibt es zahlreiche Berichte. Einer der bekanntesten ist das Tagebuch von Mascha Rolnikaitė „Ich muss erzählen“, sowie die Erinnerungen des im Ghetto als Bibliothekar tätigen Herman Kruk, nach dessen Berichten der Dramaturg Joschua Sobol das Stück „Ghetto“ schrieb. Das im Jahr 2000 veröffentlichte Buch „Die Juden von Wilna“, das auf Aufzeichnungen von Grigorij Schur beruht, vervollständigt diese Reihe tragischer Berichte über den Holocaust in Litauen.

Wladimir Porudominskij hat diese Notizen gesammelt; er lebt seit 1994 in Köln, ist als Historiker und Biografie-Autor bekannt. Grigorij Schur war mit den anderen Bewohnern des Ghetto Wilna von den Nazis ermordet worden. Er war der Onkel von Porudominskij.

Der 89-jährige Wladimir Porudominskij erzählt:

„Grigorij Schur war der Mann der Schwester meines Vaters. Mein Vater stammte aus Wilna, und da lebte bis zum Krieg auch seine große Familie. Grigorij war 1889, mein Vater 1890 auf die Welt gekommen. Sie waren gute Freunde. Später dann ging Vater nach Deutschland, um Medizin zu studieren, da brach der Erste Weltkrieg aus und er schloss sein Studium in Kasan ab. Da war Wilna plötzlich Ausland, und ich sah Vaters Familie bis 1940 nicht mehr. Bis zum Ende der 1930er unterhielt er einen regelmäßigen Briefwechsel mit der Verwandtschaft, wobei die Anzahl der Briefe mit den Jahren immer geringer wurde ...

Ein mürrischer Beamter rettete unbeabsichtigt Wladimir Porudominskij's Leben

Da schrieben wir das Jahr 1940, Litauen wurde Teil der Sowjetunion (Anm. d. Red.: aufgrund der Aufteilung Osteuropas zwischen Hitler und Stalin im Zuge des Ribbentrop-Molotow-Paktes) und die Anzahl der Briefe stieg wieder an. Vater machte sich bereit, nach Wilna zu kommen. Zu dieser Zeit lebten noch seine Mutter, zwei Brüder und die Schwestern. Vater beschloss, auch mich mitzunehmen. Die Tickets hatten wir uns für den 21. Juni 1941 gekauft. Zwar lag Litauen nicht mehr im Ausland, doch benötigte man für eine Fahrt dorthin einen Passierschein, weswegen wir uns an die Polizei wandten. Der mürrische Milizionär meinte: „Das Limit ist bereits erreicht. Ihr fahrt am 26.!“ Wir in Aufregung: „Wir haben aber ein Ticket für den 21.!“ Er: „Zeigt mal her. Ihr bekommt neue am Bahnhof.“ Und so machte er seinen Stempel drauf und rettete uns damit das Leben. Denn am 24. Juni befanden sich bereits die Deutschen in Wilna, und keiner unserer Verwandten sollte die Stadt lebend verlassen. Ein Großteil der Familie fiel bald den Erschießungen zum Opfer, die anderen landeten im Ghetto und wohnten dort bis zu dessen Vernichtung. Lange krümmten ihnen die



Eine Straße im Ghetto von Wilna, der heutigen Hauptstadt von Litauen.

Deutschen kein Haar. Grund dafür war, dass mein Vater aus einer Familie von Kürschnern stammte. Mein Großvater väterlicherseits besaß eine große Pelzfabrik, die später vom Bruder meines Vaters geleitet wurde. Diese Fabrik stellte größtenteils Kleidung für den europäischen Adel her. Und dieser Onkel von mir, den ich nie gesehen habe und der einen Sohn (er starb zusammen mit dem Onkel) hatte, studierte einst in Paris Malerei und schuf eine neue Art von Kunst: er machte Teppich-Gemälde aus Pelz.

Der Onkel war den Deutschen nützlich

Dadurch waren all diejenigen, die für meinen Onkel arbeiteten, unter den Deutschen als Spezialisten für die Herstellung von warmer Bekleidung für die deutsche Wehrmacht begehrt. Dem Onkel gelang es, seine ganze Familie in dieses Business zu holen. Auch der Ehemann seiner Schwester, der zukünftige Autor Grigorij Schur, kam ins Boot. Vor der Revolution war er als Journalist

tätig gewesen, vor dem Einmarsch der Deutschen hatte er einen kleinen Elektrowarenladen. Schließlich fand er sich in dem Ghetto wieder und begann bald mit dem Aufschreiben seiner Erlebnisse. Er hegte den Wunsch, ein Buch über das Ghetto zu verfassen. Diese Schlussfolgerung zog ich, als ich seine Notizen las. Das, was er tat, war streng verboten (er hätte dafür erschossen werden können), zudem brauchte man ein paar Dinge, um überhaupt schreiben zu können. Dabei half ihm eine wunderbare Litauerin, die Bibliothekarin der Universität Wilna, Ona Simaite. Die später mit dem Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnete Simaite besuchte das Ghetto angeblich deshalb, um Bücher von jüdischen Studenten abzuholen. Sie brachte aber Essen und Briefe, half sogar Flüchtlinge zu verstecken. Im Jahr 1944 wurde Simaite von den Nazis verhaftet, gefoltert und in ein KZ auf französischem Gebiet gesteckt. Nach ihrer Freilassung

blieb sie in Frankreich. Sie brachte also meinem Onkel im Ghetto das Nötigste zur Ausübung seiner Arbeit, nahm seine Notizen an sich und versteckte sie unter dem Fußboden in der Universitätsbibliothek. Das waren verstreute Aufzeichnungen, aber ziemlich detaillierte. Die vielen Notizen häuften sich mit der Zeit.

Mein Onkel selbst hat, genauso wie seine Familie, außer der Tochter, die schwere Zeit nicht überstanden. Ein alter Pole, ein alter Freund, hat die Tochter retten können: er versteckte sie bis zur Befreiung der Stadt in seinem Quartier. Im Jahr 1944, nach der Befreiung von Wilna, kam das 18-jährige Mädchen zu uns nach Moskau und wohnte bis 1950, bis zu ihrer Heirat, mit uns zusammen. Sie heiratete einen litauischen Juden aus Kaunas, der ebenfalls viel durchgemacht hatte. Sie zogen zunächst nach Polen und wanderten dann nach Israel aus. Sie wusste von den Aufzeichnungen ihres Vaters, die Ona Simaite aufbewahrt hatte, und übergab diese an das nach dem Krieg

sie in Israel zu besuchen. Meine Frau und ich nutzten diese Chance sofort. Drei Monate blieben wir bei meiner Cousine und sie gewährte mir Einblicke in die Aufzeichnungen. Ich war mehr als beeindruckt, wurde doch zu dieser Zeit so wenig darüber gesprochen und geschrieben. Das muss auf jeden Fall veröffentlicht werden, sagte ich ihr. Einmal neue Kopien gemacht, begann ich in Moskau das Material für eine Publikation vorzubereiten. Viel Neues habe ich da erfahren. Und ich habe acht Jahre im Ghetto verbracht. Beeindruckt von den Infos, las ich auch andere Schriften

über diese Zeit. Ich fragte mich, in welchem Stil ich das Werk veröffentlichen sollte. Daraus eine wissenschaftliche Publikation zu machen erschien mir sinnlos, weil es Wiederholungen, stilistisch gute und weniger gute Phrasen enthält. So entschied ich, nach langem Überlegen, die Aufzeichnungen in geordneter Form als das zu veröffentlichen, was sie waren: ein Zeitdokument.

Ich wollte mich dem Willen des Autors beugen. Er schrieb, er danke im Voraus all denjenigen, die, vielleicht, eines Tages seine Texte finden und damit etwas Gutes anfangen werden. Für ihn, so schrieb er, sei es wichtig, dass diese Aufzeichnungen den Menschen erreichen. Er gab uns, den Nachkommen, das Recht, mit dem Material zu arbeiten. Ich beschloss, das Material chronologisch zu ordnen. Das Resultat gefiel mir. Danach blieb mir nur noch das Korrekturlesen und der Druck. Mit diesem Material reiste ich zunächst nach Deutschland. Ich glaubte, man würde sich darum reißen, zudem boten wir es sogar kostenlos an. Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, an den ich mich gewandt hatte, schickte mir ein Schreiben, in dem er sich für die Kontaktaufnahme bedankte und riet mir, mich nach einem geeigneten Verlag umzusehen.

Unverhofft bekam ich Besuch von einem Herrn aus den Niederlanden, mit dem ich mich über diese Geschichte unterhalten hatte. Er meinte: Ich werde da mal was versuchen und es dich dann wissen lassen. Nach einer Weile erhielt ich ein Schreiben vom niederländischen Verleger Jan Metz, der mir sein Interesse bekundete. Ich schickte ihm das Manuskript, und er hat es dann veröffentlicht. Doch vorher war er nach Wilna gereist, er verglich das Original mit dem Material, das ich ihm zugeschickt hatte. Schließlich kam das Buch in Niederländisch auf den Markt. Es kam anschließend in sechs Sprachen heraus, einschließlich einer russischen Ausgabe. Ich bedauere allerdings, dass das Werk nicht in polnischer und englischer Sprache erschienen ist, denn dann könnte es z.B. von Menschen in den USA gelesen werden, die sich für die Geschichte der Juden und das Thema Holocaust interessieren.“

Übersetzung aus dem Russischen:
Edgar Seibel

„ Der ermordete Autor schrieb, er danke im Voraus all denjenigen, die vielleicht eines Tages seine Texte finden und damit etwas Gutes anfangen werden. “

entstandene Jüdische Museum in Wilna.

Dieses wurde bald geschlossen, und eine große Anzahl von Dokumenten, die im Ghetto gefunden worden war, wurde zur Verarbeitung in eine Papierfabrik transportiert. Eine Zeit lang wussten wir nicht, was genau mit den Aufzeichnungen meines Onkels passiert war. Doch als meine Cousine in den 1950er Jahren nach Wilna zurückkehrte, teilte sie mir mit, dass sie erfahren habe, dass die Notizen noch existierten und sie sich in den Archiven des Staatlichen Museums der Revolution befänden. Sie nahm Kontakt auf zu einer Bekannten, die in dem Museum arbeitete, und die war für einen gewissen Geldbetrag bereit die Aufzeichnungen abzudrucken.

Die Cousine nahm die Kopien erst mit sich nach Polen, danach nach Israel. Nachdem sie 1957 ausgereist war, hatten wir jahrzehntelang keinen Kontakt, bis ich 1989 die Möglichkeit bekam,

„Dieser Junge wird weit kommen!“

Menachem Begin zum 105. Geburtstag

Von Juri Pereversev

Menachem Begin, der siebte israelische Ministerpräsident (1977 - 1983), ist als der erste bedeutende Politiker des jüdischen Staates in die Geschichte eingegangen, der praktische Schritte zum Frieden mit den arabischen Nachbarn unternommen hat. Der Friedensvertrag, basierend auf dem Camp-David-Abkommen von 1978 unter Vermittlung von Jimmy Carter, der am 26. März 1979 von Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat unterschrieben wurde, kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Dennoch war dieser Vertrag ein bedeutender Schritt der israelischen Außenpolitik und verschaffte dem jüdischen Staat eine Atempause im unaufhörlichen Kampf gegen die arabischen Angreifer. Heutzutage steht Israel in jeder Hinsicht stark und stabil seinen Nachbarn gegenüber, sodass die arabischen Staaten es vorziehen, von größeren militärischen Provokationen abzuweichen. Damals aber, in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, war die Situation eine andere. Und Menachem Begin war wohl zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Mieczyslaw Biegun – so lautete sein Geburtsname – wurde am 18. August 1913 im polnischen Brest-Litovsk, damals Teil des Russischen Kaiserreichs, geboren. Sein Vater Dov Seev, bei der jüdischen Gemeinde als Sekretär tätig, war einer der ersten bekennenden Zionisten der Stadt und vermittelte diese Ideen auch seinem Sohn.

Mit zehn Jahren trat Menachem der internationalen linken Jugendorganisation HaSchomer-HaZa'ir, einer Art jüdischer Pfadfinder, bei. Mit 16 schloss er sich dem revisionistischen Flügel der zionistischen Bewegung an und wurde Mitglied der zionistischen Jugendbewegung Bejtara. Begin absolvierte eine jüdische Religionsschule und ein Gymnasium in Brest-Litovsk, und schrieb sich an der juristischen Fakultät der Warschauer Universität ein. 1931 wurde er in den Vorstand der polnischen Bejtara gewählt, zwei Jahre später zum Leiter des Bejtara in Brest. 1936 leitete Begin, inzwischen Magister der Rechtswissenschaften, den Bejtara-Ableger in der Tschechoslowakei und wurde 1938 Bejtara-Chef in Polen. Zugleich war er Mitglied des Zentralkomitees der polnischen revisionistisch-zionistischen Bewegung. Er war immer aktiv und legte großen Wert darauf, die besten Ergebnisse zu erzielen, war dabei allerdings äußerst radikal.

Seine ganze Familie wurde ermordet

Es kam sogar vor, dass er sich dem Anführer der Bewegung und seinem Mentor, Wladimir (Seev) Jabotinsky, widersetzte. (Es war Jabotinsky, der einmal bemerkte: „Dieser Bursche wird weit kommen.“) So war es 1936, als sich im britischen Palästina-Mandat arabische Unruhen ausbreiteten: Entgegen der Meinung Jabotinskys forderte Begin entschiedene Maßnahmen; auch 1939, nach den von Arabern durchgeführten antijüdischen Pogromen, organisierte er eine Massenkundgebung vor der britischen Botschaft in Warschau, wurde von der polnischen Polizei festgenommen und verbrachte sechs Wochen in Haft.

Als Leiter der polnischen Bejtara fing Begin an, Zellen der paramilitärischen Untergrundorganisation Irgun Tzwa' Le'umi aufzubauen und versuchte, Mas-

seneinwanderung polnischer Juden nach Palästina durchzusetzen. Nach dem Überfall Nazideutschlands auf Polen bot Begin der polnischen Regierung die Aufstellung einer Einheit an, bestehend aus Bejtara-Mitgliedern; dies wurde abgelehnt. Als die deutschen Truppen einrückten, floh Begin nach Wilna und wurde dort 1940 von der sowjetischen



Menachem Begin im Jahre 1948

Besatzungsmacht verhaftet und als „Agent des britischen Imperialismus“ und als „sozial gefährliches Element“ zu acht Jahren Zwangsarbeit im Lager verurteilt. Ein Jahr darauf kam er aber als polnischer Staatsbürger gemäß dem Sikorski-Mauski-Abkommen frei. Doch nicht wissend, dass alle seine Familienangehörigen von den Nazis ermordet worden waren, schloß sich Begin den in der UdSSR gebildeten polnischen Streitkräften unter dem Kommando von General Anders an und gelang 1942 mit der Anders-Armee nach Palästina.

Das Attentat auf Lord Moyne

1943 quittierte Begin den Armeedienst und widmete sich fortan gänzlich dem Kampf für die Entstehung eines jüdischen Staates. Im Dezember wurde er Anführer des Irgun Tzwa' Le'umi und im Januar 1944 rief er zum Widerstand gegen die britische Herrschaft in Eretz Israel auf. Unter der Führung Begins war der Irgun für zahlreiche Angriffe auf britische Militärangestellte und durch die Briten verwaltete Objekte verantwortlich, unter anderem für den Sprengstoffanschlag auf das englische Stabsquartier im King David-Hotel 1946 in Jerusalem. Dies löste eine Repressionswelle der Briten aus. Begin wurde gesucht, und die Belohnung war enorm: Sie betrug 10.000 £. Währenddessen lebte er mit seiner Familie in Tel Aviv; seine falschen Papiere wiesen ihn als Jeschiwa-Schüler aus.

Als am 6. November 1944 Mitglieder der sich vom Irgun abgespaltenen radikal-zionistischen Untergrundorganisation Lechi (Lochamej cherut Israel) in Kairo den Mord an dem britischen Kabinettsmitglied Lord Moyne verübten*, verurteilte der Irgun das Attentat. Die Entscheidung der Irgun-Leitung, aus Angst vor möglichen massiven Repressalien der Briten gegen den ganzen Jeschuwa, jeglichen bewaffneten Kampf einzustellen, wurde jedoch abgelehnt.

Um das Bild des jüdischen bewaff-

neten Widerstandes gegen sowohl die britische Herrschaft, als auch gegen die arabischen Angriffe zu vervollständigen, muss man hier noch eine Untergrundorganisation erwähnen – nämlich die Hagana, welche 1920 zum Schutz jüdischer Siedlungen gegründet und ab dem Jahr 1929 von der zionistischen Bewegung angeführt wurde.

Hagana-Kämpfer übergaben Irgun- und Lechi-Kämpfer an die Briten

Wenn während des Krieges die Hagana noch Freiwillige aus dem Jeschuwa aufgerufen hatte, in der britischen Armee zu dienen, so begriff sie nach Kriegsende, dass die Engländer nicht vorhatten, Palästina zu verlassen, und so wurde aus einem Verbündeten der Briten ein unerbittlicher politischer Gegner. Dennoch hatte die Hagana damals, 1944, die Entscheidung, den bewaffneten Kampf einzustellen, unterstützt. Mehr noch: Deren Mitglieder nahmen Kämpfer des Irgun und der Lechi fest und übergaben sie an die britischen Behörden. Die Hausdurchsuchungen dauerten fünf Monate an; als Folge wurden 120 Irgun- und Lechi-Kämpfer festgenommen und im Oktober 1944 nach Eritrea deportiert. Darüber hinaus drängten die Engländer alle jüdischen Organisationen, Irgun- und Lechi-Mitglieder auszuliefern.

Der Jeschuwa-Vorstand weigerte sich: Es drohte sonst ein Bürgerkrieg. Die jüdischen Einwohner Palästinas waren empört über die Verfolgung der Irgun-Mitglieder durch die Hagana (die sogenannte Operation „Saison“). Eine ganze Reihe von Verhandlungen fand zwischen den Anführern der Hagana und des Irgun statt. Man teilte Begin mit, dass sich der Jeschuwa-Vorstand gegen die terroristischen Aktivitäten ausgesprochen habe. Wie bereits erwähnt, lehnte Begin es kategorisch ab, auf Anschläge und Sabotageakte zu verzichten. Im April 1945 wurde die Operation „Saison“ beendet, die Atmosphäre im Jeschuwa blieb dennoch angespannt. Auch innerhalb der Hagana gab es Unstimmigkeiten bezüglich einer Zusammenarbeit mit Irgun und Lechi: Während die einen befürchteten, dass diese Organisationen die Hagana auf den Weg des Terrors zwingen würden, meinten die anderen, dass nur großangelegte gemeinsame Aktionen die Sympathie der Weltöffentlichkeit hervorrufen könnten.

Für die Kooperation sprach sich Ben-Gurion aus, und so entstand 1945 die Be-

wegung des jüdischen Widerstandes. Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, schloß sich Begin der Bewegung an; Lechi lehnte erst ab, willigte später jedoch ein. Es folgten gemeinsame Militäroperationen, bei denen der Irgun an der Spitze stand. Diese Operationen hatten im Wesentlichen die Entscheidung der Briten, sich aus Eretz Israel zurückzuziehen, beeinflusst.

Fast kam es zum inner-jüdischen Bürgerkrieg

Nachdem der Staat Israel 1948 ausgerufen wurde, löste Begin den Irgun auf. Es gelang ihm, mit der Übergangsregierung des jüdischen Staates eine Abmachung darüber zu treffen, dass die Irgun-Einheiten, insgesamt etwa 10.000 Kämpfer, in die neuen, gerade entstehenden israelischen Streitkräfte aufgenommen werden würden. Offiziell war Jerusalem zu diesem Zeitpunkt kein Teil des jüdischen Staates und nach Begins Auffassung galt diese Abmachung nicht für Jerusalem. Dementsprechend agierte der Irgun in der Stadt weiterhin eigenständig. Als am 20. Juni 1948 das Schiff Altalena mit Waffen an Bord im Hafen von Tel Aviv angekommen war, hatte Begin vor, vier Fünftel der Waffenlieferung an die neugeschaffene israelische Armee zu übergeben und sich, also den in Jerusalem kämpfenden Irgun-Gruppen, nur das Nötigste zu lassen. Die israelische Regierung jedoch forderte von Begin die komplette Waffenübergabe. Begin lehnte ab; daraufhin ließ Ben-Gurion das Schiff, teilweise noch mit Waffen an Bord, zerstören. Diese Aktion hätte einen Bürgerkrieg entfachen können; um das zu verhindern, hielt Begin im Radio eine Rede und rief seine Mitstreiter auf, „den Krieg um jeden Preis abzuwenden“.

Nach der Altalena-Tragödie sah Begin, dass es kaum möglich war, als Anführer einer revisionistischen Bewegung den zionistischen Sozialisten, welche den Regierungskern darstellten, auf einer politischen Ebene entgegenzutreten. Im Oktober 1948 gründete er die Cherut-Partei („Freiheit“) und wurde infolge der ersten israelischen Wahlen am 25. Januar 1949 als ihr Vorsitzender in die Knesset gewählt. Seine Partei erwarb 11,5 % der Stimmen, und nach diesem Erfolg stand Begin als anerkannter Anführer der ganzen revisionistischen Bewegung da.

Gegen eine Annäherung an Deutschland

Als ideologische Basis diente der Cherut-Partei das revisionistische Konzept Jabotinskys – das Prinzip „Chad Ness“ (eine einzige Fahne). In der Praxis bedeutete das: Ein einheitliches nationales Ziel (im Gegensatz zum zweieitlichen Charakter der zionistisch-sozialistischen Bewegung); absolute Priorität der Staats- wie Nationalinteressen den Klasseninteressen gegenüber; ein rechtsliberales Wirtschaftsprogramm, d.h. Entwicklung einer liberalen Gesellschaft bei minimaler Einmischung des Staates sowohl in die Wirtschaftsprozesse als auch in das gesellschaftliche Leben; Erweiterung der Souveränität des Staates auf das gesamte Territorium von Eretz Israel; Aufnahme der Beziehungen zu den benachbarten arabischen Staaten, allerdings aus einer Position der Stärke heraus.

Begin sprach sich außerdem entschieden dagegen aus, bilaterale Beziehungen zu West-Deutschland zu pflegen.

Als Ben-Gurion am 7. Januar 1951 in der Knesset die Frage der deutschen Re-

parationszahlungen zur Diskussion gestellt hatte, stand Begin, gemäß seinen Prinzipien, keinerlei Kontakte zur BRD zu haben, an der Spitze der massenhaften Proteste. Die Demonstranten versuchten, ins Knesset-Gebäude einzudringen, die Polizei setzte Tränengas ein, es flogen Steine, die Fensterscheiben im Gebäude wurden zerschlagen. Daraufhin durfte Begin drei Monate lang an keiner Knessetsitzung mehr teilnehmen, seine Partei gewann aber an Popularität und machte den durch Ben-Gurion verhängten Boykott der Cherut-Partei zunichte.

1965, kurz vor den sechsten Knesset-Wahlen, gelang es Begin, aus der Cherut und der Liberalen Partei einen Block namens „Gahal“ zu bilden. Später, als 1973 die Wahlen bevorstanden, schlossen sich auf Initiative von Ariel Scharon einige oppositionelle Fraktionen dem Gahal an; so entstand der Likud-Block. Und damals, 1967, im Jahr des Sechstage-Krieges, schlug Begin die Bildung einer nationalen Einheitsregierung vor, in der er selbst Staatsrat wurde. Am 5. Juni – dem Tag des Kriegsbeginns – forderte Begin von der Regierung, der IDF die Befreiung der von Jordanien okkupierten Jerusalemer Altstadt aufzutragen. Zeitgleich beteiligte sich Begin an der Vorbereitung der Gesetzgebungsakten zur Vereinigung und Erweiterung Jerusalems und brachte damit die Entscheidung der Regierung auf den Weg, welche der israelischen Armee erlaubte, im Falle eines fehlenden Friedensvertrages mit der arabischen Seite innerhalb der Waffenstillstandslinien zu verbleiben.

Beginns Partei wird immer populärer

1969, bei den siebten Knesset-Wahlen, bekam Beginns Gahal 21,7 % der Stimmen und 26 Sitze; den Block repräsentierten im Koalitionskabinett sechs Minister, darunter auch Begin. Er trat aber bereits im April 1970 zurück, weil die Regierung unter Golda Meir sich bereit erklärt hatte, Friedensgespräche mit Arabern auf der Basis der UNO-Resolution Nr. 242 aufzunehmen, was für Israel einen Kompromiss in den Territorialfragen bedeuten würde, insbesondere Judäa und Samaria betreffend, welche im Laufe des Sechstagekrieges eingenommen wurden.

Im August 1970 zog sich Gahal aus der Koalition zurück – zu viele Differenzen gab es in der Frage, ob man den Vorschlag der USA, die Truppen von den Golanhöhen und von der Sinai-Halbinsel teilweise abzuziehen, unterstützen sollte.

Begin spielte eine erhebliche Rolle bei der Erarbeitung einer gemeinsamen ideologischen Basis des neuen Blocks Likud. Das Programm beinhaltete anschließend folgende Punkte:

- Israel verfügt über das moralische sowie historische Recht auf das ganze Territorium des Eretz Israel;
- die loyale arabische Bevölkerung muss, unter Beibehaltung ihrer nationalen und kulturellen Traditionen, in alle Sphären des öffentlichen Lebens des Staates Israel integriert werden;
- der arabischen Bevölkerung in Judäa, Samaria und Gaza – den seit 1967 unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten – muss das Recht eingeräumt werden, frei zu wählen, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen oder die Staatsbürgerschaft des jeweiligen arabischen Landes beizubehalten;
- im Bildungswesen müssen deutliche Akzente auf den jüdischen Charakter Israels gesetzt werden; die Verbindung mit dem nationalen Erbe des jüdischen Volkes muss deutlich unterstrichen und die Beziehungen zu den Juden in der Diaspora müssen gestärkt werden;
- es müssen unverzüglich Schritte unternommen werden mit dem Ziel, die

Ungleichheit zwischen den verschiedenen Gruppen der jüdischen Bevölkerung, zu beseitigen; in ersten Linie zur Verbesserung der Lebensqualität, insbesondere des sozialen, des wirtschaftlichen und des Bildungsstatus von Immigranten aus den orientalischen Ländern.

Erster „rechter“ Regierungschef Israels

Die Umsetzung dieses Programms konnte in den nachfolgenden Jahren begonnen werden, nachdem Likud bei den Wahlen 1977 und 1981 die meisten Stimmen bekommen hatte – jeweils 43 und 48 Mandate. Als Likuds Anführer leitete Begin die Koalitionsregierung. Diese Regierung war die erste, bei der die israelische Arbeiterpartei MAPAM, die sozialistische Prinzipien repräsentierte, nicht an der Spitze stand.

Beginns Gegner wurden nicht müde, in der israelischen Öffentlichkeit die Meinung zu verbreiten, dass die „rechte“ Partei an der Macht nicht nur jegliche



Begin 1948 als Gefangener des kommunistischen NKWD (später KGB)

Chancen auf ein Friedensabkommen mit den Arabern zerstören, sondern auch zu einem neuen Krieg führen würde. Viele vertraten sogar die Meinung, dass Begin in seiner Funktion eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Likuds Sieg stellte den Anfang tiefgreifender Veränderungen dar. Den Großteil der Likud-Wählerschaft bildeten die sozialen und politischen Gruppen, welche sich bis dahin an der Peripherie der israelischen Gesellschaft befanden. Diese Veränderungen hatten viele als eine Zerstörung der Ideale des „alten Israels“ empfunden und als eine Machtübergabe in die Hände derer, die als sozial fremdes Element wahrgenommen worden waren.

Eine entscheidende Rolle bei Likuds Sieg spielten die Angehörigen der orientalischen Gemeinden – sie sahen in Begin einen wahren Repräsentanten des Volkes mit dem tiefen Verständnis für ihre existentiellen Nöte. Auch die hohe persönliche Popularität Beginns verhalf dem Likud zum Wahlsieg.

In der zweiten Koalitionsregierung, am 5. August 1981 von Begin zusammengestellt, wurde die Cherut-Linie dominant. Entgegen den Behauptungen vieler seiner Gegner untergrub Begin keine demokratischen Grundsätze; er war jedoch extrem pedantisch in rechtlichen Fragen, was ihm nicht wenige als übertriebenen Formalismus vorwarfen.

Liberalisierung der Wirtschaft und Zuwachs des religiösen Einflusses

Die Basis der beiden von Begin geführten Regierungen bildete die Koalition zwischen dem Likud, der national-religiösen Partei Mafdal und den übrigen religiösen Parteien. Diese Zusammenarbeit war nicht nur der politischen Notwendigkeit geschuldet, sondern entsprach auch Beginns Lebenssicht, der sich als Vorkämpfer der jüdisch-religiösen Tradition sah. Beginns Regierung brachte eine Reihe von Gesetzen auf den Weg, welche das orthodoxe Judentum im Land stärkten. Während der zweiten Amtszeit wurde der Einfluss der religiösen Parteien auf

die gesetzlichen Initiativen der Regierung immer spürbarer.

Beide Regierungen unter Führung Beginns unternahmen viel im Bereich der Liberalisierung der israelischen Wirtschaft, die bisher unter massiver staatlicher Kontrolle litt und eine Vielfalt überflüssiger zentralisierter Infrastrukturen sozialistischer Art aufwies.

Begin verfolgte eine Außenpolitik mit den folgenden strategischen Zielen:

die geopolitische Lage Israels im Nahen Osten zu konsolidieren; die militärische sowie politische Zusammenarbeit mit den USA zu stärken; die syrische Kontrolle über den Libanon zu verhindern; die historischen Rechte Israels auf Judäa, Samaria und den Gaza-Streifen durchzusetzen. Die Realisierung dieser Ziele führte, unter anderem, zum Abschluss des Friedensvertrages mit Ägypten (was 1978 beiden, Begin und Sadat, den Friedensnobelpreis einbrachte).

Schutz gegen Syrer und Bombardement des irakischen Atomreaktors

Darüber hinaus erweiterte die Regierung die Zuständigkeit Israels auf die Golanhöhen; Begin erteilte den Befehl, syrische Hubschrauber, die in Libanon Stellungen der Christen attackierten, abzuschießen; ordnete an im Irak einen einsatzbereiten Atomreaktor nahe Bagdad zu zerstören; gab das Kommando die Hauptquartiere der terroristischen Organisationen in Beirut zu bombardieren; auch die Operation „Frieden für Galiläa“ (in die Geschichte eingegangen als Libanonkrieg 1982), wurde auf Beginns Befehl hin durchgeführt.

Die Zugeständnisse an Ägypten – vor allem, die Evakuierung israelischer Siedlungen auf dem Sinai – haben bei Teilen der israelischen Gesellschaft für großen Unmut gesorgt; der hielt jedoch nicht lange, weil alle wussten: Wenn Begin als bekannter Maximalist einen solchen Schritt hinnehmen musste, dann war es der einzige Weg. Außerdem galt die Bereitschaft Beginns Zugeständnisse zu machen nicht dem historischen Territorium des Eretz Israel.

Und während seiner Amtszeit begann die intensive jüdische Ansiedlung in Judäa, Samaria und im Gaza-Streifen, sodass sich die Bevölkerungszahl dort verdreifachte: Von 7.100 Ende 1976 bis 23.700 im Jahre 1983. Mitte der 1980er Jahre wurden erneut große Bauprojekte fertiggestellt; die Anzahl der jüdischen Bevölkerung stieg erneut um das Dreifache.

Diese Politik sorgte in der westlichen Welt für großes Missfallen; man versuchte, auf Israel Druck auszuüben, wirtschaftlich wie politisch. Auch innerhalb Israels wurden heftige politische Diskussionen geführt, unter anderem, über die Möglichkeit einer arabischen Autonomie in Judäa, Samaria und im Gaza-Streifen. Hinzu kam die täglich steigende Zahl der Opfer unter israelischen Armeeangehörigen; die israelische Gesellschaft war in der Kriegsfrage tief gespalten, die Massenproteste gegen die Regierung nahmen zu. All das wurde zu einer schweren mentalen Belastung für Begin; im November 1982 starb seine Frau Aliza, die ihn sein ganzes Leben begleitet hatte, und am 10. Oktober 1983 trat Begin von seinen Ämtern zurück; seinen Posten als Ministerpräsident übernahm Jitzhak Schamir.

Bis zu seinem Tod am 9. März 1992 lebte Begin in seiner Jerusalemer Wohnung; er mied offizielle Treffen, ging jedoch regelmäßig in die Synagoge.

Seine Popularität innerhalb der israelischen Gesellschaft blieb ungebrochen. Sein Begräbnis auf dem Ölberg sollte – gemäß seinem Testament – kein Staats-

akt werden. Dennoch nahmen an der Trauerfeier Tausende Menschen aus dem ganzen Land teil.

Dem Leben und dem politischen Engagement Menachem Beginns ist eine ganze Reihe historischer Studien gewidmet. Er selbst war Autor zahlreicher politischer Artikel sowie mehrerer Bücher: „Aufstand“ (Memoiren über den Untergrundkampf von Irgun gegen die englische Besatzung), „In den weißen Nächten“ (Erinnerungen an die Zeit in GULAG) und vier Bände „Im Untergrund: Werke und Dokumente“.

Hier einige Zitate daraus:

- „Wenn Ihre Feinde den Vorsatz äußern, Sie zu vernichten – glauben Sie ihnen! Sie planen in der Tat Ihre Auslöschung und es gilt, sie zu stoppen!“

- „Pioniere, ich liebe euch, ihr seid faszinierend. Mittlerweile habt Ihr aber in Euren Kreisen eine Art Messianismus entwickelt. Ihr habt vergessen, dass nicht nur Ihr es seid, wessen Leben für die Staatsinteressen geopfert wird.“

Das „Menachem Begin Heritage Center“ in Jerusalem

Die Erinnerung an den herausragenden Politiker und Staatsmann Israels wird sowohl im jüdischen Staat, als auch weit über seine Grenzen hinaus gepflegt. Mitten in der Stadt Jerusalem, nahe dem Berg Zion und der Altstadtmauer, befindet sich das „Menachem Begin Heritage Center“, das ein Museum, Archive, ein wissenschaftliches Forschungsinstitut und einen archäologischen Park beinhaltet. Das Center wurde am 16. Juni 2004 von Ministerpräsident Ariel Scharon feierlich eröffnet.

Am 29. Oktober 2013 wurde in der Stadt Brest (ehem. Brest-Litovsk, zurzeit Weißrussland, Anm. d. Übers.) eine Büste des Friedensnobelpreisträgers Menachem Begin aufgestellt, unweit von dem Haus, in dem sich einst seine Schule befand. Und in der Stadt Petschora (Russland, Teilrepublik Komi), am Flussufer, befindet sich seit 2013 eine Gedenkplatte zu Ehren Menachem Beginns als Häftling des GULAGs und als Bauarbeiter, beschäftigt beim Brückenbau über den Fluss Petschora.

Erinnerungen an seinen Vater bewahrt auch der promovierte Geologe Benjamin Seev Begin. Geboren 1943 in Tel Aviv, studierte er an der Hebräischen Universität in Jerusalem und an der University of Colorado; er teilt die politischen Ansichten seines Vaters. Als eine der Schlüsselpersonen bei Likud wurde er in die Knesset gewählt, und leitete 1996-97 das Wissenschaftsministerium.

Übersetzt aus dem Russischen von Irina Korotkina

* Der Anlass für das Attentat war Folgender: Nachdem im Mai 1944 der von Joel Brand übermittelte Vorschlag Heinrich Himmlers zur Rettung von bis zu einer Million Juden (insbesondere aus Ungarn) im Austausch gegen die Lieferung von Waren durch die Westalliierten an Hitlerdeutschland auch auf Anraten Moynes abgelehnt wurde und der Holocaust auch über Ungarns Juden hereinbrach, schloss sich Brand der radikal-zionistischen Untergrundgruppe Lechi an. Lechi betrachtete Moyne nun als den „Hauptverantwortlichen für das Schließen der Tore Palästinas vor den jüdischen Flüchtlingen“. Am 6. November 1944 wurden Lord Moyne und sein Fahrer von den Lechi-Mitgliedern Eliahu Hakim und Eliahu Bet-Zuri in Kairo ermordet. Die Täter wurden Anfang 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet, ihre Leichen 1975 nach Israel überführt und dort in der „Jerusalemer Halle des Heldentums“ aufgebahrt. (Anm. d. Übers.)

Der Ausbruch aus dem Gefängnis von Akko

Die judenfeindliche Politik der Briten vor dem Unabhängigkeitskrieg von 1948

Von Karl Pfeifer

Der historische Kontext

Bis heute diskutieren nicht nur israelische Historiker darüber, wer mehr zum Abzug der Briten aus dem Heiligen Land beigetragen hat – die Hagana oder die Terrorgruppen Irgun und Lechi.

Der Jischuw war nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Lager gespalten; einerseits die linken Arbeiterparteien, die Hegemonie in der Gesellschaft ausübten, und auf der anderen Seite die Revisionisten, eine rechte Minderheit. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden war die Frage der Gewaltausübung. Der bewaffnete Arm der Linken und der Bürgerlichen, die Hagana (zu Deutsch „Verteidigung“), folgte einer eher pazifistischen Tradition. Aber bereits während des arabischen Aufstandes (1936 -39) wurden kleine Eliteeinheiten vom britischen Offizier Charles Orde Wingate trainiert und schon während der 1930er Jahre Operationen gegen arabische Aufständische durchgeführt.

Die Revisionisten, die sich von der Hagana abgespalten und gleichzeitig als militärisch-nationale Organisation (EZEL oder Irgun) konstituiert hatten, griffen darüber hinaus auch arabische Zivilisten an.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren Hagana und Ezel sich einig, die Briten im Kampf gegen die Achse zu unterstützen. Eine kleine extremistische Gruppe jedoch, die Kämpfer für die Befreiung Israels (Lechi), die am Anfang von Abraham Stern angeführt wurde, wollte den Kampf gegen die Briten führen, weil diese aus dem Heiligen Land einen arabischen Staat machen wollten. Stern wurde 1942 von



Abraham Stern

einem C.I.D.-Offizier getötet – seine Gruppe wurde unter den Namen „die Stern-Bande“ bekannt.

Nach dem Krieg konfrontierten diese drei Gruppen – mit sehr unterschiedlichen Methoden – die Briten.



Der Innenhof des Gefängnis von Akko

Das Weißbuch der Briten wollte die Juden fernhalten

Der Holocaust hatte den gesamten Jischuw erschüttert. Die fast vollständige Vernichtung des europäischen Judentums führte zu einer Krise. Die Bevölkerung – mit der die Zionisten den neuen Staat aufbauen wollten – war systematisch ermordet worden. Die Rettung der Überlebenden hatte absolute Priorität und führte ab 1945 zu einer Konfrontation mit den Briten, die am judenfeindlichen Weißbuch – das die radikale Begrenzung der jüdischen Einwanderung forderte – auch nach Kriegsende festhielten.

Die drei erwähnten Gruppen begannen mit ihren Aktionen gegen die Briten am 31. Oktober 1945 mit einer Serie von Angriffen gegen die Eisenbahn, die Ölraffinerie und Polizeiboote. Die erste Phase dieses Aufstandes, „Vereinter Widerstand“ genannt, dauerte bis zum August 1946. Es gab zwischen den Gruppen eine gewisse Koordination, aber politische und strategische Differenzen blieben bestehen. Die Hagana begrenzte ihre Gewalt auf Objekte, um die Briten zum Überdenken ihrer Einwanderungspolitik zu bewegen. Deswegen konzentrierte sie ihre Angriffe auf die Radar-Stationen an

der Küste und auf Polizeiboote. Aber auch die Eisenbahn wurde sabotiert, um so ökonomischen Druck auf die Mandatsmacht auszuüben. Der Irgun und die Sterngruppe engagierten sich aber in einem Kampf um die „nationale

Befreiung“. Sie glaubten nicht an eine Änderung der britischen Haltung und wollten die Briten aus dem Land haben. In diesen ersten neun Monaten nach dem Oktober 1945 gab es 78 Angriffe.

Wendepunkt King-David-Hotel

Doch der „Vereinte Widerstand“ endete als der Irgun im Juli 1946 das Hauptquartier der britischen Verwaltung in einem Flügel des King-David-Hotels in Jerusalem in die Luft sprengte und dabei 92 Menschen ermordete.

Ich war damals schon Mitglied des Palmach, einer ständig mobilisierten Eliteeinheit der Hagana. Wir betrachteten dies als Sabotage der zionistischen Diplomatie und lehnten diese Methode aus moralischen und politischen Gründen ab. Die beiden Gruppen wurden von uns „Haporschim“, die Abtrünnigen, genannt. In der zweiten Phase, während der nächsten 12 Monate, führten Irgun und die Sterngruppe 286 Angriffe durch. Insgesamt kam es während dieser zwei Jahre zu über 1.000 Opfern. Das Land wurde zunehmend unregierbar.

Die Zionisten führten im Ausland eine sehr erfolgreiche Kampagne gegen Großbritannien, insbesondere in den USA, wo eine politisch aktive jüdische Bevölkerung – aber auch viele Nichtjuden – erreicht wurden. Die USA waren der größte Kreditgeber von Großbritannien und konnten somit Druck ausüben. Es wurde betont, dass die Aufständischen gewinnen würden und der britische Abzug aus dem Land unvermeidlich sei. Die britische Politik wurde als illegal charakterisiert, vor allem mit Hinweis auf die unmenschliche Begrenzung der jüdischen Einwanderung.

So konnte der jüdische Widerstand erfolgreich als Selbstverteidigung dargestellt werden und oft genug wurden die Briten pauschal als Antisemiten hingestellt. Was zum Teil natürlich zutraf, denn London bevorzugte die Araber und die radikale Begrenzung der jüdischen Einwanderung verletzte die Bestimmungen des Mandats. Die Briten haben das Land nicht zu einer Demokratie gemacht, sondern regierten es mit Notstandsverordnungen, die durch eine große Polizei- und Militärmacht erzwungen wurden.

Worte und Taten einiger führender britischer Beamten bzw. Mitglieder des Sicherheitsapparats waren antisemitisch grundiert. Dies brachte die britische Regierung in Verlegenheit und schwächte ihre Glaubwürdigkeit im In- und Ausland. Auch dies war einer der Gründe dafür, dass Außenminister Ernest Bevin am 14. Februar 1947 im britischen Parlament erklärte, das Vereinte Königreich werde das Mandat der UNO übergeben.

Der Angriff im Mai 1947

Der Angriff auf und der Ausbruch aus dem Gefängnis Akko erfolgte im Mai 1947, also nach dem britischen Beschluss. Er ist ein Beispiel einer terroristischen Aktion, die von den Briten erwartet, jedoch nicht verhindert werden konnte.

Am Sonntag, dem 4. Mai 1947 um 16.10 Uhr, als die Häftlinge sich im Hof des Gefängnisses befanden, wurden drei Handgranaten von außen auf die arabischen Wächter geschossen. Dann wurden diese auch mit Gewehren und Maschinengewehren beschossen. In den Dokumenten der C.I.D. wurde der



Der britische Hochkommissar Alan Cunningham

alminister in London überreicht. Der Hochkommissar erinnerte daran, dass Ende 1945 die Polizei nur die Hälfte des Sollbestandes umfasste. Er stimmte der Hypothese, dass die Nachrichtendienste gescheitert sind, nicht zu und betonte, die Terroristen waren als Guerillakämpfer während des Zweiten Weltkriegs ausgebildet worden. Der Gefängnisdirektor in Akko wandte sich bereits im November und Dezember 1946 an seinen Vorgesetzten und sandte am 9. Dezember 1946 einen handgeschriebenen Brief an den Hochkommissar, indem er berichtete, dass während des Hofspazierganges ein Häftling eine heb-

ten 50 jüdischen Angreifer waren in britische Uniformen gekleidet und fuhren bei Tageslicht in britischen Militärlastwagen nach Akko.

Die Fergusson-Kommission untersuchte auch, ob es Patrouillen in der Umgebung des Gefängnisses vor dem Ausbruch gab. Ein in der Nähe wohnender Araber sagte aus, er hätte zwei Wochen zuvor zwei Juden und eine Jüdin gesehen, die Zeichnungen von der Umgebung des Gefängnisses machten. Am 28. April hatten viele jüdische Besucher die archäologischen Funde im Stadtpark besichtigt und während der Pessachzeit kamen hunderte Juden, um ihre Verwandten und Freunde im Gefängnis zu besuchen, was ihnen ermöglichte das Gefängnis und seine Umgebung gründlich anzuschauen. Im Bericht wurde auch festgestellt, dass die Araber der Stadt geteilter Meinung waren: die einen sahen es als gerechtfertigt an, sich nicht einzumischen, die anderen wiederum bemängelten dies.

Bereits am 10. Mai 1947 sandte der Kolonialminister ein Telegramm an den Hochkommissar, mit der Anweisung über die wichtigsten jüdischen Institutionen seien Dossiers anzulegen.

Im Juni 1947 besuchte die UNSCOP (United Nations Special Committee on Palestine) das Land. „Zuverlässige Quellen“ informierten die C.I.D. über den Vorschlag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Mapai, dass Dr. Haim Weizmann die Juden vor dieser Untersuchungskommission vertreten soll. Alle zionistischen Führer im Land, insbesondere die von Mapai, wurden von der C.I.D. beschattet.

Ein Steckbrief mit einem falschen Bild

Am 5. Juni kam eine Sonderausgabe der Mapai-Zeitschrift „Aschmoret“ her-

aus, in der die 14 Todesopfer des Palmach bei einem Angriff auf eine Brücke publiziert wurden. Wieder einmal wurde die C.I.D. überrascht, denn ihnen waren lediglich vier Opfer bekannt. Sie kannten nicht alle Kämpfer, die sich frei im Land bewegten. Die existierten für sie nicht.

Das beste Beispiel war Menachem Begin, der Irgun-Kommandant, der unbehelligt in seinem Haus mit Frau und Kindern wohnte. Seit er im Mai 1942 ins Land kam, hatte er sich nirgendwo registriert und konnte sich frei bewegen. Die Polizei brachte in allen Stationen ein vom C.I.D. besorgtes angebliches Bild von Begin an. Das Bild zeigte aber gar nicht Begin und die Briten, die große Anstrengungen dazu unternahmten, konnten ihn nie verhaften.

Ein C.I.D.-Konfident informierte über eine Tagung der Direktion der Jewish Agency in Jerusalem von 15. bis 22. Juni, wo u.a. folgende Themen behandelt wurden: Aussagen der jüdischen Vertreter vor UNSCOP, das Erscheinen von Weizmann vor dieser Kommission und die Situation in den DP-Lagern in Deutschland und Österreich.

Schon im August 1947 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden. Der Hochkommissar General Cunningham erklärte Kolonialminister Arthur Creech-Jones nicht mehr garantieren können, dass die Zivilverwaltung weiter aufrechterhalten werden kann. Familienangehörige und nicht benötigtes Personal wurden zügig evakuiert.

Tatsächlich brach einen Tag nach dem Beschluss der UNO-Generalversammlung am 29. November 1947 der von Cunningham befürchtete Bürgerkrieg aus, nachdem Araber anfangen jüdische Autobusse anzugreifen und Reisende zu töten.

von jüdischen Terroristen begangene Einbruch und Ausbruch aus dem Gefängnis detailgetreu geschildert. Die Angreifer hatten ein Loch in die Mauer gesprengt, 29 jüdischen Häftlingen gelang die Flucht.

Der britische Hochkommissar General Alan Cunningham ernannte den Anfang 1947 ins Land gekommenen Polizeibrigadier Bernard Fergusson, zuständig für Ausbildung und spezielle Aktionen, zum Chef einer dreiköpfigen Untersuchungskommission. Bereits zehn Tage nach dem Ausbruch aus dem Gefängnis wurde der Bericht mit einem Vorwort von General Cunningham an den britischen Koloni-

räisch beschriftete Skizze des Gefängnisses und noch ein paar Seiten verloren haben dürfte. Seiner Meinung nach stammten diese Blätter von einem aus einer 1945 verhafteten Irgun-Gruppe. Der Brief wurde an die Führung des C.I.D. weitergeleitet und die Blätter wurden auf Fingerabdrücke untersucht, jedoch ergebnislos.

Die Angreifer trugen britische Uniformen

Es ist eindeutig bewiesen, dass sowohl die Gefängnisleitung als auch die C.I.D. über die Absicht aus dem Gefängnis zu flüchten Bescheid gewusst haben. Doch die meisten der von der C.I.D. geschätz-

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)
Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. — 90.
b) nach auswärts M. 1.—
c) für das Ausland M. 1,50.

2. im Postabonnement M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. — 60.

Postzeitungsliste No. 3944.
Insorato
die viergespaltene Peritzelle 25 Pf.
Insoratenbllagen
15 M.

☆ Organ ☆
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.
Erscheint jeden Freitag.

24 AGES 1903 für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
G. m. b. H.
Berlin N 54, Auguststrasse Nr. 49a.
Sprechstunden:
v. 4-5 Uhr nachmittags.
Redaktion:
Dr. Heinrich Loeve, Berlin NW. 40,
Lehrerstrasse 14/15.
Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4-6 Uhr.

No. 43. Berlin, 23. Oktober 1903. 2. Cheschwan. 5684. VIII. Jahrgang.

Inhalt.

<p>Das Ostafrikanische Projekt des sechsten Kongresses. Ostafrikanisches Schutzgebiet des Britischen Reiches. Ostafrika. Von Dr. Adolph Friedemann. Der Shareklub. Aus der Bewegung. Rundschau. — Sprechsaal. Allerlei. Das „Rachfasyt“ in Nordamerika. Schon als Jude ein guter Deutscher.</p>	<p>Lustige Ecke. Kleine Chronik. Nationalfond. Für die Palästina-Kommission. Für die Waisen von Kischineu. Briefkasten der Redaktion. Feuilleton. Kulturelle Streifzüge im jüdischen Orient. VIII. Ein hebräisches Lyceum. (Schluss.) Litteraturbericht.</p>
--	---

Singer & Halberstädter

Juweliere

BERLIN W., Leipzigerstrasse 131

Israelitische Kunstgegenstände

Gewürzbecher, Chanukahlampen etc. Magen David, echt Silber u. vergoldet à 1,50, als Shlipsnadel u. Berloque.
Grosse Auswahl in Bestecken, Theelöffeln, Jardinièren, Pokalen.

Gedenket des Schekels!

Die unheilvolle Rolle der SPD während des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973

Vor 45 Jahren wehrte Israel den Angriff seiner Nachbarn am höchsten jüdischen Feiertag ab

Dr. Rafael Korenzecher

Im Oktober 1973, nur 25 Jahre nach seiner Neugründung, stand der kleine Staat Israel, die neue, alte Heimat der Juden, ein weiteres Mal vor seiner Vernichtung.

Vor 45 Jahren, am 6. Oktober, dem Tag des Jom-Kippur-Festes 1973, starteten die Armeen von Ägypten und Syrien einen Überraschungsangriff gegen den weitestgehend unvorbereiteten Staat der Juden und fügten der israelischen Armee schwere Verluste zu.

Erst eine wegen der Ruhe des Jom-Kippur-Tages unter erschwerten Bedingungen eiligst einberufene Generalmobilisierung und das verzweifelte Aufbäumen Israels gegen die Übermacht der Angreifer brachten nach zehn mit vielen israelischen Kriegsopfern verbundenen Kriegstagen die kaum noch möglich erscheinende Wende.

Am 20. Oktober war der vierte gegen Israel seit 1948 von den arabischen Nachbarn geführte Krieg, bei dem auf israelischer Seite nahezu 3.000 Soldaten gefallen sind und über 300 junge Israelis in arabische Gefangenschaft gerieten, zu Gunsten Israels entschieden. Der junge jüdische Staat konnte damit sein an einem Haar hängendes Überleben noch im quasi letzten Augenblick sichern.

Am 24. Oktober waren die Syrer endgültig besiegt und die von Ägypten nicht mehr versorgte eigene 3. Armee war von den israelischen Truppen vollständig eingeschlossen und stand vor ihrer Vernichtung.

Die UNO, der zu diesem Zeitpunkt der ehemalige Wehrmachts-Generalstabsoffizier für „Spezialaufgaben“, überzeugte Nazi und Mitglied der SA, Träger beider Nazi-Kriegsverdienstkreuze 1. und 2. Klasse und eines hohen Verdienstordens des mit Hitler verbün-



Mosche Dayan und Ariel Sharon während des Jom-Kippur-Krieges.

tete mit der Forderung nach einer Waffenruhe zwischen den Parteien bis zum 22. Oktober 1973.

des jüdischen Volkes die SPD, die auch heute als dezidierte Israelgegnerin agierende islam-affine Partei der Juden-

Willy Brandt verweigerte den USA die Zwischenlandung.

Waldheim und die UNO verlangten den Waffenstillstand erst als zu ihrer großen Enttäuschung feststand, dass Israel wider jedes Erwarten doch nicht vernichtet wird und klar war, dass eine Fortsetzung der Kriegshandlungen die Situation der arabischen und ägypti-

feinde und Israelhasser Gabriel, Steinmeier und Schulz sowie ihr damaliger Vorsitzender und Bundeskanzler Willy Brandt. Brandt versperrte sich nicht nur den Bitten der damaligen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir mit einer, weitgehende Konzessionen von

leicht einen Angriffskrieg gegen Israel zu verhindern. Bundeskanzler Brandt weigerte sich auch der von den USA zur Abwendung einer Auslöschung Israels eigens eingerichteten Luftbrücke mit Waffen und Munition die erforderliche Zwischenlandung und das Auftanken der Transportmaschinen in Deutschland zu erlauben.

Dass der von den Arabern und Ägyptern gegen Israel angezettelte Vernichtungskrieg und beabsichtigte neue Genozid am jüdischen Volk letztlich doch mit einer Niederlage der Aggressoren endete, gelang – entgegen allen in Richtung der Juden geheuchelten Kniefällen Brandts und den bis heute inhaltsleeren Sprechblasen von der besonderen Verantwortung Deutschlands – nur 28 Jahre nach dem Ende der gegenüber den Juden von Deutschland verübten Schoah keinesfalls mit deutscher Hilfe, sondern trotz deutscher Obstruktion.

Brandt und seine Partei hätten lieber – davon ist auszugehen – mit wie gewohnt, geübt zerknirschter Miene in einer weiteren Anzahl erbaulicher Gedenktagsrituale für tote Juden ihre Solidarität und Anteilnahme an dem Untergang Israels bekundet und ganz sicher sogar die Einrichtung eines jährlichen Israel-Erinnerungstages befürwortet.

Dass daraus dank des Lebenswillens und heldenhaften Einsatzes des jüdischen Volkes, der nahezu übermenschlichen Anstrengung und Opferbereitschaft jedes einzelnen seiner Soldaten nun doch nichts geworden ist und mit G'ttes Hilfe auch nie etwas werden wird, werden trotz aller durchsichtig vorgehobenen Staatsräson-Heucheleien weder die gegenwärtigen etablierten Parteien, noch besonders die sich erfreulicherweise auf dem Weg unter die 10%-Marke befindliche SPD mit ihrer besonderen Zuneigung zu islamischen Judenmördern und Terror-gegen-Israel-Bereitern dem jüdischen Staat und den Juden je verzeihen.



Israelische Soldaten setzen mit Pontons über den Suez-Kanal

deten kroatischen Ustascha-Regimes, der Österreicher, verbohrt Antisemit und promovierte Nazi-Jurist Kurt Waldheim als Generalsekretär vorstand, war-

schen Angreifer nur weiter schwächen würde.

Eine besonders üble Rolle spielte vor und während des Überlebenskamp-

israelischer Seite beinhaltenen Vermittlungsmission in Ägypten noch vor Ausbruch des Krieges die Situation zu entschärfen und auf diese Weise viel-

Das Alter der Welt

Die Rettung von Noah und das spannende Leben von Avraham in der Betrachtung der Wochenabschnitte des Monats Oktober: Bereschit, Noach, Lech Lecha, Wajera

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Am fröhlichen Fest „Simchas Tora“ wird der jährliche Zyklus des Thora-Lesens mit dem letzten Wochenabschnitt „Wesot haBracha“ feierlich beendet. Und – nur Minuten später – werden nicht weniger feierlich die ersten Verse der Thora, die mit „Am Anfang schuf G'tt den Himmel und die Erde“ beginnen, vorgelesen.

Der neue jährliche Zyklus des Thora-Lesens beginnt jedoch erst am ersten Schabbat nach Simchat Tora, wenn der ganze Wochenabschnitt „Bereschit“ vorgetragen wird.

Und da in diesem Jahr die letzten Wochenabschnitte der Thora noch im September gelesen wurden, werden an allen vier Schabbatot im Oktober nur die Wochenabschnitte des 1. Buch Moses (Genesis) in den Synagogen vorgelesen. Diese Wochenabschnitte sind „Bereschit“ („Am Anfang“), „Noach“, „Lech Lecha“ („Gehe aus“) und „Wajera“ („Und es erschien ihm“).

Deshalb betrachten wir diese vier Wochenabschnitte näher und werden Dank der Überlieferungen unserer Weisen spannende Ideen entdecken, die man beim Lesen der Übersetzung nicht errahnen wird.

Brauchen wir die Schöpfungsgeschichte wirklich?

Bekanntlich beginnt die Thora mit der Schöpfungsgeschichte. Jedoch ist das ein wenig verwunderlich, denn die Thora ist vor allem ein Buch der Gebote, keine Geschichten-Sammlung.

Unsere Weisen sagen, dass die Thora eigentlich mit dem ersten Gebot für das Volk Israel (die Heiligung des Monats) beginnen sollte, das erst im 2. Buch Moses zu finden ist (12:1-2).

Warum also entschied G'tt sein wertvolles Buch nicht mit einem Gebot, sondern mit einer – wenn auch spannender – Geschichte zu beginnen?

Der „Vater aller Kommentatoren“ Raschi (Rabbi Schlomo ben Jizchak, 1040-1105) bringt in seinem ersten Kommentar auf die Thora im Namen seines Vaters folgende Erklärung, die auch heute noch aktuell und wichtig ist: „Weil G'tt Seine Allmacht Seinem Volke verkündete, ihm das Erbe der Nationen zu geben. Wenn die Völker der Welt zu Jisrael sprechen sollten, ihr seid Räuber, denn ihr habt die Länder der sieben Nationen eingenommen, so antworten sie ihnen, die ganze Erde gehört dem Heiligen, gelobt sei Er, Er hat sie erschaffen und dem gegeben, der gerecht in Seinen Augen ist (Jirm. 27, 5); nach Seinem Willen hat Er sie

jenen gegeben und nach Seinem Willen sie ihnen genommen und uns gegeben“.

Mit anderen Worten ist die Schöpfungsgeschichte unser Besitzbeweis für das Land Israel: der Schöpfer der Welt hat dieses Land dem jüdischen Volk zugeteilt und niemand darf diese Entscheidung hinterfragen.

Ist die Erde tatsächlich 5779 Jahre alt?

Vor ein paar Wochen haben wir mit der Rosch-Haschana-Feier das Neue Jahr 5779 begonnen. 5779? Woher kommt diese Zahl? Unsere Weisen leiten diese An-



Noahs Arche, Gemälde von Edward Hicks, (1846)

zahl der Jahre aus dem Alter der Menschen ab, die im 1. Buch Moses erwähnt werden. Diese 5779 Jahre werden seit der Erschaffung des ersten Menschen Adam gezählt. Weil Adam am 6. Tage der Schöpfung gemacht wurde, bedeutet das, dass unsere Erde ebenfalls 5779 Jahre alt ist.

Kann das wahr sein? Ist es nicht wissenschaftlich bewiesen, dass die Erde etwa 4,6 Milliarden Jahre alt ist? Wir können gläubige Juden (und Christen) weiter an diese merkwürdige Zahl weiter glauben?

Es gibt sehr viele Versuche diese Diskrepanz zu erklären und darüber sind etliche Bücher geschrieben worden. Als erstes muss man bemerken, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse keine absolute Wahrheiten sind. Niemand war bei der Erstehung der Erde dabei und deshalb können die Wissenschaftler ihr Alter nur schätzen. Deshalb kann man nicht absolut sicher sagen, dass das von der Wissenschaft angenommene Alter der Erde zu 100 % stimmt und das Alter, das unsere Tradition angibt, zu 100 % falsch ist.

Es gibt mehrere Ideen unserer Weisen, wie dieser Widerspruch zu erklären sei. Hier sind zwei davon: man kann sagen, dass die Erde vor 5779 Jahre schon „alt“ erschaffen wurde. Würde zum Beispiel ein Baum schon als hundertjähriger Baum erschaffen, hätten wir drinnen die entsprechende Anzahl von Ringen vorgefunden, obwohl der Baum in Wirklichkeit nur ein paar Minuten alt ist. So könnte auch die Erde bei der Schöpfung von vornherein von G'tt sehr alt gemacht worden sein, mit allen Fossilien und Dinosaurier-Knochen, die darin gefunden werden. Das Ziel dieser Täuschung könnte eine Prüfung für uns sein: glauben wir der Thora oder der Theorie von Wissenschaftlern?

Die zweite Idee basiert auf den Kabbala-Werken, die besagen, dass G'tt am Anfang

der Schöpfung viele Welten gemacht und vernichtet hat, bis schließlich unsere Welt Ihn zufriedenstellte. Deshalb können alle diese Überreste tatsächlich von den zerstörten Welten stammen, und unsere „letzte“ Welt ist tatsächlich „nur“ 5779 Jahre alt. Es gibt also nicht unbedingt einen Widerspruch zwischen unserer Religion und der Wissenschaft.

Der gerechte Noah

„Dies ist die Geschichte Noahs: Noah, ein gerechter Mann, war untadelig unter seinen Zeitgenossen; mit Gott wandelte Noah“ – so beginnt der Wochenabschnitt „Noah“.

Eine bewegende Geschichte über einen Gerechten und seine Arche, die vor Kurzem sogar verfilmt wurde.

Doch wie fromm war Noah wirklich? Unsere Weisen bemerken, dass die Wörter im Vers „unter seinen Zeitgenossen“ eigentlich überflüssig sind und auf eine zusätzliche Information hinweisen können. Sie legen diese Wörter verschieden aus, wie es Raschi aus dem Midrasch „Bereschit Rabah“ zitiert: „Manche von unseren Lehrern deuten dies zum Ruhm: umso mehr, wenn er in einem Zeitalter von Gerechten gelebt hätte, wäre er ein noch größerer Gerechter gewesen; und manche deuten es zur Schande: im Verhältnis zu seinem Zeitalter war er gerecht, hätte er aber in der Zeit von Abraham gelebt, so wäre er für gar nichts gerechnet worden“.

Jedoch ist es Tatsache, dass Noah gut genug war, um die Menschheit und die Tierwelt vor der vernichtenden Sintflut zu retten.

Interessanterweise wurde den Menschen nach der Sintflut das Fleisch von Tieren zum Essen erlaubt. Unsere Weisen bemerken dazu, dass es nicht nur ein

Geschenk an Noah gewesen sei (er hat ja die Tiere gerettet), sondern es einfach eine Notwendigkeit war: vor der Sintflut waren die Lebensbedingungen viel angenehmer und die Ernährung allein mit Pflanzen deshalb ausreichend. Nach der Sintflut aber war die Natur härter geworden, deshalb wurde Fleischkonsum für eine gesunde Balance notwendig.

Die Geburt und das Wirken unseres Vorvaters Avraham

Schon am Ende des Wochenabschnittes „Noah“ wird die Geburt von Avraham erwähnt und der Gründer des jüdischen Volkes wird uns drei weitere Wochenabschnitte lang begleiten.

Aus der Thora erfahren wir von den herausragenden Charaktereigenschaften Avrahams: seine Gastfreundschaft und sein Gebet für die Bösewichte von Sodom und Gomorra sind legendär.

Wenn es jedoch nötig war entschlossen zu handeln, so zögerte Avraham keine Minute: wenn das weitere Zusammenleben mit seinem Neffen Lot unmöglich war, hat sich Avraham kompromisslos von ihm getrennt. Wenn Lot von der Armee der vier Könige aus Sodom entführt wurde, eilte Avraham den Entführern nach, besiegte sie und befreite seinen Neffen.

Als seine Frau Sarah darauf bestand, seinen Sohn Jischmael wegzuschicken, machte Avraham auch das – wenn auch widerwillig.

Am Ende des Wochenabschnittes „Wajera“ erfahren wir von der Geburt von Jitzhak und nebenbei auch von der Geburt seiner zukünftigen Frau Riwka (Rebeka).

Diese zwei Personen werden die Hauptprotagonisten in den nächsten Wochenabschnitten sein, die wir schon im November lesen und genauer betrachten werden.